SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Importierter Antisemitismus? Empirische Befunde zu antisemitischen Einstellungen in Deutschland

Wagner, Neta-Paulina; Tran, Kien; Arnold, Sina; Langer, Armin

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Wagner, N.-P., Tran, K., Arnold, S., & Langer, A. (2025). *Importierter Antisemitismus? Empirische Befunde zu antisemitischen Einstellungen in Deutschland.* (DeZIM Working Papers, 10). Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-108216-3

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

DeZIM Nationaler Diskriminierungs- & Rassismusmonitor

DeZIM Working Papers +
DWP #10|25 Berlin, den 25. November 2025

Importierter Antisemitismus?

Empirische Befunde zu antisemitischen Einstellungen in Deutschland

Neta-Paulina Wagner, Kien Tran, Sina Arnold und Armin Langer

Herausgegeben vom

in Kooperation mit dem

DeZIM Working Papers +
DWP #10|25 Berlin, den 25. November 2025

Importierter Antisemitismus?

Empirische Befunde zu antisemitischen Einstellungen in Deutschland

Neta-Paulina Wagner, Kien Tran, Sina Arnold und Armin Langer

INHALT

Zusammenfassung **01**
Abstract **01**
Zentrale Ergebnisse **02**
Key Findings **03**

1. Einleitung **05**

2. Theoretische Grundlagen und konzeptionelle Differenzierungen **09**

3. Daten und Methoden **12**
3.1 Datenbasis 12
3.2 Operationalisierung 12
3.3 Auswertungsstrategie 21

4. Ergebnisse **23**
4.1 Tradierte Stereotype in einer neuen Gesellschaft: Klassischer Antisemitismus im Herkunftsvergleich 23
4.2 Schuldfragen in neuen Kontexten? Sekundärer Antisemitismus in der postmigrantischen Gesellschaft 27
4.3 Sprachliche Prägung und erinnerungskulturelle Sozialisation: Alltagsantisemitismus im postmigrantischen Kontext 32
4.4 Antisemitismus und gesellschaftliche Projektionen: Ein Blick auf die Mehrheitsbevölkerung 34

5. Israelbezogener Antisemitismus in der postmigrantischen Gesellschaft **44**
5.1 Israelbezogene Einstellungen im Migrationskontext: Eine gruppenspezifische Betrachtung 44
5.2 Wer denkt was – und warum? Zusammenhangsanalysen israelbezogener Einstellungen nach Herkunftsgruppen 50

6. Fazit und Ausblick: Was bleibt von der These des sogenannten importierten Antisemitismus? ... **56**

Literaturverzeichnis **60**

Anhang **67**

Importierter Antisemitismus?

Empirische Befunde zu antisemitischen Einstellungen in Deutschland

Neta-Paulina Wagner, Kien Tran, Sina Arnold und Armin Langer

ZUSAMMENFASSUNG

Dieses DeZIM Working Paper untersucht das Narrativ des „importierten Antisemitismus“ in der deutschen postmigrantischen Gesellschaft. Ausgehend von den gesellschaftlichen Reaktionen auf den Hamas-Angriff vom 7. Oktober 2023 und den darauffolgenden Debatten über Antisemitismus und Migrationspolitik im deutschen Diskurs wird die sogenannte Importthese sowohl empirisch geprüft als auch in ihrer gesellschaftspolitischen Funktion analysiert. Die Ergebnisse zeigen: Antisemitische Einstellungen lassen sich nicht auf einzelne Herkunftsgruppen oder Religionszugehörigkeiten reduzieren, sondern entstehen aus komplexen Wechselwirkungen zwischen Migrationserfahrungen, politischer Orientierung, erinnerungskulturellen Prägungen und sozialem Kontext. Besonders bedeutsam sind dabei die Rolle politischer Parteipräferenzen sowie die enge Verschränkung von antisemitischen und antimuslimischen Einstellungen. Die Studie plädiert für einen transnationalen, herkunftssensiblen und kontextspezifischen Zugang zur empirischen Antisemitismusforschung, der über pauschalisierende Zuschreibungen hinausgeht und die Entwicklung neuer Erhebungsinstrumente erfordert. Damit leistet sie einen Beitrag zur differenzierten Analyse Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in einer pluralisierten Gesellschaft. Grundlage der Analysen bilden die Daten des NaDiRa.panels, einer regelmäßigen repräsentativen Bevölkerungsbefragung in Deutschland, die Einblicke in die Einstellungen und Erfahrungen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zu Rassismus und Diskriminierung liefert. In die hier vorgestellte Studie gingen die Angaben von insgesamt 6.295 Befragten ein.

Schlagwörter: *Antisemitismus, importierter Antisemitismus, Migration, postmigrantische Gesellschaft, politische Einstellungen, antimuslimischer Rassismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*

ABSTRACT

This DeZIM Working Paper examines the narrative of “imported antisemitism” within the context of a post-migrant society in Germany. Using societal reactions in Germany to the Hamas attack of October 7, 2023 as a starting point, the so-called import thesis is subjected to empirical scrutiny and analyzed with regard to its socio-political function. The findings demonstrate that antisemitic attitudes cannot be attributed to any single group defined by origin or religion but are shaped by complex interactions involving migration experiences, political orientations, memory cultures, and social environments. Political party affiliation emerges as a particularly significant factor, alongside the structural entanglements of antisemitic and anti-Muslim sentiments. The study argues for a transnational, context-sensitive, and memory-sensitive approach to empirical antisemitism research, which requires the development of new survey instruments. In doing so, it contributes to a more nuanced analysis of group-focused enmity in an increasingly pluralized society. The analyses are based on data from the NaDiRa.panel, a representative survey in Germany. The panel is conducted on a regular basis and provides systematic insights into the attitudes and experiences of various population groups in Germany regarding racism and discrimination. The study presented here draws on data provided by a total of 6,295 respondents.

Keywords: *antisemitism, imported antisemitism, migration, post-migrant society, political attitudes, anti-Muslim racism, group-focused enmity*

ZENTRALE ERGEBNISSE

- In den öffentlichen und politischen Debatten wird Antisemitismus in Deutschland häufig als „importiertes“ Phänomen aus mehrheitlich muslimisch geprägten Ländern ausgemacht. Als umfassende Deutungsperspektive erweist sich die These vom „importierten Antisemitismus“ jedoch als nicht tragfähig. Unterschiede zeigen sich vor allem in Form, Kontext und politischer Verortung – insbesondere mit Blick auf Parteipräferenzen –, weniger in pauschalen Zuschreibungen nach Herkunft. Klassische antisemitische Rhetorik wird mehrheitlich von allen untersuchten Gruppen – Personen mit süd(ost)asiatischem, osteuropäischem, afrikanischem oder mehrheitlich muslimisch geprägtem Hintergrund sowie von Befragten ohne Migrationshintergrund – abgelehnt. Ambivalente Haltungen treten in einigen migrantischen Subgruppen jedoch häufiger auf.

- In der Gruppe mit muslimisch geprägtem Hintergrund spielen Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsdauer eine wichtige Rolle hinsichtlich antisemitischer Einstellungen: Mitglieder der zweiten Generation oder Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit lehnen antisemitische Aussagen – insbesondere verschwörungsideologische Narrative – häufiger ab als kürzlich Zugewanderte oder Personen ohne deutschen Pass.

- Personen mit muslimisch geprägtem Hintergrund lehnen Aussagen des sekundären Antisemitismus weniger stark ab und zeigen häufiger ambivalente oder zustimmende Haltungen als die Mehrheitsgesellschaft. Aus diesem Antwortmuster lassen sich jedoch keine identischen Ursachen ableiten. Vielmehr deuten die Befunde darauf hin, dass die in der deutschen Mehrheitsgesellschaft üblichen Erklärungsmuster (z. B. Schuldabwehr oder Ermüdung gegenüber Holocaust-Erinnerung) für Befragte mit Migrationshintergrund nicht gleichermaßen zutreffend sind. Welche Faktoren stattdessen eine Rolle spielen, lässt sich anhand der vorliegenden Daten nicht eindeutig bestimmen und erfordert weitere Forschung.

- In allen Herkunftsgruppen ist der Begriff „Jude“ als Schimpfwort aus der Kindheit verbreitet. Unter neu Zugewanderten aus mehrheitlich muslimisch geprägten Ländern ist er deutlich seltener bekannt. Das spricht dafür, dass solche Muster eher in der deutschen Sozialisation entstehen, als dass sie „importiert“ werden.

- In der deutschen Mehrheitsbevölkerung geht die Zustimmung zur These vom „importierten Antisemitismus” deutlich mit antimuslimischen und antisemitischen Einstellungen einher. Dies legt den Schluss nahe, dass die Importthese als Projektionsfläche für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und als Strategie der Schuldabwehr oder Schuldzuweisung fungiert.

- Antisemitische Einstellungen hängen stark mit parteipolitischen Präferenzen zusammen. Wähler:innen der AfD zeigen überdurchschnittlich hohe Zustimmungsraten zu klassischem, sekundärem und israelbezogenem Antisemitismus sowie zu antimuslimischen Ressentiments, während Wähler:innen der Grünen und der Linken besonders geringe Zustimmungsraten aufweisen.

- Israelbezogener Antisemitismus ist vielschichtig mit legitimer Kritik an der israelischen Politik verknüpft. Personen mit muslimisch geprägtem Hintergrund stimmen sowohl israelbezogen-antisemitischen Aussagen als auch legitimer Kritik an Israels Politik am häufigsten zu, lehnen jedoch klassische antisemitische Aussagen teilweise explizit ab.

- Die Studie macht deutlich, dass Antisemitismus in der postmigrantischen Gesellschaft kein isoliertes oder „importiertes" Phänomen darstellt, sondern als relationales, dynamisches und ideologisch vermitteltes Deutungsmuster zu verstehen ist, das aus dem Zusammenspiel verschiedener gesellschaftlicher Erfahrungen hervorgeht. Eine differenzierte Forschung, die Kontext, Migration und Erfahrungen gleichermaßen berücksichtigt, ist daher unerlässlich.

KEY FINDINGS

- In public and political debates, antisemitism in Germany is often framed as an "imported" phenomenon from predominantly Muslim countries. However, the thesis of "imported antisemitism" does not hold as a comprehensive explanation. While antisemitic attitudes are present across all groups, differences are primarily evident in form, context and political orientation – particularly regarding party preference –, rather than generalized attributions based on origin. Classical antisemitic rhetoric is rejected by majorities across all groups – people with South(East) Asian, Eastern European, African, or predominantly Muslim backgrounds, as well as respondents without a migration background. Ambivalent attitudes, however, occur more frequently in some migrant subgroups.

- Among individuals with a Muslim background, citizenship status and length of residence play an important role with regard to antisemitic attitudes: second-generation members or those with German citizenship are more likely to reject antisemitic statements – especially conspiracy-driven narratives – than more recent migrants or individuals without German citizenship.

- People with a Muslim background are less likely to reject statements reflecting secondary antisemitism and more often respond with ambivalence or agreement compared to the majority population. However, the findings suggest that explanations commonly applied in the German majority society (e.g., guilt deflection or fatigue with Holocaust remembrance) do not apply in the same way for respondents with a migration background. Which factors are decisive instead cannot be determined from the present data and requires further research.

- Familiarity with the term “Jew” as a childhood insult is widespread across generations and all groups of origin. It is significantly less common among newly arrived migrants from predominantly Muslim countries, suggesting that such linguistic patterns arise primarily through socialisation in Germany rather than being “imported.”

- In the German majority population, agreement with the idea of “imported antisemitism” often coincides with anti-Muslim and antisemitic attitudes. This indicates that the import thesis functions as a projection surface for group-related misanthropy and as a strategy of guilt deflection or attribution.

- Antisemitic attitudes are closely linked to party-political preferences. AfD supporters display markedly high levels of agreement with classical, secondary, and Israel-related antisemitism as well as anti-Muslim sentiment, whereas supporters of the Greens and the Left exhibit particularly low levels of agreement.

- Israel-related antisemitism and legitimate criticism of Israeli policy are closely intertwined. Individuals with a Muslim background show the highest levels of agreement with both Israel-related antisemitic statements and legitimate criticism of Israeli policies, while explicitly rejecting classical antisemitic statements in part.

- The study finds that antisemitism in post-migrant society is not an isolated or “imported” phenomenon but rather a relational, dynamic and ideologically mediated interpretive pattern emerging from the interplay of diverse social experiences. Differentiated research that equally considers context, migration, and collective memory is therefore indispensable.

1. Einleitung

Der Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober 2023 und der darauffolgende Krieg Israels im Gazastreifen haben auch in Deutschland tiefgreifende gesellschaftliche Dynamiken ausgelöst. Der öffentliche Diskurs ist seither von stark polarisierten Debatten, Protesten mit teilweise gewaltsamen Ausschreitungen und neuen Konfliktlinien geprägt – insbesondere im Umgang mit Antisemitismus und Kritik an der israelischen Politik. Parallel dazu ist ein signifikanter Anstieg antisemitischer Straftaten zu verzeichnen, begleitet von einer Zunahme antimuslimischer Übergriffe. Diese Entwicklungen haben zu einer intensivierten Auseinandersetzung mit Ursachen, Genese und Erscheinungsformen von Antisemitismus geführt.

Innerhalb dieser aufgeladenen Debatten erfährt ein Deutungsmuster besondere Aufmerksamkeit: die Rede vom „importierten Antisemitismus". Dieses Konzept suggeriert, Antisemitismus sei in der deutschen, nicht-migrantischen Mehrheitsgesellschaft weitgehend überwunden und werde nun durch Migration – insbesondere aus muslimisch geprägten Ländern – erneut „importiert". Diese Lesart ist nicht neu: Bereits in den frühen 2000er Jahren wurde sie diskutiert und gewann seit 2015 im Zuge der Fluchtbewegungen an Schärfe. In den Mittelpunkt rückte dabei die Vorstellung eines spezifisch „muslimischen Antisemitismus" unter Geflüchteten (Arnold & König 2016; Berek 2018; Öztürk & Pickel 2022). Dabei blieb die Debatte nicht auf Geflüchtete beschränkt, sondern weitete sich zunehmend auf Menschen aus muslimisch geprägten Ländern insgesamt aus – oft unabhängig von deren individuellen Einstellungen oder Lebensrealitäten.

Diese Sichtweise wurde zuletzt auch durch führende politische Akteur:innen bekräftigt. Bundeskanzler Friedrich Merz erklärte in einem Interview mit dem US-Sender Fox News, Deutschland habe seit 2015 „eine Art importierten Antisemitismus mit dieser großen Zahl von Migranten" erlebt (Tagesspiegel 2025). Solche Äußerungen verbinden sicherheitspolitische mit migrationspolitischen Forderungen – etwa nach verschärften Einbürgerungskriterien oder schnelleren Abschiebungen – und erfüllen damit eine hochgradig politische Funktion. Selten wird dabei reflektiert, dass solche Positionierungen auch mit Formen von sekundärem Antisemitismus in der Mehrheitsgesellschaft verknüpft sind, die sich in Schuldabwehr, Reframing der Vergangenheit oder im Wunsch nach „Entlastung" von historischer Verantwortung äußern können.

Gleichzeitig zeigt sich: Empirisch lässt sich die pauschale These vom „importierten Antisemitismus" nur begrenzt stützen. Zwar zeigen einzelne Studien, dass Muslim:innen und Personen mit Migrationsgeschichte bei bestimmten Formen antisemitischer Einstellungen tendenziell höhere Zustimmungsraten aufweisen als Menschen ohne Migrationshintergrund (Fischer & Wetzels 2023, 2024; Öztürk & Pickel 2024; Jikeli & Glöckner 2019). Analysen auf Basis des Integrationsbarometers belegen zudem, dass rund ein Drittel der muslimischen Befragten klassischen antisemitischen Aussagen zustimmt – besonders Befragte mit hoher Religiosität oder niedriger Bildung (Czymara et al. 2025). Gleichwohl variiert das Ausmaß antisemitischer Einstellungen erheblich zwischen Herkunftsgruppen, Generationen und sozialen Kontexten sowie je nach Antisemitismusform – klassisch, sekundär oder israelbezogen (Decker & Brähler 2020; Reimer-Gordinskaya & Decker 2019; SVR 2022). Parallel dazu bestehen antisemitische Einstellungen auch in der Mehrheitsgesellschaft fort, teils sogar in neuen Konjunkturen (Kiess et al. 2022). Die Vorstellung einer nahezu „antisemitismusfreien" Mehrheitsgesellschaft ist damit empirisch unhaltbar (Decker et al. 2022, 2024; Zick et al. 2023; Petersen 2018; für ähnliche Entwicklungen in Europa Kovács & Fischer 2021). Zudem zeigen Studien, dass antisemitische Einstellungen in der Mehrheitsbevölkerung stark entlang von Einflussfaktoren wie parteipolitischen Orientierungsmustern variieren (Zick & Küpper 2021; AJC Berlin 2022; Decker et al. 2024). Antisemitismus ist somit eng in politische Ideologien eingebettet.

Die Importthese ist daher nicht allein empirisch zu prüfen, sondern auch als gesellschaftlicher Deutungsrahmen zu verstehen. Durch die Dichotomisierung zwischen „antisemitischen Migrant:innen" und einer vermeintlich „aufgeklärten" Mehrheitsgesellschaft werden Verantwortung externalisiert und rassistische Stereotype reproduziert. Besonders

im rechtspopulistischen Diskurs dient der Begriff als Brücke, um rassistische Narrative gesellschaftlich zu legitimieren und zugleich eigene antisemitische Strukturen unsichtbar zu machen (Öztürk & Pickel 2019; Pickel & Yendell 2018).

Auch aus jüdischer Perspektive ist die Bewertung ambivalent: Viele Jüdinnen:Juden nehmen extremistisch motivierten Antisemitismus unter muslimischen Migrant:innen als reale Bedrohung wahr. So gaben in einer EU-weiten Umfrage 41 % der jüdischen Befragten in Deutschland an, die schwerwiegendste Form antisemitischer Belästigung gehe von Personen mit „extremistischen muslimischen Einstellungen“ aus (FRA 2018). Zugleich zeigen qualitative Erhebungen unter deutschen Jüdinnen:Juden eine hohe Sensibilität für die politische Instrumentalisierung des Antisemitismusvorwurfs, insbesondere durch rechte Akteure, die zwar Antisemitismus anprangern, jedoch ohne glaubwürdig gegen antisemitische Strukturen vorzugehen (Beyer et al. 2024). Zudem wird infrage gestellt, ob die Kritik „von links“ am Konzept des „importierten Antisemitismus“ tatsächlich auf die Unterstützung jüdischer Gemeinschaften ziele oder vielmehr politischen Selbstzwecken wie der moralischen Selbstvergewisserung oder der Wählergewinnung diene. Kritisiert wird darüber hinaus, dass Jüdinnen:Juden in öffentlichen Debatten häufig nicht als handlungsmächtige Subjekte erscheinen, sondern als symbolische Projektionsflächen (ebd.). Hinzu kommt, dass eine unzulässige Dichotomie zwischen „Menschen mit Migrationshintergrund“ und „Jüdinnen und Juden“ konstruiert wird – obwohl die Mehrheit der Jüdinnen:Juden in Deutschland selbst eine Migrationsgeschichte hat (Klingenberg 2015; Statistisches Bundesamt 2022).

Diese Spannungen verweisen auf eine postmigrantische Realität, in der Zugehörigkeiten vielfältig ausgehandelt werden (Foroutan 2019). Antisemitismus lässt sich hier nicht mehr – wie in der deutschen Nachkriegsgesellschaft üblich – entlang klassischer Täter-Opfer-Konstellationen analysieren. Migrationserfahrung ist Teil der gesellschaftlichen Gegenwart und prägt die Bedingungen antisemitischer Artikulationen ebenso wie erinnerungskulturelle Kontexte. Dabei treten regional unterschiedliche erinnerungskulturelle Prägungen in der Mehrheitsgesellschaft zutage – so war etwa der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der DDR von einer Schuldexternalisierung auf Westdeutschland bestimmt, während westdeutsche Diskurse stark durch Schuldabwehr und kollektive Verdrängung gekennzeichnet waren.

In der postmigrantischen Gesellschaft verändern sich diese Bedingungen für antisemitische Einstellungen: Jüdische Migrant:innen, andere Zugewanderte sowie Menschen ohne Migrationsbiografie verhandeln Fragen von Anerkennung, gesellschaftlicher Teilhabe und Zugehörigkeit unter unterschiedlichen Voraussetzungen. Dabei wirken sich nicht nur verschiedene religiöse, kulturelle und politische Sozialisationen aus, sondern auch unterschiedliche erinnerungskulturelle Bezugssysteme. Während sich sekundärer Antisemitismus in der Mehrheitsgesellschaft noch immer häufig als Schuldabwehr und Überdruss gegenüber der NS-Vergangenheit äußert, kann er sich bei Menschen mit Migrationsgeschichte anders ausprägen – etwa, weil familiäre oder nationale Bezüge zur NS-Täter:innenschaft fehlen und somit entsprechende identitätsstiftende Schuldverarbeitung oder historische Selbstvergewisserung kaum eine Rolle spielen (Özyürek 2023).

Die postmigrantische Erinnerungskultur in Deutschland umfasst daher nicht nur den Bezug auf den Nationalsozialismus und die damit verbundene historische Verantwortung, sondern auch andere historische Erfahrungen und deren transgenerationale Nachwirkungen, etwa (post-)koloniale Gewalt, die Nakba oder den Genozid von Srebrenica. Diese transnational verflochtenen Gedächtnisräume beeinflussen kollektive und individuelle Erinnerungspraktiken und stehen im öffentlichen Raum häufig in einem Spannungsverhältnis von Sichtbarkeit, Relevanz und Deutungshoheit. Eine besonders komplexe sowie historisch und politisch vielschichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang der israelisch-palästinensische Konflikt, der nicht nur regional im Nahen Osten, sondern auch in der deutschen Gesellschaft wirksam ist, da unterschiedliche biografische Bezugnahmen in die Erinnerungsdebatten eingehen.

In dieser Gemengelage stellt sich die Frage, wie sich antisemitische Einstellungen heute konkret artikulieren, durch welche gesellschaftlichen Faktoren sie geprägt sind und wie sie sich empirisch in einer zunehmend pluralisierten Gesellschaft erfassen lassen.

Denn nicht nur der öffentliche Diskurs ist von Deutungs- und Abgrenzungskämpfen durchzogen, auch die Wissenschaft ringt weiterhin um eine angemessene Erfassung antisemitischer Einstellungsmuster: Wie sind antisemitische und rassistische Aussagen einzuordnen, welche gesellschaftlichen Gruppen sind davon betroffen und welches Ausmaß haben diese Phänomene in der Öffentlichkeit (Mendel et al. 2022; Bojadžijev et.al. 2025)?

Dabei ist insbesondere der israelbezogene Antisemitismus umstritten, dessen Abgrenzung zu legitimer Kritik an israelischer Politik nicht immer eindeutig ist – erst recht nicht vor dem Hintergrund divergierender Erinnerungspolitiken, politischer Positionierungen und kultureller Deutungsrahmen. Mehr noch: Es zeigen sich Verschränkungen antisemitischer und antimuslimischer Einstellungen, die sich wechselseitig bedingen, überlagern oder politisch instrumentell verknüpft werden können (Pickel & Yendell 2018; Arnold 2019: 128–133). Parteipolitische Präferenzen fungieren dabei als wichtiger Katalysator – ein Aspekt, der bislang wenig erforscht ist (Pfahl-Traughber 2019: 19; Salzborn 2019; Öztürk & Pickel 2022).

Hinzu kommen methodische Herausforderungen: Viele Messinstrumente zur Erhebung antisemitischer Einstellungen stammen aus einer Forschungstradition, die stark von den soziohistorischen Bedingungen der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft geprägt war (Bergmann & Erb 1997). In einer diversen, transnational verflochtenen und erinnerungskulturell fragmentierten Gesellschaft, in der verschiedene Gruppen unterschiedliche, teils widersprüchliche Geschichtsbilder und Erinnerungstraditionen pflegen, stoßen diese Ansätze teilweise an konzeptionelle Grenzen.

Ein zentrales methodisches Problem ist die Kommunikationslatenz: Antisemitische Überzeugungen werden seit dem Ende des Nationalsozialismus aufgrund gesellschaftlicher Sanktionierung judenfeindlicher Aussagen nicht offen geäußert, sondern in codierter Form artikuliert (Bergmann & Erb 1986). Die Forschung spricht in diesem Zusammenhang von einem „Antisemitismus ohne Antisemiten“ (Marin 1979). Zwar gilt diese Latenz grundsätzlich weiterhin, doch stellt sich aktuell die Frage, ob sie a) nicht spätestens seit dem 7. Oktober 2023 zunehmend erodiert und b) wie sich antisemitische Codes unter transnationalen Bedingungen und dem Einfluss sozialer Medien wandeln und entsprechend dechiffriert werden können. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, theoretische Perspektiven und methodische Zugänge in der empirischen Antisemitismusforschung kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Vor diesem Hintergrund verfolgt das vorliegende Working Paper das Ziel, eine differenzierte empirische Analyse antisemitischer Einstellungen in der postmigrantischen Gesellschaft vorzulegen. Im Zentrum steht die kritische Überprüfung der Importthese – sowohl in Bezug auf ihre empirische Tragfähigkeit als auch auf ihre gesellschaftspolitische Funktion und Reichweite. Die Analyse folgt einem vergleichenden Ansatz entlang zentraler Differenzlinien:

1. Migrationsbiografien und Herkunftsgruppen,
2. Parteiaffinitäten bei Personen ohne Migrationshintergrund,
3. unterschiedliche Formen antisemitischer Einstellungen (klassisch, sekundär, israelbezogen).

Darüber hinaus werden Alltagsantisemitismus und erinnerungskulturelle Sozialisation berücksichtigt. Der Fokus liegt auf Personen aus muslimisch geprägten Herkunftsländern, da diese im Diskurs zur Importthese besonders adressiert werden. Zugleich dient die (nicht-migrantische) Mehrheitsbevölkerung mit Blick auf politische Orientierungen als empirische Referenzgruppe, um Zusammenhänge zwischen politischer Ausrichtung und Antisemitismus zu untersuchen. Ein eigener Abschnitt widmet sich explorativ dem israelbezogenen Antisemitismus, insbesondere im Hinblick auf sein Verhältnis zu legitimer Kritik an israelischer Politik – und beleuchtet so ein Spannungsfeld, das sowohl in öffentlichen Debatten als auch in wissenschaftlichen Diskursen kontrovers verhandelt wird. Dabei zielt die Erhebung nicht nur auf Häufigkeiten, sondern auch auf Deutungsmuster, Bruchlinien und Kontextualisierungen. Ergänzend wird untersucht, inwieweit antisemitische und antimuslimische Einstellungen strukturell miteinander verflochten sind.

Antisemitismus wird in dieser Untersuchung nicht als individuelles Vorurteil verstanden, sondern als

gesellschaftlich situiertes Phänomen – in seinen Überschneidungen mit anderen Formen gruppenbezogener Abwertung ebenso wie in seiner politischen Funktionalisierung. Ziel ist es, empirische Evidenz für differenzierte Erklärungsmuster jenseits pauschalisierender Zuschreibungen zu gewinnen.

Daraus ergeben sich folgende Leitfragen:

- In welchen Bevölkerungsgruppen treten antisemitische Einstellungen verstärkt auf – und welche Formen dominieren?
- Unterscheiden sich antisemitische Einstellungsmuster innerhalb der Gruppe der Personen aus muslimisch geprägten Herkunftsländern – etwa in Abhängigkeit von Generation, Herkunftsregion oder praktizierter Religiosität?
- Bestehen systematische Zusammenhänge zwischen Zustimmung zur Importthese, antisemitischen Einstellungen und antimuslimischen Ressentiments?
- Welche Rolle spielt Parteipräferenz für Ausmaß und Ausprägung antisemitischer Haltungen in der Mehrheitsgesellschaft?
- Wie wird israelbezogener Antisemitismus artikuliert – und in welchem Verhältnis steht er zu legitimer Kritik an Israel und anderen Formen von Antisemitismus?

2. Theoretische Grundlagen und konzeptionelle Differenzierungen

Um diese Fragestellungen angemessen bearbeiten zu können, ist eine theoretische und begriffliche Klärung erforderlich. Antisemitismus tritt in unterschiedlichen Formen und Ausdrucksweisen auf, die historisch gewachsen sind und sich je nach gesellschaftlichem Kontext unterschiedlich manifestieren. Im Zentrum stehen dabei spezifische Einstellungen, die in der Forschung über Zustimmung oder Ablehnung zu bestimmten Aussagen erfasst werden. Eine weitere Ebene betrifft tief verankerte, oft unreflektierte Praktiken, die sich etwa in sprachlichen Routinen wie Schimpfwörtern niederschlagen. Dieses Kapitel stellt die konzeptionellen Grundlagen dar, auf denen die empirische Analyse aufbaut.

Klassischer Antisemitismus

In den empirischen Sozialwissenschaften bezeichnet klassischer (auch tradierter, traditioneller oder primärer) Antisemitismus eine Reihe antisemitischer Stereotype, die sich über Jahrhunderte – insbesondere vor dem Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust – herausgebildet haben. Der Begriff dient vor allem zur Abgrenzung von neueren Formen wie dem sekundären oder israelbezogenen Antisemitismus (vgl. z. B. Zick et al. 2014; Kiess et al. 2020) und fungiert als Sammelkategorie.

Er umfasst typischerweise eine Mischung aus Vorstellungen und Einstellungen:

- christlich-religiösen Antijudaismus, wie er sich spätestens seit dem Mittelalter im europäischen Kulturraum und darüber hinaus etabliert hatte,
- politische Feindschaft gegenüber vermeintlich „fremden“ Jüdinnen:Juden, die seit dem Aufkommen von Nationalstaaten und Nationalismus im 18. Jahrhundert zunahm,
- rassistische Zuschreibungen einer angeblich biologischen Andersartigkeit, wie sie im 19. Jahrhundert mit den populär werdenden Rassentheorien an Einfluss gewannen.

Hinzu kommen Verschwörungserzählungen über eine „jüdische Weltverschwörung“, die seit dem frühen 20. Jahrhundert stark verbreitet wurden. Entsprechend decken die Items zur Messung von Zustimmungsraten zu klassischem Antisemitismus eine große thematische Spannbreite ab. Manche dieser Formen – insbesondere der christliche Antisemitismus – gelten in der empirischen Sozialforschung zum Antisemitismus heute als weniger relevant (Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus 2017; bereits beschrieben in Ullrich et al. 2012; auch in Bergmann & Erb 1991). Andere, wie verschwörungsideologisches Denken, haben hingegen eine Art Renaissance erfahren (vgl. Zick et al. 2023; Önnerfors 2021; Langer 2021).

Sekundärer Antisemitismus

Seit den frühen 1960er Jahren werden in der empirischen Sozialforschung neuere Formen des Antisemitismus diskutiert, die sich nach dem Holocaust herausbildeten und sich von klassischen Ausprägungen unterscheiden. Sie wurden zunächst als „Antisemitismus ohne Antisemiten” (Marin 1979) beschrieben. Früh wurde dafür der Begriff des „sekundären Antisemitismus” geprägt (Schönbach 1961). Kennzeichnend ist, dass antisemitische Einstellungen nicht etwa verschwunden sind, sondern stärker Mechanismen sozialer Erwünschtheit unterliegen und oft nur indirekt oder latent geäußert werden (vgl. Bergmann & Erb 1986).

In der Antisemitismusforschung, die sich überwiegend auf die deutsche (gelegentlich auch österreichische) Nachkriegsgesellschaft konzentriert, wurde das Konzept des sekundären Antisemitismus von Beginn an eng mit Schuldabwehr verknüpft: Um das positive Bild der Elterngeneration aufrechtzuerhalten, wurde deren Schuld auf das jüdische Opferkollektiv projiziert (Schönbach 1961). Dies zeigte sich früh in der Abwehr von Erinnerungsbemühungen an den Holocaust (Bergmann 1990; Bergmann & Erb 1991).

Später wurden die Argumente zum Schuldabwehr-Antisemitismus allerdings dahingehend modifiziert, dass nachfolgende Generationen – etwa seit den 1990er Jahren – die Schuld am nationalsozialisti

schen Judenmord zwar im Rahmen einer selbstkritischen Erinnerungskultur grundsätzlich anerkennen, zugleich aber auf „Erlösung“ und Anerkennung ihrer „Wiedergutmachung“ hoffen. In diesem Zusammenhang könne dem jüdischen Opferkollektiv mangelnde Versöhnungsbereitschaft unterstellt werden (Quindeau 2007).

All diese Überlegungen basieren auf der Annahme einer weitgehend homogenen westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, deren Mitglieder in direkter familiärer Nachfolge der Täter/innengeneration standen und durch Mechanismen der Schuld- und Erinnerungsabwehr geprägt waren. In der DDR war der staatliche Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit hingegen offensiv: Die Schuld wurde – bei offiziell antifaschistischer Haltung – vor allem auf Westdeutschland projiziert und kaum biografisch aufgearbeitet (Amadeu Antonio Stiftung 2005; Ahbe 2007; Benz 2018). Künftige Forschung sollte prüfen, inwiefern diese Unterschiede in der gesamtdeutschen Gesellschaft – teilweise oder innerhalb bestimmter Gruppen – fortwirken.

In der postmigrantischen Gesellschaft greifen diese Konzepte nur begrenzt, da der sekundäre Antisemitismus spezifische historische Bezüge und gesellschaftliche Positionierungen voraussetzt, die nicht für alle gleichermaßen gelten. Viele Familien haben keinen direkten familiären Bezug zur NS-Täter/-innengeneration, wodurch Schuldabwehrmechanismen kaum eine Rolle spielen. Zugleich bestehen, insbesondere unter Migrant:innen aus Osteuropa, teilweise familiäre Bezüge sowohl zur Opfer- als auch zur Täter/innenperspektive. Hinzu treten andere historische Bezugssysteme wie koloniale Erfahrungen oder der Nahostkonflikt, die Erinnerungspraktiken und politische Auseinandersetzungen prägen. Die Erinnerung an die Schoa und an die Kolonialgeschichte sind dabei zentral für das Verständnis globaler historischer Ungerechtigkeiten. Damit stellt sich die Frage, ob Mechanismen sozialer Erwünschtheit im Antwortverhalten, wie sie sich in der Vergangenheit aus dem Umgang mit dem NS-Erbe ableiten ließen, unter den Bedingungen einer pluralisierten Gesellschaft in gleicher Weise wirken oder ob sich – abhängig von Sozialisation, Migrationsbiografie, Aufenthaltsdauer und medialen Öffentlichkeiten – unterschiedliche Muster herausbilden.

Einige Studien deuten an, dass sekundäre antisemitische Einstellungen in migrantisch geprägten Gruppen seltener vorkommen (Decker et al. 2012: 111; Pickel et al. 2019: 59, 63f.) Auch zeigten muslimische Migrant:innen keine signifikant höhere Zustimmung zu entsprechenden Aussagen als andere Gruppen (Decker et al. 2012: 79; Pickel et al. 2019: 63f.; Decker & Brähler 2020: 238). Neuere Analysen zeichnen jedoch ein differenzierteres Bild (SVR 2022: 32).

Israelbezogener Antisemitismus und politische Kritik

Israelbezogener Antisemitismus ist ein komplexes und dynamisches Phänomen, dessen Abgrenzung von legitimer Kritik an der israelischen Regierung und am Staat immer wieder diskutiert wird (Holz & Haury 2021; Haury 2023). Nach den Attacken der Hamas vom 7. Oktober 2023 und dem weltweiten Anstieg antisemitischer Vorfälle wurde diese Form in unterschiedlichen Milieus besonders sichtbar. Viele Jüdinnen:Juden in Europa und weltweit nahmen aber auch schon zuvor einen engen Zusammenhang zwischen Israel-Feindlichkeit und Antisemitismus wahr (FRA 2013, 2018).

Obwohl diese Form des Antisemitismus insbesondere in Deutschland eine lange Geschichte hat, sprechen einige Forscher:innen seit den 2000er Jahren von einem „neuen Antisemitismus“ (Rabinovici et al. 2004; Heilbronn et al. 2019). Dieser wird diskursiv und medial vor allem bei als muslimisch gelesenen Personen sowie auf der politischen Linken wahrgenommen – etwa in antirassistischen oder antikolonialen Bewegungen. Israel, so die Beobachtung, fungiere dabei als ‚kollektiver Jude‘ (Taguieff 2002). Diese Metapher, so andere Forscher:innen, sei jedoch problematisch, da sie die Ablehnung einer gefährdeten Minderheit mit Feindseligkeit gegen einen wehrfähigen Staat gleichsetze (Klug 2003). Der „neue Antisemitismus“ sei zudem keineswegs neu, vielmehr würden sich hier alte antisemitische Semantiken fortsetzten (Holz 2005). Unstrittig ist, dass zwischen legitimer Kritik an israelischer Politik und antisemitischen Mustern unterschieden werden muss, um Dissens nicht mit Ressentiments und Stereotypen zu vermengen – auch wenn es uneindeutige Fälle geben kann und Übergange fließend sein können (Bachner 2019).

Zur Abgrenzung beider Phänomene existieren verschiedene Definitionen:

- Der 3-D-Test von Natan Sharansky (2004) stuft Kritik als antisemitisch ein, wenn Israel 1) *d*ämonisiert, 2) mit *d*oppelten Standards im Vergleich zu anderen Staaten bewertet oder sein Existenzrecht bestritten, also 3) *d*elegitimiert wird.
- Die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA 2016) ordnet Kritik an Israel unter anderem dann als antisemitisch ein, wenn sie sich in klassischen antisemitischen Mustern ausdrückt, etwa durch die Dämonisierung von Jüdinnen:Juden als Gruppe.
- Die Definition der Nexus Task Force (2021) hebt hervor, dass scharfe Kritik an Israel nicht automatisch antisemitisch ist, solange sie nicht in Hass gegen Jüdinnen:Juden umschlägt.
- Die Jerusalem Declaration on Antisemitism (2021) unterscheidet ebenfalls klar zwischen Kritik und Antisemitismus: Kritik an der Besatzungspolitik oder sogar am Existenzrecht des Staates Israel sei nicht notwendigerweise antisemitisch – solange sie das jüdische Volk nicht kollektiv verurteile oder dämonisiere.

Allen Ansätzen gemeinsam ist die Feststellung: Kritik wird antisemitisch, wenn Jüdinnen:Juden kollektiv für tatsächliches oder angebliches Handeln Israels verantwortlich gemacht werden.

Zugleich verweist die Debatte auf eine allgemeine weltweit übliche Praxis: Staaten werden international regelmäßig für ihr Handeln kritisiert – etwa Russland für den Angriffskrieg gegen die Ukraine, die USA für ihre Außenpolitik oder China für den Umgang mit Minderheiten. Nur selten wird vermutet, dass die eigentliche Motivation dahinter antislawischer bzw. antichinesischer Rassismus oder Antiamerikanismus sei. Entsprechend erscheint es notwendig, auch Kritik an der israelischen Regierung nicht vorschnell mit antisemitischen Haltungen gleichzusetzen. Auch für Israel gilt: Erst wenn antisemitische Semantiken greifen, etwa durch Dämonisierung oder Delegitimierung oder die Zuschreibung kollektiver Verantwortung auf Jüdinnen:Juden, handelt es sich um Antisemitismus im engeren Sinn. Eine solche Differenzierung trägt dazu bei, polarisierte Debatten zu versachlichen und legitimen Dissens von Ressentiments abzugrenzen.

Alltagsantisemitismus und erinnerungskulturelle Sozialisation

Im Unterschied zu den geschilderten Antisemitismen, die über ideologische, politische oder historische Narrative gerahmt sind, verweist Alltagsantisemitismus auf eine tief verankerte, oft unreflektierte antisemitische Grundhaltung, die sich in sprachlichen Routinen, abwertenden Zuschreibungen oder unkommentierten Sprechakten zeigt (vgl. Stender et al. 2010; Salzborn 2020). Er basiert weniger auf ideologischen Überzeugungen als auf impliziten kulturellen Praktiken, die im sozialen Nahraum tradiert und stillschweigend vorausgesetzt werden. Bourdieu würde dies als „symbolische Gewalt“ beschreiben – über unauffällige, aber wirkungsmächtige Prozesse der Bedeutungszuweisung im Alltag.

Diese Form des Antisemitismus verweist zugleich auf erinnerungskulturelle Brüche, die sich zwischen und innerhalb unterschiedlicher Generationen beobachten lassen. Während die öffentliche Erinnerungspolitik seit den 1980er Jahren zunehmend auf Aufarbeitung und historisches Lernen setzt (Assmann 2010), bleiben in Familien oder milieuspezifischen Nahräumen häufig tradierte Abwertungen gegenüber Jüdinnen:Juden bestehen. Die Sozialisationsforschung zeigt, dass familiäre, schulische und peergroup-bezogene Prägungen erheblich zur Verfestigung solcher Einstellungen, zum Beispiel durch wiederholte sprachliche Markierungen, beitragen können (Fend et al. 2009; Sander 2014).

In diesem Sinne erlaubt ein empirischer Zugriff auf „Alltagsantisemitismus“, generationenspezifische Normalisierungen antisemitischer Sprachmuster sichtbar zu machen, die häufig unterhalb bewusster Zustimmung liegen. Dies adressiert einen Aspekt von Antisemitismus, der nicht durch Überzeugung oder eine explizite Feindbildstruktur gekennzeichnet ist, sondern durch die Rolle sedimentierter kultureller Praktiken, die durch alltägliche Kommunikation fortgeführt werden.

3. Daten und Methoden

3.1 Datenbasis

Das NaDiRa.panel ist eine wiederkehrende, repräsentative Befragung, die Einblicke in Einstellungen und Erfahrungen von Menschen in Deutschland liefert. Ein besonderes Merkmal besteht in der gezielten Überrepräsentation von Personen mit familiären Wurzeln in Afrika, Ost- und Südostasien, der Türkei sowie in mehrheitlich muslimisch geprägten Ländern. Diese Überrepräsentation wurde durch ein onomastisches Verfahren (eine Auswahl auf Basis der Namensstruktur) sowie eine disproportionale Stichprobenziehung realisiert. Ziel war es, ausreichend große Fallzahlen für Gruppen zu gewinnen, die in der Gesamtbevölkerung numerisch weniger stark vertreten sind und für die bislang häufig keine differenzierten Analysen vorliegen.

Um die Verständlichkeit über verschiedene Herkunftskontexte hinweg zu gewährleisten, wurden die Fragepogramme in jeder Erhebungswelle neben Deutsch in sechs weitere Sprachen übersetzt: Arabisch, Englisch, Französisch, Mandarin, Türkisch und Vietnamesisch.

Die vorliegende Untersuchung basiert auf einer freiwilligen Zusatzbefragung zum Thema Nahost, die im Rahmen einer Zwischenerhebung von Dezember 2023 bis April 2024 durchgeführt wurde. Dieser Zeitraum wurde bewusst gewählt, um die unmittelbaren Reaktionen auf die Ereignisse nach dem 7. Oktober 2023 abzubilden. Das Datenset spiegelt somit Einstellungen in einer Phase intensiver gesellschaftlicher und politischer Debatten in Deutschland über Migration, Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus wider. Zugleich ist zu berücksichtigen, dass die Antworten im Kontext einer akuten Konfliktsituation entstanden und zu bewerten sind.

Die Datenerhebung erfolgte online mittels eines CAWI-Fragebogens (Computer Assisted Web Interviewing). Befragt wurden:

- Panelteilnehmende aus der Rekrutierungswelle W0,
- sowie zusätzliche Personen aus der Ziehungsstichprobe, die in W0 noch nicht kontaktiert worden waren und nun als „Auffrischer:innen“ (45 % der Gesamtstichprobe) erstmals an der Befragung teilnahmen.

Die „Auffrischer:innen“ tragen dazu bei, Panelmortalität und Selektionseffekte zu reduzieren. Insgesamt nahmen 14.180 Personen an der Zwischenerhebung teil. Von ihnen erklärten sich 8.553 (ca. 60 %) bereit, auch an der Zusatzbefragung teilzunehmen.

Für manche Analysevariablen, etwa zur familialen Migrationsbiografie, lagen zunächst nur Informationen der Panelist:innen vor. Diese wurden bei den „Auffrischer:innen“ in einer späteren Welle nacherfasst. Zu beachten ist, dass Angaben zur religiösen Praxis nur für Panelist:innen vorliegen und für „Auffrischer:innen“ bisher noch nicht nacherhoben werden konnten. Analysen zur Religiosität beruhen daher auf einer Teilstichprobe und sind entsprechend vorsichtig zu interpretieren. Da sich die Panelteilnehmenden jedoch nicht systematisch von Auffrischer:innen unterscheiden und strenge bzw. konservative Schätzverfahren (Bonferroni-Korrektur) angewendet wurden, können die berichteten Unterschiede dennoch als belastbar gelten – wenngleich durch die geringere Fallzahl statistische Nachweise potenzieller Differenzen erschwert sein können.

Nach Selektion und Bereinigung fehlender Werte umfasst das Gesamtanalysesample N = 6.295 Personen.

3.2. Operationalisierung

3.2.1 Dimensionen antisemitischer Einstellungen und gesellschaftlicher Deutungsmuster

Zur Messung antisemitischer Einstellungen und damit verbundener gesellschaftlicher Deutungsmuster wurden unterschiedliche Aussagen (Items) eingesetzt, die zentrale inhaltliche Stränge des gegenwärtigen Antisemitismusdiskurses abbilden.

Die Items orientieren sich sowohl an etablierten Messinstrumenten als auch an theoriebasierten Eigenentwicklungen.

Die Zustimmung zu den Aussagen wurde auf einer fünfstufigen Likert-Skala erhoben: von *„trifft überhaupt nicht zu“* über *„trifft nicht zu“*, *„teils/teils“*, *„trifft zu“* bis hin zu *„trifft voll und ganz zu“*. Zur Verbesserung der Interpretierbarkeit der Analyseergebnisse wurde diese Skala in drei inhaltlich sinnvolle Kategorien verdichtet:

- **Ablehnung**
  („trifft überhaupt nicht zu“/ „trifft nicht zu“)
- **„teils/teils“**
  (bleibt in ihrer ursprünglichen Form erhalten)
- **„Zustimmung“**
  („trifft zu“ / „trifft voll und ganz zu“)

Dies erleichtert eine übersichtliche Darstellung und erhöht die Stabilität der Modellschätzungen, insbesondere bei geringen Fallzahlen in einzelnen Antwortkategorien. Eine Übersicht der im Folgenden vorgestellten Items findet sich in Tabelle 1.

Klassischer Antisemitismus

Diese Dimension erfasst Aussagen, die historisch tradierte antisemitische Stereotype, darunter kollektive Zuschreibungen etwa von Fremdheit und Andersartigkeit, Machtzuschreibungen oder Verschwörungserzählungen reproduzieren.

Dies wird durch die folgenden drei Items operationalisiert:

1. „Juden haben etwas Eigentümliches an sich und passen nicht so recht in die deutsche Gesellschaft.“

Dieses Item zielt vor allem auf den Aspekt der Andersartigkeit und Unvereinbarkeit von Jüdinnen und Juden mit der deutschen Gesellschaft ab. Es findet sich in ähnlicher Form bereits in anderen Studien wie der Leipziger Autoritarismus-Studie (Decker & Brähler 2018) oder der Mitte-Studie wieder (Zick et al. 2023; Decker et al. 2013) und wurde bereits vielfach eingesetzt, um die Dimension des klassischen Antisemitismus zu adressieren.

2. „Juden und ihre Religion sind so anders als wir, dass es unklug wäre, ihnen Zugang zu allen gesellschaftlichen Positionen zu geben.“

Auch hier geht es um die Konstruktion von Andersartigkeit von Jüdinnen:Juden. Dieses selbstkonzipierte Item enthält zusätzlich eine klare normative Forderung: Die Aussage geht über die bloße Beschreibung von Differenz hinaus und konstruiert jüdische Teilhabe als potenzielle Gefahr – wobei Ausgrenzung als scheinbar rationale Schutzmaßnahme legitimiert wird.

3. „Jüdische Eliten unterstützen im Hintergrund einen Bevölkerungsaustausch in Europa, um durch billige migrantische Arbeitskräfte mehr Geld zu verdienen.“

Dieses ebenfalls selbstentworfene Item nimmt Bezug auf die antisemitische Verschwörungserzählung vom „Großen Austausch“ (Önnerfors 2021) und suggeriert, dass eine fiktive jüdische Elite im Verborgenen einen gezielten Austausch der *weißen* bzw. christlich geprägten Mehrheitsbevölkerung durch (muslimische) Migrant:innen plane. Die Aussage dient der extremen Rechten als ideologisches Narrativ zur Feindbildkonstruktion und antisemitischen Mobilisierung (Rensmann 2024: 21).

Die Ergebnisse einer explorativen Faktorenanalyse (EFA) sowie einer konfirmatorischen Faktorenanalyse (CFA) belegen, dass sämtliche Items signifikant auf einen gemeinsamen Faktor laden: **Item 1:** *„Juden haben etwas Eigentümliches an sich …“*: .80; **Item 2:** *„Juden und ihre Religion sind so anders als wir …“*: .79; **Item 3:** *„Jüdische Eliten unterstützen im Hintergrund einen Bevölkerungsaustausch …“*: .68. Dies deutet darauf hin, dass sie ein einheitliches zugrunde liegendes Konstrukt abbilden. Ebenfalls weist ein Cronbachs Alpha von 0.83 auf eine hohe interne Konsistenz hin.

Sekundärer Antisemitismus

Zur empirischen Erfassung schuldabwehrmotivierter Einstellungen wurden zwei Items verwendet, die sich bereits in ähnlicher Form in anderen Studien bewährt haben und als typisierende Indikatoren gelten:

1. „Viele Juden versuchen, aus dem Leid im Holocaust heute ihren Vorteil zu ziehen."

Dieses Item wurde in Anlehnung an frühere Studien formuliert, in denen vergleichbare Aussagen als Indikatoren für sekundären Antisemitismus eingesetzt wurden (Kart & Zimmer 2023; Friedrichs & Storz 2022; Dawid & Zeglovits 2020). Die Aussage unterstellt jüdischen Menschen, aus der Erinnerung an den Holocaust strategischen Nutzen zu ziehen. Damit wird nicht nur die Opferperspektive delegitimiert, sondern auch eine Umkehr der Schuldrelation angedeutet. In bisherigen Erhebungen wurde diese Aussage häufig durch Begriffe wie „Nazi-Zeit", „Hitler-Zeit", „Drittes Reich" oder durch Formulierungen wie „Deutschland dafür zahlen zu lassen" (Friedrichs & Storz 2023) in einem expliziten Bezug auf das deutsche Täter/innenkollektiv oder dessen Nachfahr:innen formuliert, wodurch die angebliche Vorteilsnahme zulasten der deutschen Bevölkerung interpretiert wurde (vgl. Bergmann & Erb 1991: 260). In der hier verwendeten Formulierung bleibt offen, wer das vermeintlich benachteiligte Kollektiv verkörpert. Befragte können somit freier entscheiden, aus welcher Perspektive sie antworten. Das Item bleibt dennoch ein Ausdruck von sekundärem Antisemitismus, da es sich auf die Erinnerung an den Holocaust und dessen Verarbeitung bezieht. Weniger deutlich suggeriert es einen schuldabwehrenden Zusammenhang mit der deutschen Nation.

2. „Mich nervt es, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören."

Dieses Item greift die erinnerungskulturelle Dimension des sekundären Antisemitismus auf und zielt auf eine Abwehrhaltung gegenüber erinnerungskulturellen Praktiken. Es lässt auf eine ablehnende Einstellung gegenüber der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus schließen. Vergleichbare Formulierungen wurden bereits in anderen Untersuchungen zur Erfassung erinnerungskritischer Einstellungen verwendet (Zick et al. 2017).

Beide Aussagen sollen unterschiedliche Ausdrucksformen sekundärer antisemitischer Haltungsmuster – einerseits instrumentelle Projektionen auf das Opferkollektiv, andererseits manifeste Ermüdung oder Überdruss gegenüber erinnerungspolitischen Diskursen erfassen. Da diese Dimension lediglich auf zwei Items basiert, war eine Faktorenanalyse nur eingeschränkt durchführbar. Ein Cronbachs Alpha von 0.67 weist auf eine akzeptable interne Konsistenz der beiden Items zueinander hin.

Israelbezogener Antisemitismus

Um israelbezogenen Antisemitismus zu erfassen, wurde ein Item gewählt, das zentrale Aspekte verschiedener wissenschaftlicher Definitionsansätze berücksichtigt (u. a. IHRA, 3-D-Test, Nexus, JDA). Diesen Ansätzen ist die Annahme gemeinsam, dass Antisemitismus dort beginnt, wo Jüdinnen:Juden pauschal für das Handeln des Staates Israel verantwortlich gemacht werden.

Das eingesetzte Item lautet:

„Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer."

Diese Formulierung verdeutlicht, wie politische Kritik in eine pauschale Ablehnung einer ganzen religiösen und ethnischen Gruppe übergeht. Die Aussage richtet sich nicht allein gegen staatliches Handeln, sondern gegen „die Juden" insgesamt – also auch gegen Personen ohne jegliche politische oder persönliche Verbindung zu Israel. In der Forschung gilt diese kollektive Zuschreibung als klarer Indikator antisemitischer Einstellungen (vgl. Zimmermann 2016). Vergleichbare Items wurden bereits in mehreren Studien eingesetzt, unter anderem von Kart und Zimmer (2023) sowie in den Mitte-Studien (Zick & Küpper 2005; Zick et al. 2017).

Da in der vorliegenden Untersuchung lediglich ein einzelnes Item verwendet wurde, ist zu beachten, dass damit primär eine affektive Reaktion gegenüber dem jüdischen Kollektiv im Kontext israelischer Politik erfasst wird – ausgedrückt durch die Formulierung „immer unsympathischer". Andere Dimensionen von israelbezogenem Antisemitismus, etwa die Delegitimierung Israels oder die Anwendung doppelter Standards, werden damit nicht abgedeckt. Die Ergebnisse sind folglich als Hinweis auf eine spezifische Facette israelbezogener antisemitischer Einstellungen zu verstehen, ohne das gesamte Spektrum dieser Dimension zu erfassen.

Politische Kritik an der israelischen Regierung

Um eine trennscharfe Abgrenzung zwischen legitimer Kritik und antisemitischen Zuschreibungen zu ermöglichen, wurde zusätzlich ein Item aufgenommen, das explizit eine kritische Haltung gegenüber israelischer Politik formuliert, ohne dabei eine kollektive Zuschreibung an Jüdinnen:Juden vorzunehmen:

> ***„Es ist ungerecht, dass Israel den Palästinensern Land wegnimmt."***
>
> Diese Aussage bezieht sich auf konkrete politische Maßnahmen im Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts, ohne den Staat Israel zu delegitimieren, zu dämonisieren oder eine kollektive Verantwortung zu konstruieren. Nach Maßgabe sowohl des 3-D-Tests von Sharansky als auch der IHRA-Arbeitsdefinition ist dies keine antisemitische Aussage, sondern eine legitime Form politischer Kritik. Die Aufnahme des Items ermöglicht eine empirische Einordnung, wie sich Zustimmung zu unterschiedlichen Formen von Kritik an Israel verteilt – und ob dabei zwischen antisemitischen und nicht-antisemitischen Haltungen differenziert wird.

Alltagsantisemitismus und erinnerungskulturelle Sozialisation

Darüber hinaus wurde ein weiteres Item einbezogen, das nicht unmittelbar antisemitische Einstellungen erfasst, sondern Aspekte der Sozialisation und erinnerungskulturellen Prägung:

> ***„Aus meiner Kindheit kenne ich ‚Jude' als Schimpfwort."***
>
> Dieses Item schafft einen indirekten Zugang zu Formen von alltäglichem und habitualisiertem Antisemitismus, die auf generationenspezifische Erfahrungen verweisen und Rückschlüsse auf die Normalisierung antisemitischer Sprach- und Deutungsmuster erlauben. Erfasst werden damit Dimensionen von Antisemitismus, die nicht primär auf bewusster Überzeugung beruhen, sondern über Sprache, Umfeld und stille Normen vermittelt werden. In diesem Sinne lässt sich das Item theoretisch in Debatten um Alltagsantisemitismus einordnen.

Importthese

Die These des „importierten Antisemitismus" fungiert im öffentlichen Diskurs als Figur der Externalisierung: Antisemitismus wird dabei primär bei migrantischen – insbesondere muslimischen – Gruppen verortet. Auf diese Weise wird die Mehrheitsgesellschaft von historischer Verantwortung entlastet, während die Auseinandersetzung mit Antisemitismus auf kulturell als „fremd" markierte Gruppen verschoben wird.

Zur empirischen Erfassung entsprechender Einstellungen wurde folgendes Item entwickelt:

> ***„Der Antisemitismus war fast weg und ist jetzt mit den muslimischen Eingewanderten wieder nach Deutschland gekommen."***

Die Aussage konstruiert Antisemitismus als ein von außen importiertes Phänomen und verkennt seine strukturelle Verankerung in der deutschen Mehrheitsgesellschaft. In ihrer Logik folgt sie Mustern kultureller Fremdzuschreibung, wie sie in rassismustheoretischen Ansätzen als „neuer kultureller Rassismus" beschrieben werden (vgl. Balibar 1991).

Tabelle 1. Dimensionen antisemitischer Einstellungen und gesellschaftliche Deutungsmuster (in %, N=6.295)

Skalenwert	1	2	3	4	5	
Inhaltliche Zuordnung	**Ablehnung**		**teils/ teils**	**Zustimmung**		**keine Angabe**
Zustimmung	trifft über-haupt nicht zu	trifft nicht zu		trifft zu	trifft voll und ganz zu	
Klassischer Antisemitismus						
„Juden haben etwas Eigentümliches an sich und passen nicht so recht in die deutsche Gesellschaft.“	44,6	36,4	14,5	3,0	1,5	1,2
„Juden und ihre Religion sind so anders als wir, dass es unklug wäre, ihnen Zugang zu allen ge-sell-schaftlichen Positionen zu geben.“	46,3	347	13,6	3,8	1,7	1,4
„Jüdische Eliten unterstützen im Hintergrund einen Bevölkerungsaustausch in Europa, um durch billige migrantische Arbeitskräfte mehr Geld zu verdienen.“	39,7	29,9	23,1	5,1	2,2	4,4
Sekundärer Antisemitismus						
„Viele Juden versuchen, aus dem Leid im Holocaust heute ihren Vorteil zu ziehen.“	26,1	32,1	24,7	10,4	6,7	1,1
„Mich nervt es, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören.“	26,9	22,6	23,6	16,5	10,5	0,8
Israelbezogener Antisemitismus						
„Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer.“	24,3	36,2	23,1	10,8	5,7	1,3
Politische Kritik						
„Es ist ungerecht, dass Israel den Palästinensern Land wegnimmt.“	2,7	6,5	30,5	32,5	27,8	2,0
Alltagsantisemitismus und erinnerungskulturelle Sozialisation						
„Aus meiner Kindheit kenne ich ‚Jude‘ als Schimpfwort.“	34,2	23,6	13,8	21,7	6,7	0,8
Importthese						
„Der Antisemitismus war fast weg und ist jetzt mit den muslimischen Eingewanderten wieder nach Deutschland gekommen.“	27,1	26,3	30,8	10,8	5,1	0,6
Antimuslimische Ressentiments						
„Muslime haben etwas Eigentümliches an sich und passen nicht so recht in die deutsche Gesellschaft.“	33,2	28,4	24,6	9,4	4,4	0,7
„Muslime und ihre Religion sind so anders als wir, dass es unklug wäre, ihnen Zugang zu allen gesell-schaftlichen Positionen zu geben.“	39,0	29,6	18,2	8,7	4,5	1,1
„Dass immer so getan wird, als gäbe es in Deutschland Muslimfeindlichkeit, nervt mich.“	23,6	26,8	28,6	15,2	5,9	1,4

Quelle: NaDiRa.panel, Zusatzbefragung, eigene Berechnungen.

Antimuslimische Ressentiments

Um die Verschränkung von antisemitischen und antimuslimischen Ressentiments in der deutschen Gesellschaft sichtbar zu machen, wurde das Erhebungsinstrument um Items erweitert, die gezielt antimuslimische Narrative adressieren. Dabei orientieren sich die Aussagen inhaltlich an klassischen und sekundären Antisemitismus-Items, sind jedoch spezifisch auf Muslim:innen bezogen. Genutzt wurden unter anderem folgende Formulierungen:

> ***1. „Muslime haben etwas Eigentümliches an sich und passen nicht so recht in die deutsche Gesellschaft."***
>
> ***2. „Muslime und ihre Religion sind so anders als wir, dass es unklug wäre, ihnen Zugang zu allen gesellschaftlichen Positionen zu geben."***
>
> ***3. „Dass immer so getan wird, als gäbe es in Deutschland Muslimfeindlichkeit, nervt mich."***

Diese Items wurden nicht als bloße Spiegelungen antisemitischer Aussagen konzipiert, sondern als methodisch reflektiertes Instrument zur Analyse vergleichbarer struktureller Logiken – etwa der Markierung kultureller Fremdheit, der Legitimation von Exklusionspraktiken oder der Abwehr von Diskriminierungskritik. Damit wird ein vertieftes Verständnis jener gesellschaftlichen Bedingungen hergestellt, unter denen antisemitische und antimuslimische Einstellungsmuster in einer postmigrantischen Gesellschaft miteinander verschränkt auftreten können – sei es über Externalisierungsnarrative, über konkurrierende Opferpositionierungen oder durch sich überlagernde Projektionen von Bedrohung.

3.2.2 Differenzierungsdimensionen: Herkunft und Parteipräferenz

Um die oben beschrieben Forschungsfragen empirisch zu bearbeiten, konzentrieren sich die folgenden Analysen auf zwei zentrale Merkmale: Herkunft und Parteipräferenz. Beide Dimensionen erlauben eine differenzierte Betrachtung gesellschaftlicher Positionierungen und helfen, gruppenspezifische Muster zu interpretieren.

Herkunft

Die Kategorisierung der Herkunft orientiert sich am Geburtsland der befragten Personen sowie dem ihrer Eltern und Großeltern. Dabei wird bewusst auf Herkunftsländer abgestellt, da sich die sogenannte Importthese in erster Linie auf Zuwanderungskontexte bezieht und antisemitische Einstellungen in diesem Zusammenhang häufig mit spezifischen Migrationsherkünften verknüpft werden.

Auf dieser Grundlage wurden fünf Herkunftsgruppen gebildet, die sowohl geografische als auch kulturelle bzw. religiöse Prägungskontexte berücksichtigen. Befragte, die keiner dieser Gruppen eindeutig zugeordnet werden konnten – etwa Personen mit Bezügen zur Europäischen Union, zu Südamerika oder mit nicht eindeutig bestimmbarer Herkunft – bleiben in den weiteren Analysen zu vermeintlichen Gruppenunterschieden unberücksichtigt. Eine detaillierte Übersicht zur Länderzuordnung findet sich im Anhang.

Ohne Migrationshintergrund

Als Personen ohne Migrationshintergrund gelten Befragte, bei denen sowohl sie selbst als auch beide Eltern- und Großelterngenerationen in Deutschland geboren wurden.

Hintergrund aus einem muslimisch geprägten Land

Diese Kategorie umfasst Personen, die selbst oder deren Eltern bzw. Großeltern in einem Land mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung geboren wurden. Die Zuordnung erfolgt unabhängig von individueller Religiosität oder Selbstidentifikation. Ziel ist es, sozialisationsrelevante kulturelle und gesellschaftliche Kontexte abzubilden, ohne eine einheitliche religiöse Identität zu unterstellen. Die Kategorie ist daher nicht gleichzusetzen mit „Muslim:innen" und schließt sowohl religiöse als auch säkulare oder andersgläubige Personen ein.

Hintergrund aus einem süd(ost)asiatischen Land

Hierzu zählen Personen, die selbst oder mindestens ein Eltern- oder Großelternteil aus einem nicht mehrheitlich muslimisch geprägten Land in Süd-,

Südost- oder Ostasien stammen. Personen aus Ländern wie Indonesien, Bangladesch oder Malaysia sind also nicht enthalten; sie werden der Kategorie „Hintergrund aus einem muslimisch geprägten Land" zugerechnet. Die Zusammenfassung dieser heterogenen Ländergruppen dient der analytischen Vereinfachung, ohne die Vielfalt innerhalb der Region zu negieren.

Hintergrund aus einem osteuropäischen Land

Diese Kategorie umfasst Personen, die selbst oder mindestens eines ihrer Eltern- oder Großelternteile aus Ost- oder Südosteuropa stammen. Berücksichtigt wird dabei die regionale Herkunft unabhängig von individueller Selbstverortung oder aktuellen politischen Grenzen. Ziel ist eine analytische Abbildung gemeinsamer historischer und sozialer Prägungskontexte, ohne die Vielfalt innerhalb des osteuropäischen Raums zu homogenisieren.

Hintergrund aus einem afrikanischen Land

Eingeschlossen sind hier Personen, die selbst oder mindestens eines ihrer Eltern- oder Großelternteile aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara stammen (West-, Ost-, Zentral- und Südliches Afrika). Personen mit nordafrikanischen Bezügen werden dagegen der Kategorie „Hintergrund aus einem muslimisch geprägten Land" zugeordnet, ohne dass damit ihre afrikanische Identität in Frage gestellt wird.

Tabelle 2. Samplebeschreibung (Gesamt, N=6.295)

Alter	Mittelwert	43,75	
	Standardabweichung	14,7	
		absolut	**in %**
Altersgruppen	18–24	533	8,5
	25–34	1612	25,7
	35–44	1410	22,5
	45–54	1030	16,4
	55–64	1047	16,7
	65+	647	10,3
	nicht verfügbar	16	0,3
Geschlecht	männlich	3185	51,2
	weiblich	3038	48,8
	nicht verfügbar	72	1,1
Schulbildung	niedrig	597	9,5
	mittel	1226	19,5
	hoch	4354	69,2
	nicht verfügbar	118	1,9
Herkunftsgruppen	ohne Migrationshintergrund	2643	30,9
	Hintergrund aus muslimisch geprägtem Land	1799	21,0
	Hintergrund aus süd(ost)asiatischem Land	830	9,7
	Hintergrund aus osteuropäischem Land	803	9,4
	Hintergrund aus afrikanischem Land	220	2,6

Quelle: NaDiRa.panel, Zusatzbefragung, eigene Berechnungen.

Tabelle 3. Personen mit Hintergrund aus muslimisch geprägten Ländern (N=1.799)

Alter	Mittelwert	38,7	
	Standardabweichung	12,8	
		absolut	**in %**
Altersgruppen	18–24	251	14,0
	25–34	544	30,3
	35–44	448	25,0
	45–54	298	16,6
	55–64	181	10,1
	65+	72	4,0
	nicht verfügbar	5	0,3
Geschlecht	männlich	951	53,6
	weiblich	825	46,5
	nicht verfügbar	23	1,3
Schulbildung	niedrig	260	15,0
	mittel	264	15,2
	hoch	1213	69,8
	nicht verfügbar	62	3,5
Herkunft	Türkei	756	42,0
	arabische Länder	531	29,5
	Balkan	177	9,8
	süd(ost)asiatische Länder	156	8,7
	nicht verfügbar	180	10,0
Aufenthaltsdauer in Deutschland	Gen. 2 (in DE geboren)	737	41,0
	Gen. 1: ≥ 10 Jahre in DE	361	20,1
	Gen. 1: < 10 Jahre in DE	309	17,2
	nicht verfügbar	392	21,8
Staatsangehörigkeit	mit deutscher Staatsangehörigkeit	963	53,5
	ohne deutsche Staatsangehörigkeit	542	30,1
	nicht verfügbar	294	16,3
Religionsausübung [1,2]	nie	144	8,0
	selten	218	12,1
	mehrmals im Jahr	167	9,3
	mindestens einmal im Monat	61	3,4
	mindestens einmal in der Woche	96	5,3
	täglich	109	6,1
	nicht verfügbar	1004	55,8

Quelle: NaDiRa.panel, Zusatzbefragung, eigene Berechnungen.

1 Basiert auf folgender Frage: „Abgesehen von festlichen Anlässen wie Aufnahmeritualen, Taufen oder Bar Mizwa / Bat Mizwa, Begräbnisfeiern oder Hochzeiten – wie oft praktizieren Sie Ihre Religion, zum Beispiel, indem Sie an religiösen Zusammenkünften teilnehmen?“

2 Diese Information ist nur für Panelist:innen verfügbar, also Personen, die bereits an vorherigen Befragungswellen teilgenommen haben.

Tabelle 4. Personen ohne Migrationshintergrund (N=2.643)

Alter	Mittelwert	48,5	
	Standardabweichung	14,9	
		absolut	**in %**
Altersgruppen	18–24	145	5,5
	25–34	472	17,9
	35–44	476	18,0
	45–54	443	16,8
	55–64	647	24,5
	65+	455	17,3
	nicht verfügbar	5	0,2
Geschlecht	männlich	951	53,6
	weiblich	825	46,5
	nicht verfügbar	23	1,3
Schulbildung	niedrig	216	8,2
	mittel	720	27,4
	hoch	1690	64,4
	nicht verfügbar	17	0,6
Parteipräferenz	SPD	361	15,2
	CDU/CSU	737	31,0
	Bündnis 90/Die Grünen	671	28,2
	FDP	112	4,7
	AfD	206	8,7
	Die Linke	109	4,6
	Freie Wähler	113	4,8
	BSW	69	2,9
	nicht verfügbar	265	10,0

Quelle: NaDiRa.panel, Zusatzbefragung, eigene Berechnungen.

Fokus auf Personen aus muslimisch geprägten Ländern

Da die Importthese vor allem auf Menschen mit muslimischem Hintergrund zielt, steht diese Gruppe in den nachfolgenden Analysen besonders im Fokus. Um Differenzierungen innerhalb dieser Gruppe sichtbar zu machen, erfolgt eine weitergehende Unterteilung nach:

- ***Herkunftsregion*** (Türkei, arabische Länder, Balkan, süd(ost)asiatische Länder, sonstige),
- ***Zuwanderungsgeneration und Aufenthaltsdauer*** (1. Generation mit < 10 Jahren Aufenthalt; 1. Generation mit ≥ 10 Jahren Aufenthalt; 2. Generation),
- ***Staatsbürgerschaft*** (ja/nein),
- ***religiöser Praxis*** (nie/selten; mehrmals jährlich / mindestens einmal im Monat; mindestens einmal wöchentlich/täglich).

Parteipräferenz

In gesellschaftspolitischen Debatten über Integration und Zugehörigkeit schwingen häufig normative Vorstellungen über die „Mehrheitsgesellschaft“ mit. Deshalb werden in den folgenden Analysen auch Personen ohne Migrationshintergrund differenziert betrachtet. Dies ist zudem relevant, weil die Unterstützung der Importthese im öffentlichen Diskurs häufig bestimmten Wähler:innengruppen zugeschrieben wird.

Zur Erfassung politischer Positionierungen wurde die Parteipräferenz anhand der klassischen Sonntagsfrage erhoben: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?“. Damit lassen sich Rückschlüsse auf politische Selbstverortungen im Sample ziehen. Die Auswertung erfolgt entlang der Nennung parteipolitischer Präferenzen (z. B. SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/ Die Grünen, AfD, FDP, Die Linke, Freie Wähler, BSW)

3.3 Auswertungsstrategie

Ziel der Auswertungsstrategie ist es, gruppenspezifische Unterschiede nachvollziehbar und methodisch fundiert zu analysieren. Dabei wird auf ein mehrstufiges Vorgehen gesetzt, das sowohl statistische Kontrolle als auch eine verständliche Darstellung der Ergebnisse gewährleistet.

Modellwahl: Partial-Proportional-Odds-Modelle

Da die abhängigen Variablen ordinalskalierte Zielgrößen sind, kommen generalisierte ordinale Regressionsmodelle zum Einsatz: Das *Partial-Proportional-Odds-Modell* erweitert die klassische ordinale Regressionsanalyse. In einer herkömmlichen ordinalen Regression wird angenommen, dass alle Einflussfaktoren über alle Schwellen hinweg den gleichen Effekt haben – also unabhängig davon, ob z. B. zwischen „Ablehnung“ und „teils/teils“ oder zwischen „teils/teils“ und „Zustimmung“ unterschieden wird. Diese sogenannte Parallelitätsannahme erweist sich in der Praxis jedoch oft als zu restriktiv. Das partielle Proportional-Odds-Modell lockert diese Annahme, indem es erlaubt, dass einige Variablen unterschiedlich auf die Schwellen der Skala wirken, während andere weiterhin konstante Effekte haben. Dadurch gewinnt das Modell an Flexibilität, ohne an Übersichtlichkeit zu verlieren.

Kontrolle soziodemografischer Merkmale

Bei der Analyse gruppenspezifischer Unterschiede nach Herkunft oder Parteipräferenz wird jeweils statistisch für Geschlecht, Alter und Bildung kontrolliert. So lassen sich mögliche Verzerrungen durch soziodemografische Unterschiede ausschließen.

Interpretation: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten

Zur besseren inhaltlichen Einordnung der Regressionsschätzungen werden zudem vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten *(predictive margins)* berechnet. Diese zeigen die geschätzte Verteilung über die Antwortkategorien hinweg – unter Berücksichtigung aller im Modell kontrollierten Einflussfaktoren. Im Unterschied zu Regressionskoeffizienten, die auf der Logit-Skala schwer zu interpretieren sind, machen *predictive margins* direkt sichtbar, mit welcher Wahrscheinlichkeit eine bestimmte Antwortkategorie zutrifft. So lassen sich gruppenspezifische Unterschiede klarer quantifizieren und verständlicher darstellen – besonders bei ordinalen abhängigen Variablen mit mehreren Ausprägungsstufen. Die später ausgewiesenen Prozentwerte beruhen daher auf modellbasierten Schätzungen und stellen keine direkt beobachteten Häufigkeiten dar.[3]

Signifikanztests und Korrekturverfahren

Ein Gruppenunterschied ist statistisch signifikant, wenn er nach statistischen Kriterien verlässlich ist und nicht auf Zufall beruht. Um die Belastbarkeit der Ergebnisse trotz einer Vielzahl von Gruppenvergleichen sicherzustellen, wurde eine *Bonferroni-Korrektur* angewandt. Dieses Verfahren passt

[3] Unter den Abbildungen wird jeweils kenntlich gemacht, ob es sich um vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten (*predictive margins*) oder um beobachtete Häufigkeiten handelt.

das Signifikanzniveau an die Anzahl der getesteten Unterschiede an und reduziert so das Risiko, dass Unterschiede nur zufällig als bedeutsam erscheinen. Auf diese Weise werden ausschließlich robuste Effekte als statistisch signifikant ausgewiesen.

Zusammenhangsmaße

Für die Untersuchung inhaltlicher Zusammenhänge – etwa zwischen Zustimmung zur Importthese und antimuslimischen Ressentiments oder antisemitischen Einstellungen, aber auch bei der Abgrenzung legitimer politischer Kritik von antisemitischen Projektionen – werden je nach Skalenniveau unterschiedliche Zusammenhangsmaße berechnet. Hierzu gehören beispielsweise *Pearsons r* für metrische bzw. quasi-metrische Variablen sowie *Kendalls Tau-b* für ordinalskalierte Daten.

Die Korrelationskoeffizienten geben Aufschluss darüber, ob und in welcher Richtung zwei Variablen statistisch zusammenhängen: positiver Zusammenhang: „je mehr x, desto mehr y"; negativer Zusammenhang: „je mehr x, desto weniger y". Dabei ist stets zu beachten, dass Korrelationen keine Rückschlüsse auf Kausalität erlauben.

Gewichtung zur Vermeidung von Verzerrungen

Um verzerrte Ergebnisse durch unterschiedliche Teilnahmechancen oder Antwortverhalten zu vermeiden, basieren alle multivariaten Auswertungen auf einem ausfalladjustierten Designgewicht. Dieses Gewicht berücksichtigt systematische Unterschiede in der Teilnahmewahrscheinlichkeit sowie strukturelle Ausfälle, die sich etwa aus soziodemografischen Merkmalen oder Rekrutierungswegen ergeben können.

4. Ergebnisse

Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse der empirischen Auswertung vorgestellt. Ziel ist es, die im vorherigen Abschnitt skizzierten Forschungsfragen systematisch zu bearbeiten. Der Schwerpunkt liegt zunächst auf den Gruppenunterschieden in Bezug auf antisemitische Einstellungen – sowohl zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund als auch innerhalb der Gruppe mit einer Herkunft aus mehrheitlich muslimisch geprägten Ländern. Diese beiden Perspektiven bilden den analytischen Fokus der folgenden Abschnitte.

4.1. Tradierte Stereotype in einer neuen Gesellschaft: Klassischer Antisemitismus im Herkunftsvergleich

Zur Erfassung klassischer antisemitischer Einstellungen wurden drei unterschiedliche Aussagen in die Befragung aufgenommen. Aus analytischen Gründen wird jedoch auf eine Zusammenfassung in Form eines Index oder Skalenwerts verzichtet. Stattdessen werden zwei zentrale Einzelitems berichtet, die unterschiedliche Facetten des Konstrukts abbilden und sich zugleich methodisch sowie inhaltlich sinnvoll ergänzen:

1. Wahrgenommene kulturelle Fremdheit – ein etablierteres Item mit hoher Anschlussfähigkeit an frühere Studien, das Vergleichsperspektiven erlaubt (z. B. „Mitte"- oder „Autoritarismus"-Studien):
   „Juden haben etwas Eigentümliches an sich und passen nicht so recht in die deutsche Gesellschaft."

2. Verschwörungserzählung – ein neu entwickeltes Item, das ein zentral gewordenes Narrativ antisemitischer Mobilisierung adressiert und damit bestehende Operationalisierungen erweitert:
   „Jüdische Eliten unterstützen im Hintergrund einen Bevölkerungsaustausch in Europa, um durch billige migrantische Arbeitskräfte mehr Geld zu verdienen."

Auf die Darstellung eines weiteren Items (*„Juden und ihre Religion sind so anders …"*) wird zugunsten der Lesbarkeit verzichtet, da es dem ersten Item inhaltlich stark ähnelt und bislang nicht validiert ist.

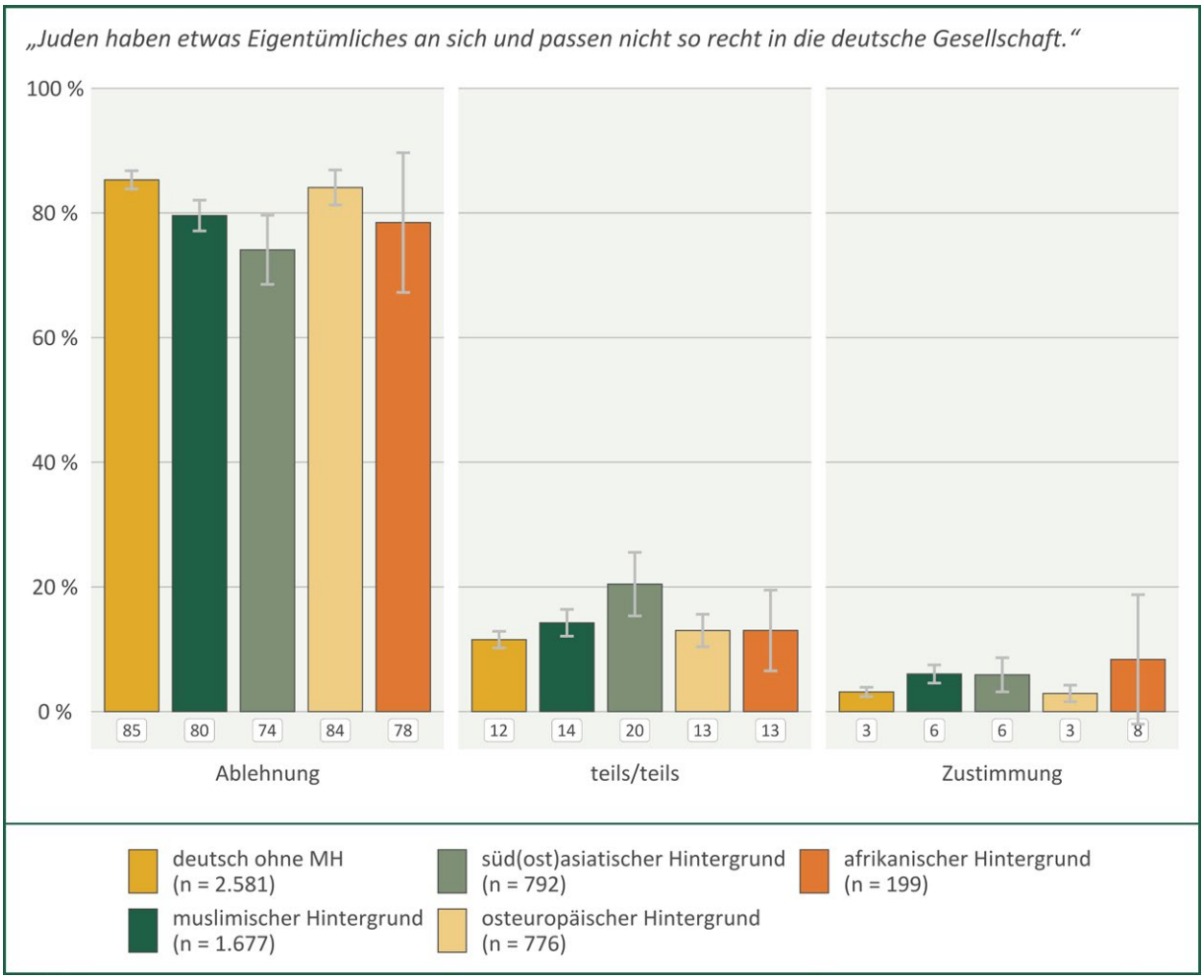
Ablehnung des Stereotyps kultureller Fremdheit

Die Ergebnisse anhand multivariater Analysen zeigen, dass die Mehrheit in allen untersuchten Gruppen die Aussage zur „Andersartigkeit" ablehnt (siehe Abbildung 1). Besonders deutlich ist die Ablehnung unter Personen ohne Migrationshintergrund (85 %) und Menschen mit osteuropäischer Herkunft (84 %). Auch Befragte mit muslimisch geprägtem (80 %) oder afrikanischem Hintergrund (79 %) lehnen die Aussage mehrheitlich ab, wenn auch in etwas geringerem Ausmaß. Die geringsten Ablehnungswerte finden sich bei Menschen mit süd(ost)asiatischem Hintergrund (74 %).
Auffällig ist, dass Menschen mit süd(ost)asiatischem Hintergrund besonders häufig eine unentschiedene Haltung („teils/teils") einnehmen – etwa jede fünfte Person. Dieses Antwortverhalten trägt zu den vergleichsweise niedrigeren Ablehnungsquoten in dieser Gruppe bei und verweist auf eine größere Ambivalenz in der Bewertung entsprechender Aussagen.

Ablehnung verschwörungsideologischer Aussagen

Ein deutlicheres Differenzierungsmuster zeigt sich beim verschwörungsideologischen Item im Rahmen von klassischem Antisemitismus (siehe Abbildung 2). Auch hier überwiegt in allen Gruppen die deutliche Ablehnung der Aussage, allerdings in unterschiedlicher Stärke: Am höchsten fällt sie bei Personen ohne Migrationshintergrund (79 %) sowie bei Menschen mit osteuropäischem Hintergrund (78 %) aus. Menschen mit afrikanischem Hintergrund weisen ebenfalls hohe Ablehnungswerte auf (72 %) – wenn auch in etwas geringerem Maße. Deutlich niedriger ist die Ablehnung hingegen bei Befragten mit muslimisch geprägtem (63 %) und süd(ost)asiatischem Hintergrund (60 %).

Abbildung 1. Klassischer Antisemitismus: Andersartigkeit (nach Herkunftsgruppen)



© DeZIM

Lesebeispiel: Die Aussage *„Juden haben etwas Eigentümliches an sich und passen nicht so recht in die deutsche Gesellschaft"* würden 85 % der Befragten ohne Migrationshintergrund ablehnen, während die vorhergesagte Ablehnung bei Personen mit muslimischem Hintergrund mit 74 % am niedrigsten ist. **Quelle:** NaDiRa.panel, Zusatzbefragung, gewichtet, eigene Berechnungen. Bei den Ergebnissen handelt es sich um vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten (*predictive margins*), kontrolliert nach Alter, Geschlecht und Bildung. N=6.015.

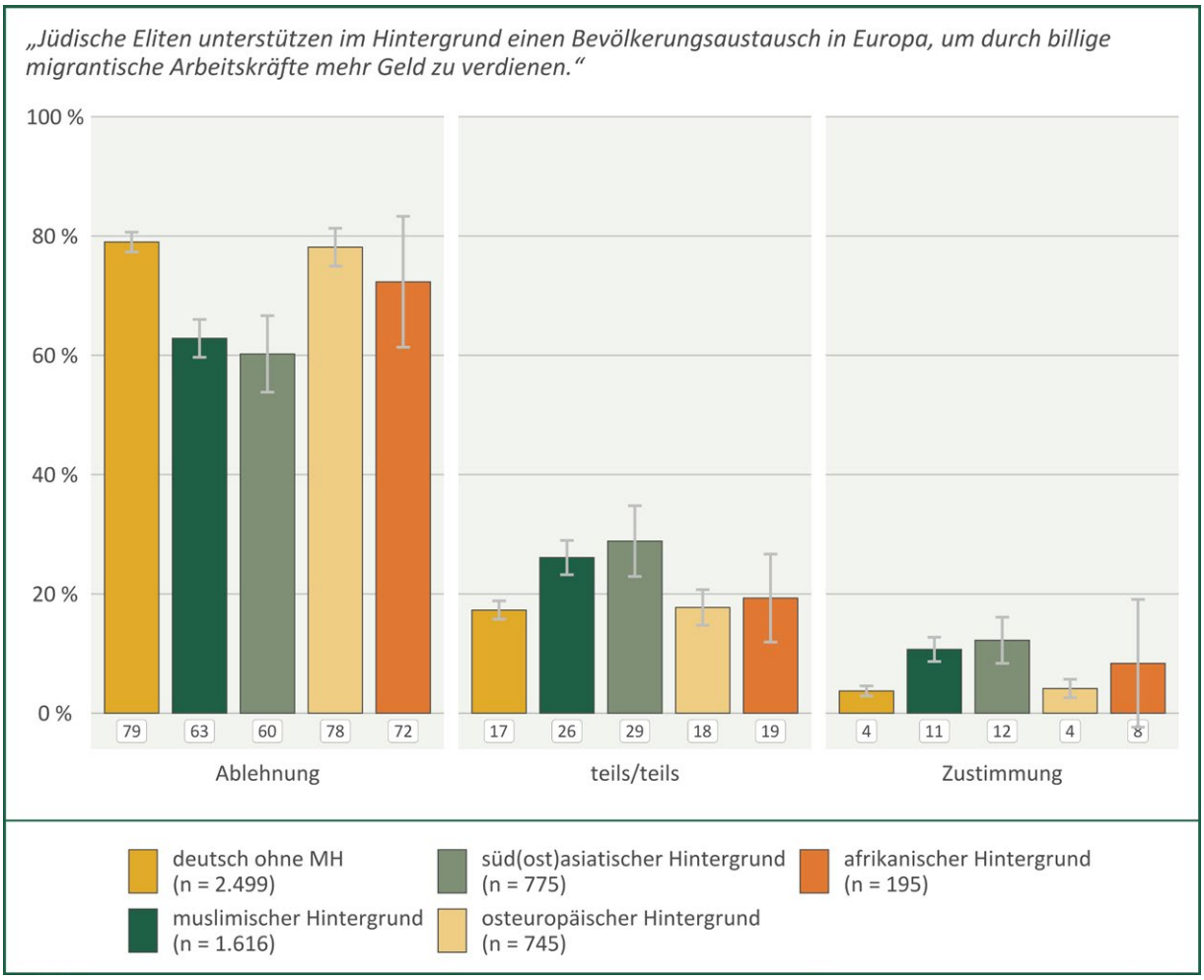
Gerade in diesen beiden Gruppen treten häufiger unentschiedene oder zustimmende Haltungen auf. Während etwa 11 bis 12 % der befragten Personen mit süd(ost)asiatischem und muslimisch geprägtem Hintergrund zustimmen würden, liegt der entsprechende Anteil bei Personen ohne Migrationshintergrund lediglich bei 4 %.

Die Unterschiede zwischen den Gruppen sind teilweise statistisch signifikant: So ist die Ablehnung unter Personen ohne Migrationshintergrund nachweislich stärker ausgeprägt als bei Menschen mit süd(ost)asiatischem oder muslimisch geprägtem Hintergrund. Gleichzeitig zeigen sich bei letzterer Gruppe häufiger ambivalente oder zustimmende Haltungen. Damit verweist dieses Muster auf eine höhere Anschlussfähigkeit oder klare Befürwortung von verschwörungsideologischen antisemitischen Narrativen in bestimmten Herkunftsgruppen.

Subgruppenanalyse: Muslimisch geprägte Herkunft

Da die öffentliche Debatte um die sogenannte Importthese vor allem auf Personen mit muslimisch geprägtem Hintergrund fokussiert, wird diese Gruppe im Verlauf der Analyse gesondert betrachtet. Die bisherigen Ergebnisse legen nahe, dass sich Personen mit muslimisch geprägtem Hintergrund im Vergleich

Abbildung 2. Erweiterter klassischer Antisemitismus: verschwörungstheoretisches Item (nach Herkunftsgruppen)



© DeZIM

Lesebeispiel: Die Aussage, jüdische Eliten würden im Hintergrund einen Bevölkerungsaustausch in Europa unterstützen, um durch migrantische Arbeitskräfte mehr Geld zu verdienen, lehnen Personen ohne Migrationshintergrund mit einer Wahrscheinlichkeit von 79 % am häufigsten ab, gefolgt von Befragten mit osteuropäischem Hintergrund (78 %). **Quelle:** NaDiRa.panel, Zusatzbefragung, gewichtet, eigene Berechnungen. Bei den Ergebnissen handelt es sich um vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten *(predictive margins)*, kontrolliert nach Alter, Geschlecht und Bildung. N=5.830.

zur Mehrheitsbevölkerung und anderen Herkunftsgruppen häufiger weniger klar ablehnend oder ambivalenter zu Aussagen des klassischen Antisemitismus verhalten, wenn sie diesen auch insgesamt mit deutlichen Mehrheiten ablehnen. Um Unterschiede innerhalb dieser heterogenen Gruppe sichtbar zu machen, erfolgt eine vertiefte Betrachtung nach Herkunftsregion, Zuwanderungsgeneration, Aufenthaltsdauer, Staatsangehörigkeit und religiöser Praxis.

Beim Item zur unterstellten Andersartigkeit / kulturellen Fremdheit jüdischer Personen treten innerhalb der Gruppe mit muslimisch geprägtem Hintergrund nur begrenzte Unterschiede auf. Weder die Herkunftsregion noch die Zuwanderungsgeneration, Aufenthaltsdauer oder die Häufigkeit religiöser Praxis gehen mit signifikant abweichenden Differenzen einher. Dagegen erweist sich die Staatsangehörigkeit als ein relevanter Faktor:

- Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft äußern gegenüber der Aussage, Jüdinnen:-Juden seien andersartig, signifikant häufiger eine ablehnende Haltung (82 %) als Personen ohne deutschen Pass (73 %; p = 0,002).

- Gleichzeitig ist die Wahrscheinlichkeit, sich nicht eindeutig zu positionieren („teils/teils“), bei Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit deutlich erhöht (20 % vs. 11 %; $p = 0{,}000$).
- Die Zustimmungswerte unterscheiden sich hingegen nicht nennenswert.

Beim zweiten Item, das eine antisemitische Verschwörungserzählung adressiert, zeigen sich deutliche Differenzierungen nach Aufenthaltsdauer und Staatsangehörigkeit:

- Personen der zweiten Generation (in Deutschland geboren und aufgewachsen) lehnen die Aussage mit 65 % deutlich stärker ab und äußern seltener unentschiedene Haltungen („teils/teils“: 23 %) als Zugewanderte der ersten Generation mit weniger als zehn Jahren Aufenthalt (Ablehnung: 50 %, „teils/teils“: 36 %; $p = 0{,}013$ bzw. $p = 0{,}008$).
- Auch hier zeigt die Staatsangehörigkeit einen Effekt: Personen mit deutschem Pass lehnen die Aussage häufiger ab (64 % vs. 52 %) und positionieren sich seltener unentschieden („teils/teils“: 24 % vs. 35 %; jeweils 0,001).
- Unterschiede nach Herkunftsregion und religiöser Praxis lassen sich hingegen nicht nachweisen.

Zwischenfazit

Die Ergebnisse liefern wichtige Hinweise für die Debatte um die Importthese. Sie zeigen, dass antisemitische Einstellungen keineswegs ein dominantes Merkmal unter Personen mit Zuwanderungsgeschichte darstellen. Klassische antisemitische Rhetorik – ob in Form kultureller Stereotype oder verschwörungsideologischer Narrative – wird von der Mehrheit in allen betrachteten Herkunftsgruppen abgelehnt. Besonders stark fällt diese Ablehnung bei Personen ohne Migrationshintergrund und mit osteuropäischer Herkunft aus.

Interessant sind insbesondere die Ergebnisse zu Befragten mit süd(ost)asiatischem Hintergrund – einer Gruppe, die in der öffentlichen Debatte um die Importthese kaum berücksichtigt wird. Auch hier zeigt sich kein homogen antisemitisches Meinungsbild. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass sowohl Personen mit muslimisch geprägtem als auch mit süd(ost)-asiatischem Hintergrund seltener klar ablehnend reagieren und häufiger unentschiedene Haltungen einnehmen.

Mit Blick auf die zweite Forschungsfrage zeigen die vertiefenden Analysen, dass antisemitische Einstellungsmuster innerhalb der Gruppe mit muslimisch geprägtem Hintergrund nicht homogen sind. Vielmehr deuten sich relevante Unterschiede nach Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsdauer an – insbesondere in Bezug auf verschwörungsideologische Narrative. Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit und mit kürzerer Aufenthaltsdauer weisen eine tendenziell höhere Anschlussfähigkeit an entsprechende Aussagen auf. Die Befunde verdeutlichen, dass klassischer Antisemitismus nicht monokausal erklärbar, sondern im Zusammenspiel verschiedener Faktoren zu betrachten ist: Herkunft, Religiosität, Aufenthaltsdauer, individuelle politische Sozialisation und gesellschaftliche Positionierung wirken zusammen. Eine pauschale Übertragung der Importthese wird dieser Vielschichtigkeit nicht gerecht und greift daher zu kurz.

4.2 Schuldfragen in neuen Kontexten? Sekundärer Antisemitismus in der postmigrantischen Gesellschaft

Sekundärer Antisemitismus unterscheidet sich vom klassischen Antisemitismus: Er richtet sich weniger gegen vermeintlich kulturelle Andersartigkeit oder verborgene Macht, sondern zeigt sich in der Relativierung historischer Fakten, der Abwehr gesellschaftlicher Auseinandersetzung mit Holocaust und Nationalsozialismus oder in der Umkehrung von Täter- und Opfer-Rollen. Der folgende Abschnitt beleuchtet, wie verbreitet solche Einstellungen in verschiedenen Bevölkerungsgruppen sind – mit einem besonderen Fokus auf Unterschiede zur deutschen Mehrheitsbevölkerung.

Wie bereits bei den vorhergehenden Analysen steht auch hier die Gruppe von Personen mit muslimisch geprägtem Hintergrund im Mittelpunkt. Die Befunde zu klassischem Antisemitismus hatten bereits auf eine gewisse Ambivalenz und teilweise erhöhte Zustimmungswerte in Teilen dieser Gruppe hingewiesen. Entsprechend wird auch beim sekundären Antisemitismus eine differenzierte Betrachtung vorgenommen, um mögliche Muster innerhalb dieser heterogenen Gruppe sichtbar zu machen.

Täter-Opfer-Umkehr

Abbildung 3 zeigt die Reaktionen der befragten Personen unterschiedlicher Herkunft zu der Aussage *„Viele Juden versuchen, aus dem Leid im Holocaust heute ihren Vorteil zu ziehen“*. Dieses Item zielt auf die Umkehrung von Täter- und Opfer-Rollen. Die Ergebnisse weisen auf deutliche Unterschiede im Antwortverhalten zwischen den betrachteten Gruppen hin:

- **Personen ohne Migrationshintergrund:** Die Haltung zur Aussage ist überwiegend ablehnend – rund 69 % weisen sie zurück, nur rund 10 % stimmen zu.
- **Personen mit osteuropäischem Hintergrund:** Hier sind die Werte ähnlich hoch – 66 % lehnen die Aussage ab, 13 % stimmen zu.
- **Personen mit afrikanischem Hintergrund:** Auch hier lehnt ein deutlicher Teil (64 %) die Aussage ab; 17 % stimmen zu.
- **Personen mit süd(ost)asiatischem Hintergrund:** Mit 55 % ist die Ablehnung vergleichsweise schwach, jedoch positioniert sich damit mehr als die Hälfte der Befragten dieser Gruppe gegen diese Aussage. Hier liegt die Zustimmung wiederum mit etwa 20 % über dem Durchschnitt.
- **Personen mit muslimisch geprägtem Hintergrund:** In dieser Gruppe ist eine klare Ablehnung am seltensten: Lediglich 37 % lehnen die Aussage ab. Knapp ein Drittel der Befragten stimmt der Aussage zu (32 %). Auffällig ist zudem die mit 32 % relativ häufige Wahl der Kategorie „teils/teils“ und einer somit ambivalenten Haltung.

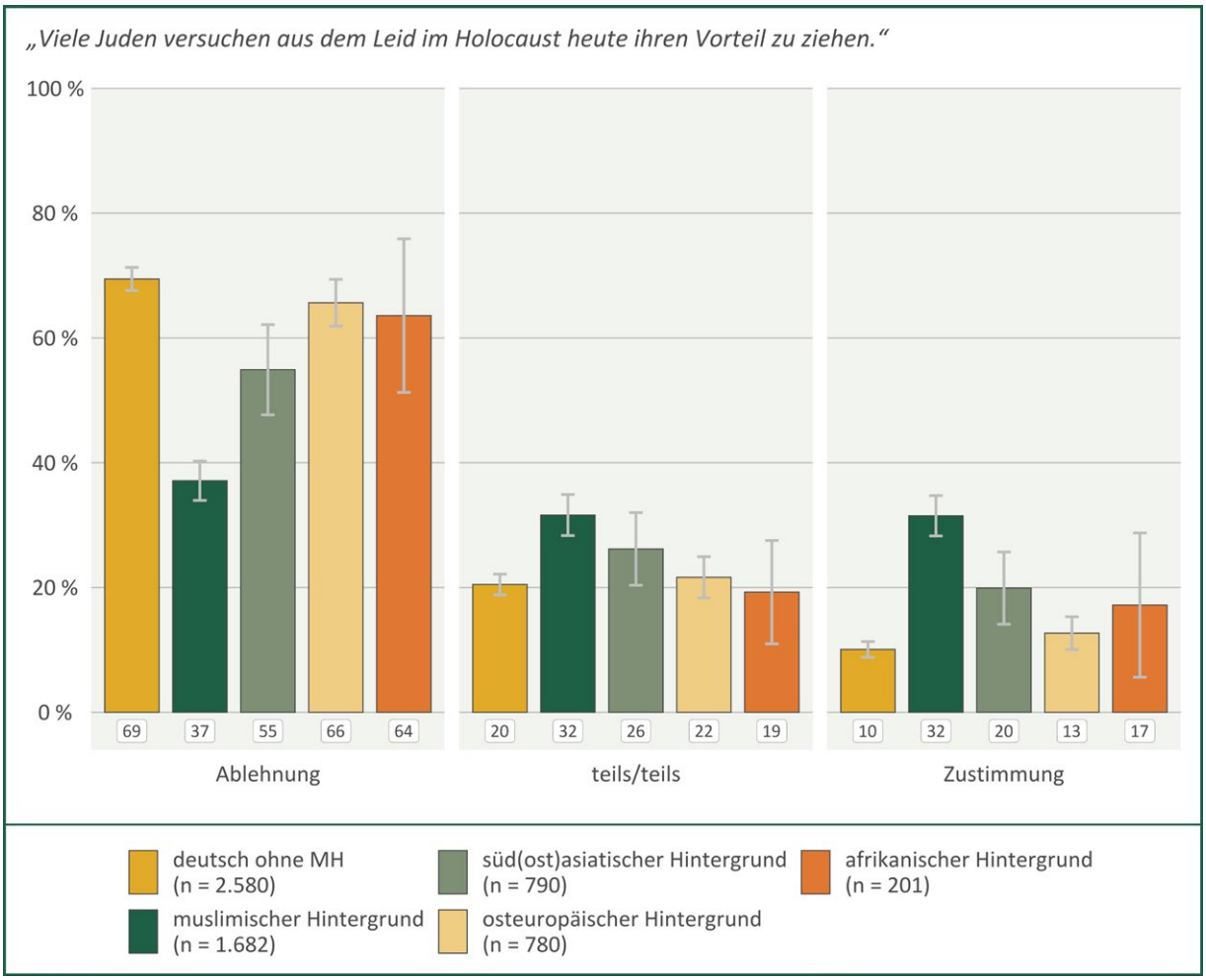
Die Ergebnisse zeigen, dass das Motiv der Täter-Opfer-Umkehr – also die Unterstellung, Jüdinnen:Juden würden das Leid des Holocaust für eigene Vorteile instrumentalisieren – von den betrachteten Gruppen unterschiedlich bewertet wird. Personen mit muslimisch geprägtem oder süd(ost)asiatischem Hintergrund weisen diese Unterstellung deutlich verhaltener zurück als andere Befragte. In diesen beiden Gruppen ist zudem nicht nur die Zustimmung zu solchen Aussagen höher, sondern auch eine unentschiedene Haltung. Dies deutet auf eine größere Ambivalenz oder stärkere Distanz gegenüber etablierten erinnerungspolitischen Positionen hin.

Erinnerungskulturelle Abwehr

Im Unterschied zu dem zuvor behandelten Item bezieht sich die hier untersuchte Aussage *„Mich nervt es, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören“* ausdrücklich auf den deutschen Kontext und die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Während bei der vorigen Frage die größte Ablehnung in der Gruppe ohne Migrationshintergrund zu beobachten war, zeigt sich nun ein anderes Muster (siehe Abbildung 4):

- **Personen mit afrikanischem Hintergrund**: Am deutlichsten lehnen Personen dieser Gruppe die Aussage ab – etwa zwei Drittel (64 %) äußern hier eine klare Zurückweisung.

Abbildung 3. Sekundärer Antisemitismus: Täter-Opfer-Umkehr (nach Herkunftsgruppen)



© DeZIM

Lesebeispiel: Mit einer Wahrscheinlichkeit von 66 % lehnen Befragte mit osteuropäischem Hintergrund die Aussage ab, Juden versuchten aus dem Leid im Holocaust heute ihren Vorteil zu ziehen. **Quelle:** NaDiRa.panel, Zusatzbefragung, gewichtet, eigene Berechnungen. Bei den Ergebnissen handelt es sich um vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten *(predictive margins)*, kontrolliert nach Alter, Geschlecht und Bildung. N=6.033.

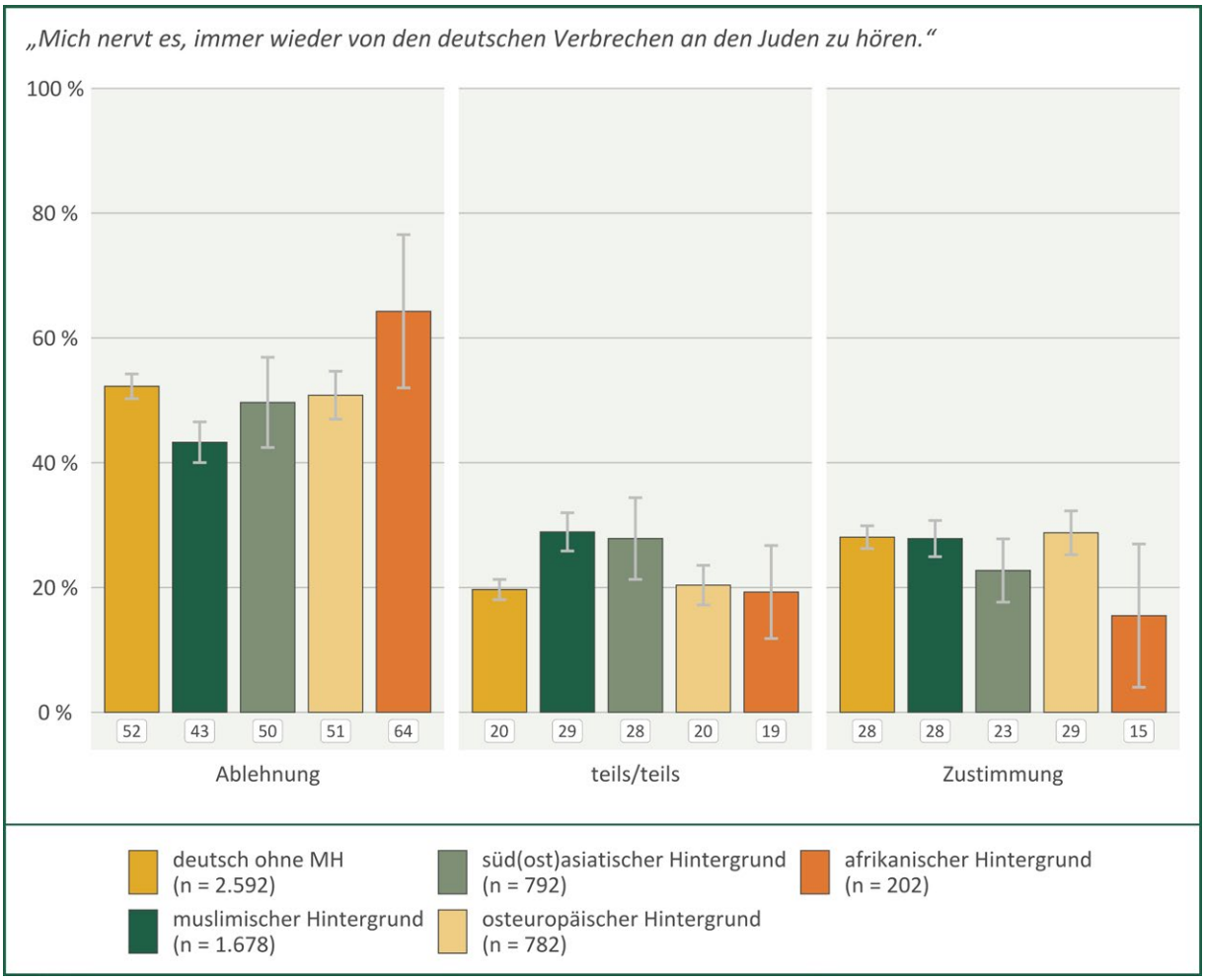
- **Personen ohne Migrationshintergrund**: In der Referenzgruppe ohne Migrationshintergrund wird die Aussage im Vergleich von rund der Hälfte der Befragten (52%) abgelehnt.
- Ähnliche Werte finden sich bei **Personen mit osteuropäischem** (51 %) und **südostasiatischem Hintergrund** (50 %).
- **Personen mit muslimisch geprägtem Hintergrund**: Unter Befragten dieser Gruppe fällt die Ablehnung mit 43 % hingegen geringer aus.

Gleichzeitig zeigt sich erneut eine erhöhte Wahrscheinlichkeit für unentschiedene bzw. ambivalente Haltungen bei Personen mit muslimisch geprägtem (29 %) oder süd(ost)asiatischem Hintergrund (28 %).

Insgesamt bewegen sich die Zustimmungswerte in fast allen Gruppen – mit Ausnahme der Personen mit afrikanischem Hintergrund – auf einem ähnlichen Niveau, nämlich zwischen etwa einem Viertel bis einem Drittel der Befragten. Unter Personen mit afrikanischem Hintergrund liegt die Zustimmung mit etwa 15% dagegen deutlich niedriger. Dieser Unterschied ist jedoch statistisch nicht signifikant, da die Teilstichprobe aufgrund der geringeren Fallzahl relativ klein ist und das breite Konfidenzintervall sich mit denen der anderen Gruppen stark überschneidet.

Die Befunde zeigen, dass eine deutliche Zurückweisung erinnerungskritischer Aussagen nicht nur in der deutschen Mehrheitsbevölkerung vorkommt, sondern in einigen Gruppen ähnlich oder sogar noch ausgeprägter

Abbildung 4. Sekundärer Antisemitismus: Abwehr öffentlicher Erinnerungskultur (nach Herkunft)



© DeZIM

Lesebeispiel: Der Aussage *„Mich nervt es, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören"* stimmen Befragte mit osteuropäischem Hintergrund mit einer Wahrscheinlichkeit von 29 % zu; bei Befragten ohne Migrationshintergrund sowie bei Personen mit muslimischem Hintergrund liegt der Wert jeweils bei 28 %. **Quelle:** NaDiRa.panel, Zusatzbefragung, gewichtet, eigene Berechnungen. Bei den Ergebnissen handelt es sich um vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten *(predictive margins)*, kontrolliert nach Alter, Geschlecht und Bildung. N=6.046.

ist. Besonders klar tritt dies bei Personen mit afrikanischem Hintergrund hervor, während die Ablehnung in der Referenzgruppe ohne Migrationshintergrund verhaltener ausfällt und eher im Bereich anderer Gruppen liegt. Personen mit muslimisch geprägtem Hintergrund weisen hingegen eine geringere Ablehnung auf. Gleichzeitig zeigen sich bei allen Gruppen – mit Ausnahme der afrikanischen Teilgruppe – deutliche Zustimmungs- und Ambivalenzwerte. Das bedeutet, dass ein nicht unerheblicher Teil der Befragten sich teilweise oder gänzlich von der Auseinandersetzung mit dem Holocaust „genervt" zeigt.

Subgruppenanalyse: Muslimisch geprägte Herkunft

Bei Aussagen, die im Zusammenhang mit sekundärem Antisemitismus stehen, zeigen sich abweichende Antwortmuster in der Gruppe mit muslimisch geprägtem Hintergrund – insbesondere im Vergleich zur deutschen Mehrheitsgesellschaft. Um diese Unterschiede besser zu verstehen, erfolgt auch hier eine vertiefende Betrachtung nach Herkunftsregion, Zuwanderungsgeneration, Aufenthaltsdauer, Staatsangehörigkeit und religiöser Praxis.

Erstes Item: „Viele Juden versuchen, aus dem Leid im Holocaust heute ihren Vorteil zu ziehen.“

Bei diesem Item, das Juden und Jüdinnen einen instrumentalisierenden Umgang mit dem Holocaust unterstellt, zeigen sich signifikante Unterschiede entlang mehrerer Differenzierungskategorien:

- **Herkunftsregion:** Personen mit arabischem Hintergrund lehnen die Aussage deutlich seltener ab als Befragte vom Balkan (29 % vs. 48 %; $p = 0{,}005$) oder aus der Türkei (29 % vs. 38 %; $p = 0{,}040$). Gleichzeitig greifen Personen mit arabischem Hintergrund im Vergleich zu anderen Herkunftsgruppen am häufigsten zur mittleren Antwortkategorie „teils/teils“ (35 %). In den Zustimmungswerten zur Aussage zeigen sich zwischen den Herkunftsregionen hingegen keine signifikanten Unterschiede.
- **Aufenthaltsdauer und Zuwanderungsgeneration:** Neu zugewanderte Personen (unter zehn Jahren Aufenthalt) zeigen eine deutlich geringere Ablehnung als Angehörige der zweiten Generation (26 % vs. 48 %; $p = 0{,}000$). Kürzlich zugewanderte Personen äußern zudem häufiger eine ambivalente Haltung als Angehörige der zweiten Generation („teils/teils“**:** 43 % vs. 26 %; $p = 0{,}005$). Auch im Vergleich zu Zugewanderten der ersten Generation mit längerer Aufenthaltsdauer (mind. zehn Jahre) ist der Unterschied signifikant (43 % vs. 26 %; $p = 0{,}005$). Auffällig ist zudem eine höhere Zustimmung zur Aussage bei der ersten Generation mit längerer Aufenthaltsdauer (10 Jahre und mehr) im Vergleich zur zweiten Generation (37 % vs. 26 %; $p = 0{,}037$).
- **Staatsangehörigkeit:** Personen mit deutschem Pass lehnen die Aussage deutlich häufiger ab (46 %) als Befragte ohne deutsche Staatsbürgerschaft (30 %; $p = 0{,}000$). Zugleich ist in dieser Gruppe die Wahrscheinlichkeit höher, nicht eindeutig Position zu beziehen („teils/teils“: 36 % vs. 25 %; $p = 0{,}004$).
- **Religiöse Praxis:** Personen, die ihre Religion häufiger ausüben, lehnen die Aussage deutlich weniger ab als Personen, die selten oder nie praktizieren (25 % vs. 39 %; $p = 0{,}004$). Parallel steigt die Zustimmung mit zunehmender Religionspraxis: Bei mittlerer Praxis liegt sie bei 40 %, bei sehr hoher Praxis sogar bei 49 % – im Vergleich zu 28 % unter selten oder nie Praktizierenden ($p = 0{,}032$ bzw. $p = 0{,}000$). Für die mittlere Antwortkategorie („teils/teils“) ergeben sich keine signifikanten Unterschiede.

Zweites Item „Mich nervt es, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören.“

Auch bei diesem Item, das stärker auf erinnerungskulturelle Abwehr verweist, zeigen sich differenzierte Muster:

- **Herkunftsregion:** Befragte mit arabischem Hintergrund lehnen die Aussage seltener ab als Personen mit türkischem Hintergrund (33 % vs. 47 %; $p = 0{,}000$). Gleichzeitig stimmen Personen mit arabischem Hintergrund der Aussage häufiger zu als jene mit Hintergrund in der Türkei (34 % vs. 26 %; $p = 0{,}041$). Zwischen den anderen Gruppen zeigen sich keine wesentlichen Unterschiede.
- **Zuwanderungsgeneration:** Hier zeigt sich ein vergleichbares Muster wie beim ersten Item: Personen der zweiten Generation lehnen die Aussage deutlich häufiger ab (51 % vs. 31 %; $p = 0{,}001$) und zeigen seltener eine ambivalente Haltung („teils/teils“: 24 % vs. 36 %; $p = 0{,}018$). In den Zustimmungswerten gibt es keine signifikanten Abweichungen.
- **Staatsangehörigkeit:** Personen mit deutschem Pass lehnen die Aussage häufiger ab als Befragte ohne Pass (48 % vs. 36 %; $p = 0{,}003$) und wählen zugleich seltener die mittlere Kategorie („teils/teils“: 26 % vs. 33 %; $p = 0{,}022$). Die Zustimmungswerte unterscheiden sich hingegen nicht signifikant.
- **Religiöse Praxis:** Hier zeigen sich keine signifikanten Unterschiede in Bezug auf Ablehnung oder Zustimmung. Ein Effekt zeigt sich lediglich bei der mittleren Antwortoption: Personen mit mittlerer religiöser Praxis (mehrmals im Jahr oder monatlich) antworten häufiger mit „teils/teils“ als Personen, die selten oder nie religiös praktizieren (39 % vs. 26 %; $p = 0{,}019$).

Zwischenfazit

Die Befunde machen deutlich, dass sekundärer Antisemitismus auch in der postmigrantischen Gesellschaft präsent ist – insbesondere in Teilen der Gruppe mit muslimisch geprägtem Hintergrund. Auffällig ist vor allem das Narrativ einer vermeintlichen Holocaust-Instrumentalisierung, das auf eine Täter-Opfer-Umkehr zielt: Hier zeigen sich deutlich geringere Ablehnung und häufiger ambivalente oder zustimmende Haltungen als in der Mehrheitsgesellschaft.

Diese Beobachtungen lassen sich jedoch nur bedingt mit den klassischen Erklärungen zum sekundären Antisemitismus erfassen, wie sie in der Nachkriegsforschung entwickelt wurden. Konzepte wie Schuldabwehr, die stark auf die familiäre Nähe zur NS-Täter/innengeneration und auf ein kollektives Bedürfnis nach (nationaler) Entlastung ausgerichtet sind, greifen für viele Menschen mit Migrationsgeschichte nicht. Dennoch finden sich auch in dieser Gruppe Zustimmungen zu sekundärantisemitischen Aussagen – vermutlich allerdings mit anderen Begründungsmustern und anderen Bezugspunkten.

Vor diesem Hintergrund lässt sich die Importthese, die antisemitische Einstellungen bei Personen aus muslimisch geprägten Ländern primär auf Einflüsse aus den Herkunftskontexten zurückführt, nur eingeschränkt aufrechterhalten. Zwar zeigen neu Zugewanderte tatsächlich höhere Zustimmungswerte zu sekundärantisemitischen Aussagen, was auf herkunftsbezogene Prägungen und transnationale Narrative hinweist. Gleichzeitig verdeutlichen die Unterschiede innerhalb der muslimisch geprägten Gruppe – etwa zwischen neu Zugewanderten, Angehörigen der zweiten Generation oder Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit –, dass antisemitische Haltungen nicht unabhängig vom gesellschaftlichen Kontext in Deutschland zu verstehen sind. Sie entstehen vielmehr im Zusammenspiel von Herkunftsbezügen und hiesigen Erfahrungen, beispielsweise in Reaktion auf gesellschaftliche Positionierungen, politische Debatten über Zugehörigkeit oder das Empfinden, jüdische Menschen seien stärker anerkannt oder besser geschützt.

In diesem Zusammenhang scheint an die Stelle der klassischen Schuldabwehr häufiger die Wahrnehmung relativer Benachteiligung zu treten. Gemeint ist die Vorstellung, Jüdinnen:Juden in Deutschland verfügten über besonderen Schutz, größere mediale Sichtbarkeit oder eine privilegierte gesellschaftliche Stellung. In dieser vermeintlichen Logik erscheint der Holocaust nicht allein als historisches Verbrechen, sondern auch als Ressource, die symbolische oder politische Vorteile sichere. Solche Deutungen können durch tatsächliche Erfahrungen gesellschaftlicher Exklusion oder durch das Fehlen öffentlicher Anerkennung eigener kollektiver Erfahrungen – etwa der Nakba oder kolonialer Gewalt – zusätzlich verstärkt werden. Gleichzeitig blenden sie jüdische Erfahrungen mit gegenwärtigem Antisemitismus ebenso aus wie die fortwährenden Auseinandersetzungen um die Erinnerungskultur an die Schoa.

Ein etwas anderes Bild ergibt sich beim zweiten Item, das eine ablehnende Haltung gegenüber öffentlicher Erinnerungskultur an die Schoa misst („Erinnerungsmüdigkeit“). Hier zeigt sich zwar auch bei der muslimisch geprägten Gruppe häufiger eine ambivalente Haltung, die Zustimmungswerte liegen jedoch näher am gesamtgesellschaftlichen Durchschnitt. Dies deutet darauf hin, dass erinnerungskulturelle Distanzen nicht ausschließlich migrationsbezogen zu erklären sind, sondern auch Ausdruck eines allgemeinen gesellschaftlichen Trends sein können – etwa eines abnehmenden Bezugs auf das NS-Erbe oder einer zunehmenden Polarisierung erinnerungspolitischer Normen.

Angesichts dieser Befunde stellt sich die Frage, wie sekundärer Antisemitismus bei Personen mit Zuwanderungsgeschichte angemessen erfasst und eingeordnet werden kann. Die bisherigen theoretischen Modelle, die stark auf Schuldabwehr im Kontext der deutschen Nachkriegsgeschichte fokussieren, greifen hier zu kurz. Eine differenzierte Analyse muss sowohl die Tradierungen in der Mehrheitsgesellschaft als auch die spezifischen Deutungsmuster, Wahrnehmungen und Erfahrungen in migrantischen Gruppen berücksichtigen – ohne vorschnelle Gleichsetzungen oder kulturelle Essentialisierungen. Hinweise darauf liefern auch die Unterschiede im Zusammenhang der beiden betrachteten Items zum sekundären Antisemitismus. Während in der Referenzgruppe ohne

Migrationshintergrund die Korrelation mit $r = 0{,}59$ sehr stark ausfällt, ist sie in anderen Gruppen deutlich schwächer: in der muslimisch geprägten Gruppe bei $r = 0{,}43$ und in der Gruppe mit süd(ost)asiatischem Hintergrund bei $r = 0{,}44$. Diese Unterschiede legen nahe, dass die zugrunde liegenden Konzepte nicht von allen gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen aufgefasst werden.

Für die Antisemitismusforschung bedeutet das: Sekundärer Antisemitismus in der postmigrantischen Gesellschaft lässt sich weder ausschließlich als Nachwirkung nationaler Schuldabwehr noch als importiertes Phänomen begreifen. Vielmehr entsteht er im Zusammenspiel unterschiedlicher gesellschaftlicher Erfahrungen – etwa von Ausgrenzung oder ungleicher Anerkennung – und ideologischer Einflüsse wie globalen Konflikt- oder Verschwörungsnarrativen. Seine empirische Erfassung erfordert daher differenzierte, kontextbezogene Instrumente, die sowohl mehrheitsgesellschaftliche Tradierungen als auch spezifische Dynamiken in migrantischen Gruppen einbeziehen. Hier wäre insbesondere qualitative Forschung, verknüpft mit quantitativen Ansätzen, sinnvoll. Nur so lässt sich sichtbar machen, wie antisemitische Narrative fortbestehen, sich verändern oder in Auseinandersetzungen um Zugehörigkeit, Erinnerung und gesellschaftliche Teilhabe neue Formen annehmen.

4.3 Sprachliche Prägung und erinnerungskulturelle Sozialisation: Alltagsantisemitismus im postmigrantischen Kontext

Neben diskursiv und gesellschaftlich vermittelten Ausdrucksformen des sekundären Antisemitismus, lassen sich auch alltagsweltliche Spuren von Antisemitismus beobachten. Der folgende Abschnitt stellt daher Ergebnisse zur sprachlichen Sozialisation und zu erinnerungskulturellen Kontexten in den Fokus, insbesondere zur Vertrautheit mit antisemitisch konnotierten Begriffen aus der Kindheit.

Die Aussage *„Aus meiner Kindheit kenne ich ‚Jude' als Schimpfwort"* erfasst solche alltagsweltlichen Formen von sprachlichem Antisemitismus im Kontext früher Sozialisation (siehe Abbildung 5). Dabei handelt es sich nicht um eine antisemitische Einstellung im engeren Sinn, sondern um einen sozialisationstheoretischen Indikator, der Aufschluss über sprachliche Prägungen geben kann. Wichtig ist dabei, dass die Frage in alle Erhebungssprachen übersetzt wurde. Es geht also nicht um eine spezifisch deutschsprachige Verwendung, sondern um die generelle Wahrnehmung des Begriffs „Jude" als Schimpfwort – auch in anderen kulturellen Kontexten.

Verbreitung in der Gesamtbevölkerung

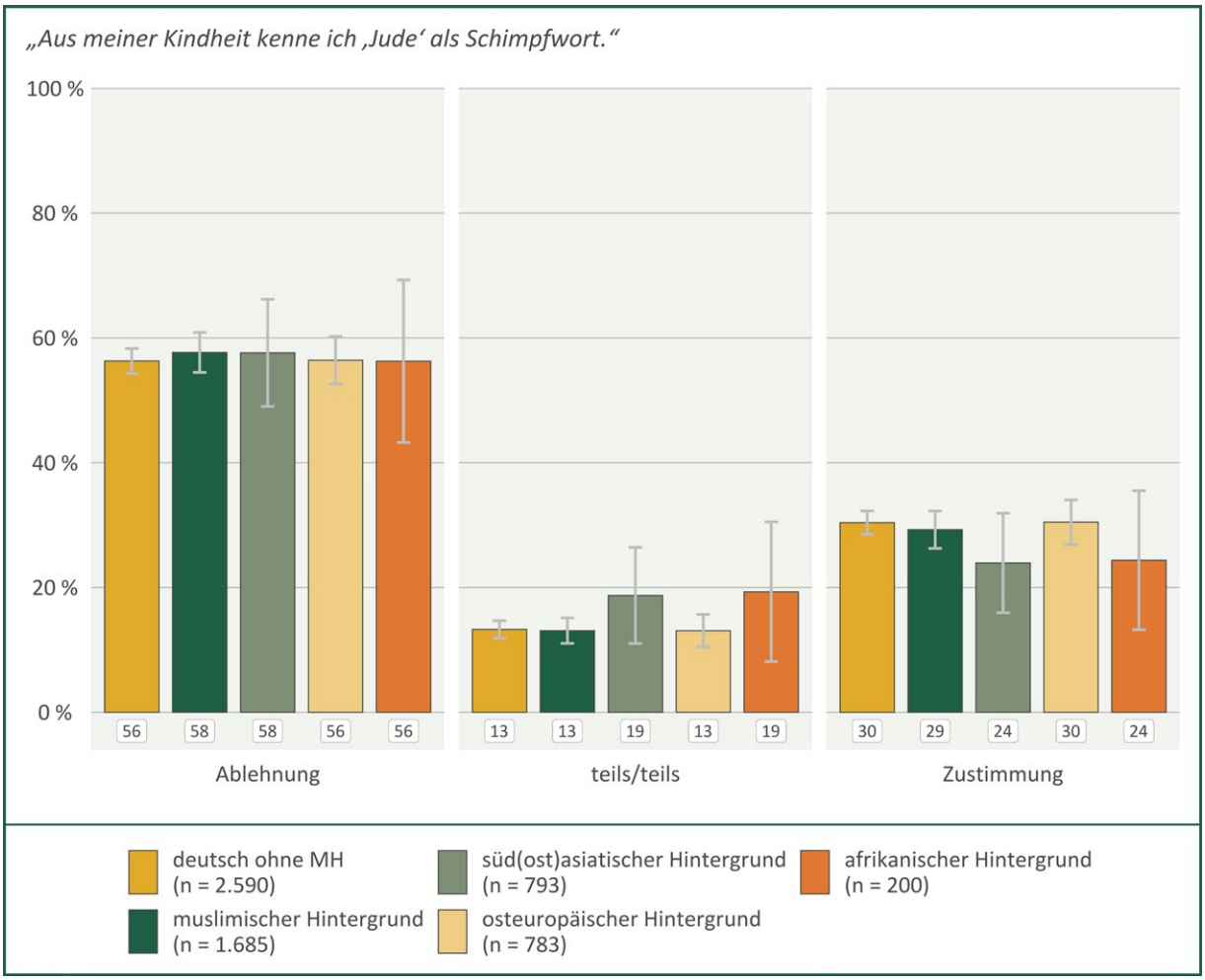
In der Gesamtbetrachtung zeigt sich über alle Gruppen hinweg ein hoher Bekanntheitsgrad entsprechender Begriffe: Rund ein Viertel der Befragten stimmt der Aussage zu – unabhängig vom Migrationshintergrund. Zwischen Personen ohne Migrationshintergrund und Befragten mit muslimisch, süd(ost)asiatisch, osteuropäisch oder afrikanisch geprägtem Hintergrund bestehen keine signifikanten Unterschiede.

Subgruppenanalyse: Muslimisch geprägte Herkunft

Innerhalb der Gruppe mit muslimisch geprägtem Hintergrund zeigen sich jedoch deutliche Differenzierungen nach Herkunftsregion, Zuwanderungsgeneration, Aufenthaltsdauer, Staatsangehörigkeit und religiöser Praxis.

- **Herkunftsregion:** Personen mit türkischem Hintergrund stimmen deutlich häufiger zu (38 %) als Befragte mit arabischem Hintergrund (21 %, $p = 0{,}000$) oder aus dem Balkanraum (15 %, $p = 0{,}000$). Dies deutet darauf hin, dass die negative Konnotation des Wortes „Jude" regional unterschiedlich stark verbreitet ist.
- **Zuwanderungsgeneration und Aufenthaltsdauer:** Innerhalb der Gruppe mit muslimisch geprägtem Hintergrund bestätigen Angehörige der zweiten Generation (in Deutschland Geborene) am häufigsten die Kenntnis des Wortes „Jude" als Schimpfwort (42 %). Es folgen Zugewanderte mit einer Aufenthaltsdauer von zehn Jahren oder

Abbildung 5. Sozialisationsaspekt Antisemitismus



Lesebeispiel: Zwischen 24 % und 30 % aller Befragten geben an, den Ausdruck „Jude" aus ihrer Kindheit als Schimpfwort zu kennen, wobei Personen mit süd(ost)asiatischem Hintergrund mit 24 % den niedrigsten Wert aufweisen. **Quelle:** NaDiRa.panel, Zusatzbefragung, gewichtet, eigene Berechnungen. Bei den Ergebnissen handelt es sich um vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten *(predictive margins)*, kontrolliert nach Alter, Geschlecht und Bildung. N=6.051.

mehr (29 %), während unter jenen, die erst seit weniger als zehn Jahren in Deutschland leben, nur 11 % zustimmen. Dies legt nahe, dass insbesondere in Deutschland sozialisierte Personen häufiger mit der Verwendung des Begriffs als Schimpfwort in Kontakt gekommen sind – etwa im schulischen Umfeld oder im Alltag.

- **Staatsangehörigkeit:** Auch hier zeigen sich deutliche Unterschiede. Unter Befragten mit deutscher Staatsangehörigkeit liegt die Kenntnis des Wortes „Jude" als Schimpfwort bei rund 38 %. Bei Befragten mit muslimisch geprägter Herkunft ohne deutschen Pass liegt der Anteil dagegen nur bei etwa 20 % – eine Differenz von 18 Prozentpunkten (p = 0,000). Dies kann darauf hindeuten, dass der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit mit einer tiefergehenden Sozialisation in die deutsche Gesellschaft und Kultur einhergeht.
- **Religiöse Praxis:** Hier zeigen sich keine systematischen Unterschiede.

Zwischenfazit

Die Ergebnisse der Subgruppenanalyse innerhalb der Gruppe mit muslimisch geprägtem Hintergrund zeigen, dass die Bekanntheit des Begriffs „Jude“ als Schimpfwort nicht vorrangig über Herkunftskontexte vermittelt wird. Zwar zeigen sich Unterschiede nach Herkunftsregionen – etwa eine höhere Zustimmung bei Personen mit türkischem gegenüber jenen mit arabischem Hintergrund –, doch treten wesentlich stärker differenzierende Effekte entlang sozialisationstheoretisch relevanter Merkmale auf: Am höchsten ist die Zustimmung unter in Deutschland geborenen Personen der zweiten Generation, während sie unter kürzlich Zugewanderten deutlich niedriger ausfällt. Auch der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit geht mit einem höheren Zustimmungsanteil einher.

Damit findet die sogenannte Importthese, wonach antisemitische Prägungen aus den Herkunftsgesellschaften übernommen werden, in diesen Daten keine Bestätigung. Vielmehr deuten die Befunde auf Sozialisationsprozesse hin, die im deutschen Alltag wirksam – vermittelt über Schule, Medien oder Peergroups – und damit eng mit den erinnerungskulturellen Dynamiken der Aufnahmegesellschaft verbunden sind. Zugespitzt formuliert: Die Befragten erinnern die Verwendung des Wortes „Jude“ als Schimpfwort – in ihren jeweiligen Herkunftssprachen – nicht primär aus Herkunftskontexten, sondern vor allem als Praxis, die sie in Deutschland erlebt haben.

4.4 Antisemitismus und gesellschaftliche Projektionen: Ein Blick auf die Mehrheitsbevölkerung

Die bisherigen Analysen verdeutlichen, dass antisemitische Einstellungen in verschiedenen Herkunftsgruppen verbreitet sind. Zugleich wird deutlich, dass sie nicht ausschließlich als „importiert“ verstanden werden können. Unterschiede – etwa nach Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsdauer – verweisen auf Zusammenhänge mit dem Migrationsprozess und Akkulturationserfahrungen. Hinzu scheinen Faktoren wie fehlende Anerkennung, konkurrierende Erinnerungsperspektiven oder – in bestimmten Fällen – die Sozialisierung in Deutschland zu treten.

Diese Befunde werfen Fragen zum öffentlichen Diskurs über Antisemitismus auf. Die Importthese, die in politischen und medialen Debatten häufig bemüht wird, geht nicht nur davon aus, dass Antisemitismus durch Migration „in die Gesellschaft getragen“ werde. Sie impliziert zugleich, dass antisemitische Einstellungen in der nicht-migrantischen Bevölkerung kaum mehr eine Rolle spielen. Damit verbindet sie zwei Ebenen: die Externalisierung antisemitischer Tendenzen (Schuldzuweisung) bei gleichzeitiger Selbstentlastung der Mehrheitsbevölkerung (Schuldabwehr).

Gerade diese doppelte Logik macht es notwendig, die deutsche nicht-migrantische Mehrheitsgesellschaft nicht nur als Vergleichsmaßstab heranzuziehen, sondern auch als eigenständigen Untersuchungsgegenstand. Wird Antisemitismus vorwiegend bei „den Anderen“ verortet, drohen entsprechende Einstellungen in breiteren Teilen der Bevölkerung aus dem Blick zu geraten. Zudem stellt sich die Frage, ob die Rede vom „importierten Antisemitismus“ nicht auch eine Form indirekter Kommunikation darstellt – etwa als Projektionsfläche für antimuslimische Ressentiments. Denkbar ist, dass externalisierte antisemitische Bedrohungsszenarien dazu dienen, eigene antisemitische Einstellungen unsichtbar zu machen und gleichzeitig eine generelle Abwertung muslimischer Gruppen zu legitimieren, ohne auf offen rassistische Stereotype zurückzugreifen.

Vor diesem Hintergrund rückt die Parteipräferenz als zentrale Einflussgröße in den Blick. Sie eröffnet einen wichtigen Zugang zur Analyse politisch-kultureller Deutungsmuster, etwa im Hinblick auf Fragen gesellschaftlicher Zugehörigkeit, kollektiver Erinnerung und den Umgang mit Minderheiten. Einstellungen zum Antisemitismus sind nicht gleichmäßig über das politische Spektrum verteilt, sondern zeigen sich in unterschiedlicher Ausprägung entlang parteipolitischer Zugehörigkeit (Öztürk & Pickel 2021, 2024). Parteipräferenzen spiegeln dabei nicht nur individuelle Überzeugungen, sondern verweisen zugleich auf ideologische Milieus, in denen bestimmte Narrative – etwa zur Relativierung der NS-Vergangenheit oder zur rassistischen Externalisierung gesellschaftlicher Problemlagen – besonders anschlussfähig sind.

Gerade deshalb ist es von besonderem Interesse zu untersuchen, in welchem Maße politische Ori-

entierung mit der Zustimmung zu antisemitischen Aussagen verbunden ist. Dabei geht es nicht um eine parteipolitische Bewertung, sondern um ein vertieftes Verständnis gesellschaftlicher Polarisierungen, die sich über politische Präferenzen artikulieren.

4.4.1 Verdeckt antisemitisch, offen antimuslimisch: Die Zustimmung zur Importthese und ihre Verbindung zu antisemitischen sowie antimuslimischen Einstellungen

Im Folgenden werden empirische Befunde vorgestellt, die Aufschluss darüber geben, in welchem Ausmaß die in öffentlichen Debatten zentrale These des importierten Antisemitismus innerhalb der deutschen Mehrheitsbevölkerung Zustimmung findet – und wie sie mit antisemitischen sowie antimuslimischen Einstellungsmustern verknüpft ist. Im Mittelpunkt steht dabei nicht nur der Grad der Zustimmung, sondern auch mögliche inhaltliche Überschneidungen mit anderen Ressentiments.

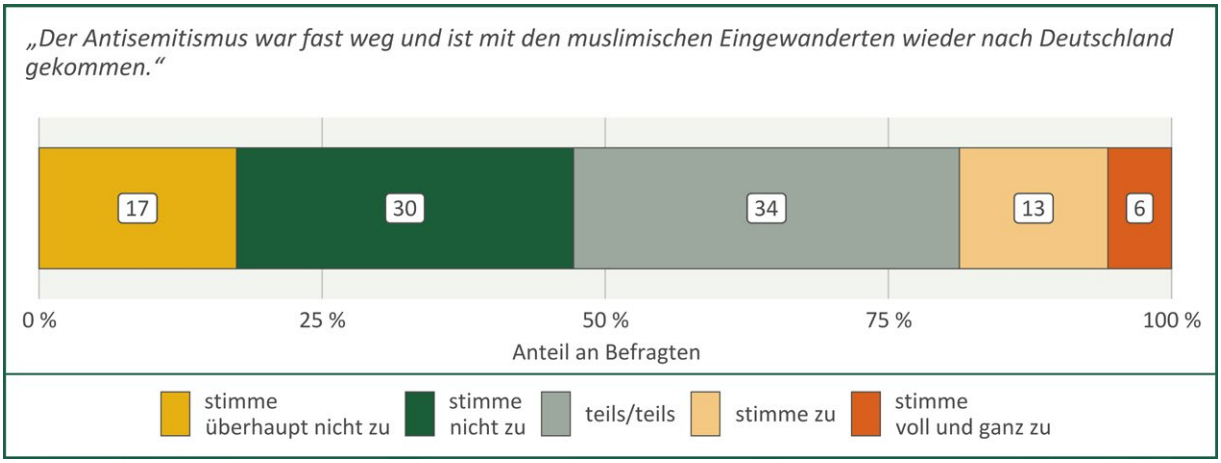
Die Aussage *„Der Antisemitismus war fast weg und ist mit den muslimischen Eingewanderten wieder nach Deutschland gekommen“* greift den Kern der Importthese auf: die Vorstellung, Antisemitismus sei vor allem durch Migration erneut zu einem gesellschaftlichen Problem geworden (siehe Abbildung 6).

Im hier betrachteten Sample, das ausschließlich Personen ohne eigene Zuwanderungsgeschichte umfasst, wird diese Aussage durchaus unterschiedlich bewertet: Knapp die Hälfte der Befragten weist sie zurück – 17 % „stimmen überhaupt nicht zu“, weitere 30 % „stimmen nicht zu“. Ein erheblicher Anteil von 34 % entscheidet sich für die mittlere Kategorie „teils/teils“ und verbleibt damit in einer ambivalenten Haltung. 13 % stimmen der Aussage zu, 6 % sogar „voll und ganz“.

Diese Ergebnisse legen nahe, dass die Kernaussage der Importthese in Teilen der deutschen Mehrheitsbevölkerung auf Resonanz stößt. Zwar lehnt eine relative Mehrheit die Aussage ab, doch der hohe Anteil ambivalenter Haltungen sowie die explizite Zustimmung von fast jeder:jedem Fünften zeigen, dass das zugrunde liegende Deutungsmuster durchaus Anklang findet.

Die Vorstellung, Antisemitismus sei ein „von außen“ herangetragenes Problem, erscheint also vielen nicht grundsätzlich abwegig. Dies ist insofern relevant, als entsprechende Narrative gesellschaftliche Resonanz entfalten und weitere Fragen nach den zugrunde liegenden Deutungsmustern sowie nach tieferliegenden gesellschaftlichen Spannungsverhältnissen aufwerfen, die im weiteren Verlauf der Analyse näher betrachtet werden.

Abbildung 6. Verbreitung der Importthese in der deutschen Mehrheitsbevölkerung



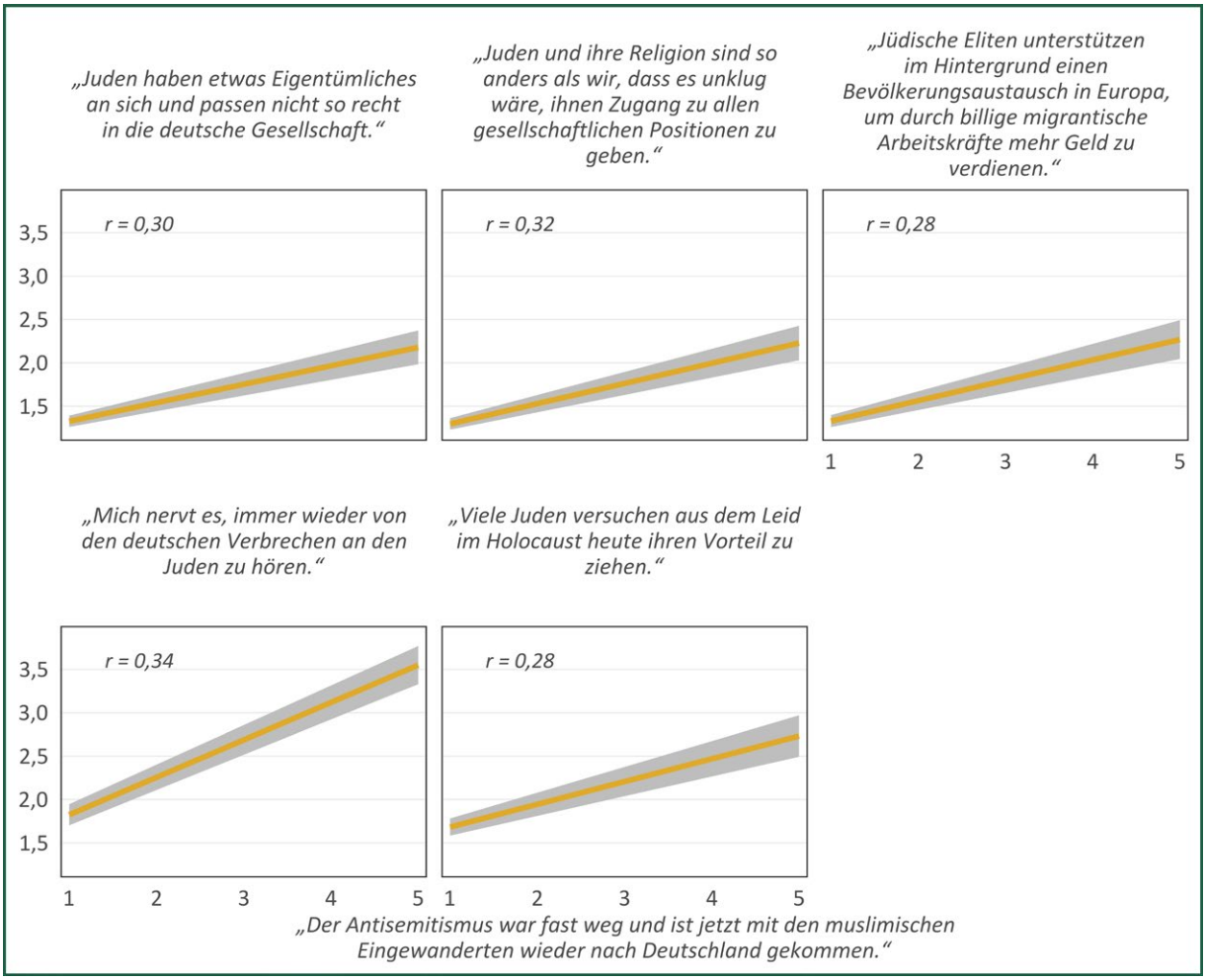
© DeZIM

Lesebeispiel: 34 % der Befragten aus der nicht-migrantischen Mehrheitsbevölkerung geben an, der Aussage, Antisemitismus sei fast weg gewesen und mit den muslimischen Eingewanderten wieder nach Deutschland gekommen, teilweise zuzustimmen. **Quelle:** NaDiRa.panel, Zusatzbefragung, eigene Berechnungen. Bei den Ergebnissen handelt es sich um beobachtete Häufigkeiten. N=2.633.

Importthese und Antisemitismus

Abbildung 7 veranschaulicht die Zusammenhänge zwischen der Zustimmung zur Importthese *„Der Antisemitismus war fast weg und ist mit den muslimischen Eingewanderten wieder nach Deutschland gekommen“* und verschiedenen antisemitischen Einstellungsmustern. Die fünf Einzelitems decken unterschiedliche Dimensionen antisemitischer Ressentiments ab – sowohl klassische Formen, einschließlich verschwörungsideologischer Narrative, als auch Varianten des sekundären Antisemitismus.
In allen betrachteten Dimensionen lässt sich ein positiver Zusammenhang feststellen: Je stärker Personen der Importthese zustimmen, desto eher befürworten sie im Durchschnitt auch antisemitische Aussagen. Besonders deutlich wird dies bei der erinnerungskritischen Aussage *„Mich nervt es, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören“* (r = 0,34). Ähnlich eng ist der Zusammenhang bei Items, die jüdischen Menschen Fremdheit oder Andersartigkeit zuschreiben – etwa „Juden haben etwas Eigentümliches an sich und passen nicht so recht in die deutsche Gesellschaft“ (r = 0,30) oder *„Juden und ihre Religion sind so anders als wir, dass es unklug wäre, ihnen Zugang zu allen gesellschaftlichen Positionen zu geben“* (r = 0,32).

Abbildung 7. Zustimmung zur Importthese nach Ausprägung antisemitischer Einstellungen



© DeZIM

Lesebeispiel: Eine hohe Zustimmung zur Aussage *„Der Antisemitismus war fast weg und ist jetzt mit den muslimischen Eingewanderten wieder nach Deutschland gekommen“* ist bei den Befragten ohne Migrationshintergrund eng mit der Zustimmung zu verschiedenen antisemitischen Aussagen – etwa zu antisemitischen Stereotypen oder Schuldabwehrhaltungen – verbunden. In allen Fällen gilt: Je stärker die Zustimmung zu dieser Ausgangsaussage, desto höher fallen auch die Zustimmungswerte zu den weiteren hier dargestellten antisemitischen Aussagen aus. Die Korrelationskoeffizienten (r) geben die Stärke dieser positiven Zusammenhänge an und liegen zwischen 0,28 und 0,34. **Quelle:** NaDiRa.panel, Zusatzbefragung, ungewichtet, eigene Berechnungen. N=2.536–2.630.

Auch andere antisemitische Stereotype korrelieren messbar mit der Zustimmung zur Importthese. Dazu gehören die Vorstellung, jüdische Menschen würden aus dem Holocaust strategische Vorteile ziehen (r = 0,28), ebenso wie die verschwörungsideologische Annahme gezielter demografischer Einflussnahme durch Bevölkerungsaustausch (r = 0,28).

Diese Befunde verweisen auf eine spezifische Dynamik: Personen, die Antisemitismus primär zugewanderten Menschen zuschreiben, äußern selbst in besonderem Maße antisemitische Einstellungen. Die Zustimmung zur Importthese signalisiert daher weniger ein ernsthaftes Interesse an der Bekämpfung von Antisemitismus, sondern scheint als Strategie der Schuldabwehr und Schuldzuschreibung zu fungieren. Sie entlastet die Mehrheitsgesellschaft von Verantwortung und ermöglicht es zugleich, antisemitische Deutungsmuster unter einem Deckmantel vermeintlicher moralischer Überlegenheit aufrechtzuerhalten.

Importthese und antimuslimische Einstellungen

Abbildung 8 veranschaulicht den Zusammenhang zwischen der Zustimmung zur Importthese und verschiedenen antimuslimischen Einstellungsmustern. Dabei ergibt sich ein ähnliches Bild wie bei antisemitischen Haltungen: Personen, die der Importthese zustimmen, äußern nicht nur häufiger antisemitische Ressentiments, sondern in noch stärkerem Maße auch Vorbehalte gegenüber Muslim:innen. Zu allen drei abgefragten Aussagen findet sich ein positiver Zusammenhang. Besonders ausgeprägt ist dieser bei den Items, die Muslim:innen pauschal als fremd oder nicht zugehörig darstellen (r = 0,51) bzw. ihre gesellschaftliche Teilhabe infrage stellen (r = 0,49). Auch die ablehnende Reaktion auf die Thematisierung von Muslimfeindlichkeit („Dass immer so getan wird, als gäbe es in Deutschland Muslimfeindlichkeit, nervt mich“) steht in einem deutlichen Zusammenhang mit der Zustimmung zur Importthese (r = 0,34).

Diese Befunde verdeutlichen: Die Importthese ist eng mit antimuslimischen Ressentiments verknüpft. Die Vorstellung, Antisemitismus sei durch muslimische Migration (wieder) in die Gesellschaft getragen worden, fungiert nicht nur als externalisierende Deutungsfigur in der Antisemitismusdebatte. Sie erfüllt zugleich eine Brückenfunktion für die generelle Abwertung muslimischer Gruppen.

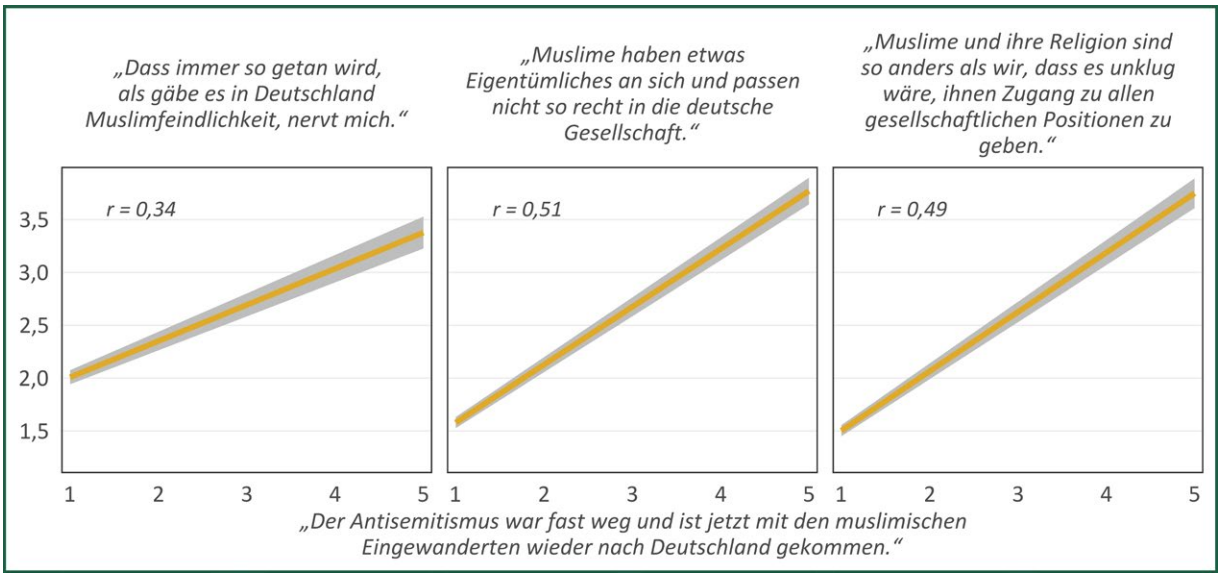
Zwischenfazit

Die Analysen machen deutlich, dass die Zustimmung zur Importthese nicht nur mit antisemitischen Einstellungen verknüpft ist, sondern zugleich mit antimuslimischen Haltungen einhergeht. Die Rede vom „importierten Antisemitismus“ fungiert damit als Projektionsfläche für gruppenbezogene menschenfeindliche Einstellungen, die sich sowohl gegen Jüdinnen:Juden als auch gegen Muslim:innen richten. Diese Verschränkung verschiedener Vorurteile legt nahe, dass die Zustimmung zur Importthese in vielen Fällen weniger Ausdruck eines tatsächlichen Interesses an der Bekämpfung von Antisemitismus ist, sondern vielmehr Teil eines breiteren ideologischen Musters. Dieses richtet sich allgemein gegen Minderheiten und erfüllt zugleich die Funktion von Schuldabwehr und Schuldzuschreibung. Dies deutet auf eine Instrumentalisierung des Antisemitismusvorwurfes hin.

Die Importthese entfaltet somit eine doppelte Wirkung: Einerseits bietet sie ein Narrativ zur Externalisierung von Antisemitismus und trägt zur Relativierung deutscher historischer Verantwortung bei. Andererseits stellt sie eine Legitimationsfolie für muslimfeindliche Ressentiments dar, die so artikuliert werden können, ohne offen rassistische Positionen einnehmen zu müssen. Gerade in dieser Doppelstruktur liegt ihr ideologisches Potenzial: Sie erlaubt gleichzeitig eine Distanzierung und Fortführung von antisemitischen Denkmustern – verbunden mit der Abwertung einer weiteren marginalisierten Gruppe. Die Ergebnisse verweisen damit auf eine tiefgreifende Verschränkung antisemitischer und antimuslimischer Einstellungskomplexe, die sich gegenseitig stabilisieren, anstatt unabhängig voneinander zu entstehen.

Die Importthese ist daher nicht als isolierte Meinung zu betrachten, sondern als diskursives Bindeglied innerhalb einer problematischen Normalisierung gruppenbezogener Vorurteile – und sollte genau in diesem Sinne kritisch eingeordnet werden.

Abbildung 8. Zustimmung zur Importthese nach Ausprägung antimuslimischer Einstellungen



© DeZIM

Lesebeispiel: Eine hohe Zustimmung zur Aussage *„Der Antisemitismus war fast weg und ist jetzt mit den muslimischen Eingewanderten wieder nach Deutschland gekommen"* ist bei den Befragten ohne Migrationshintergrund eng mit der Zustimmung zu verschiedenen antimuslimischen Aussagen – etwa zu antimuslimischen Stereotypen oder zur Ablehnung der Thematisierung von Muslimfeindlichkeit – verbunden. In allen Fällen gilt: Je stärker die Zustimmung zu dieser Ausgangsaussage, desto höher fallen auch die Zustimmungswerte zu den dargestellten antimuslimischen Aussagen aus. Die Korrelationskoeffizienten (*r*) geben die Stärke dieser positiven Zusammenhänge an und liegen zwischen 0,34 und 0,51. **Quelle:** NaDiRa.panel, Zusatzbefragung, ungewichtet, eigene Berechnungen. N=2.613–2.624.

4.4.2 Importierte Schuld, parteipolitisch verortet: Die Rolle politischer Präferenzmuster in der Mehrheitsgesellschaft

Um besser zu verstehen, in welchen gesellschaftlichen Milieus die Importthese und damit verbundene Ressentiments auf besondere Resonanz stoßen, richtet sich der Blick im Folgenden auf die Parteipräferenzen innerhalb der deutschen Mehrheitsbevölkerung. Die bisherigen Befunde zeigen, dass Zustimmung zur Importthese häufig mit ablehnenden Haltungen gegenüber Jüdinnen:Juden sowie Muslim:innen einhergeht. Diese Haltungen sind demnach nicht isoliert zu betrachten, sondern Teil eines breiteren Meinungsmusters, in dem verschiedene gruppenbezogene Vorurteile ideologisch miteinander verflochten sind – darunter klassische antisemitische Stereotype ebenso wie sekundärantisemitische und antimuslimische Einstellungen.

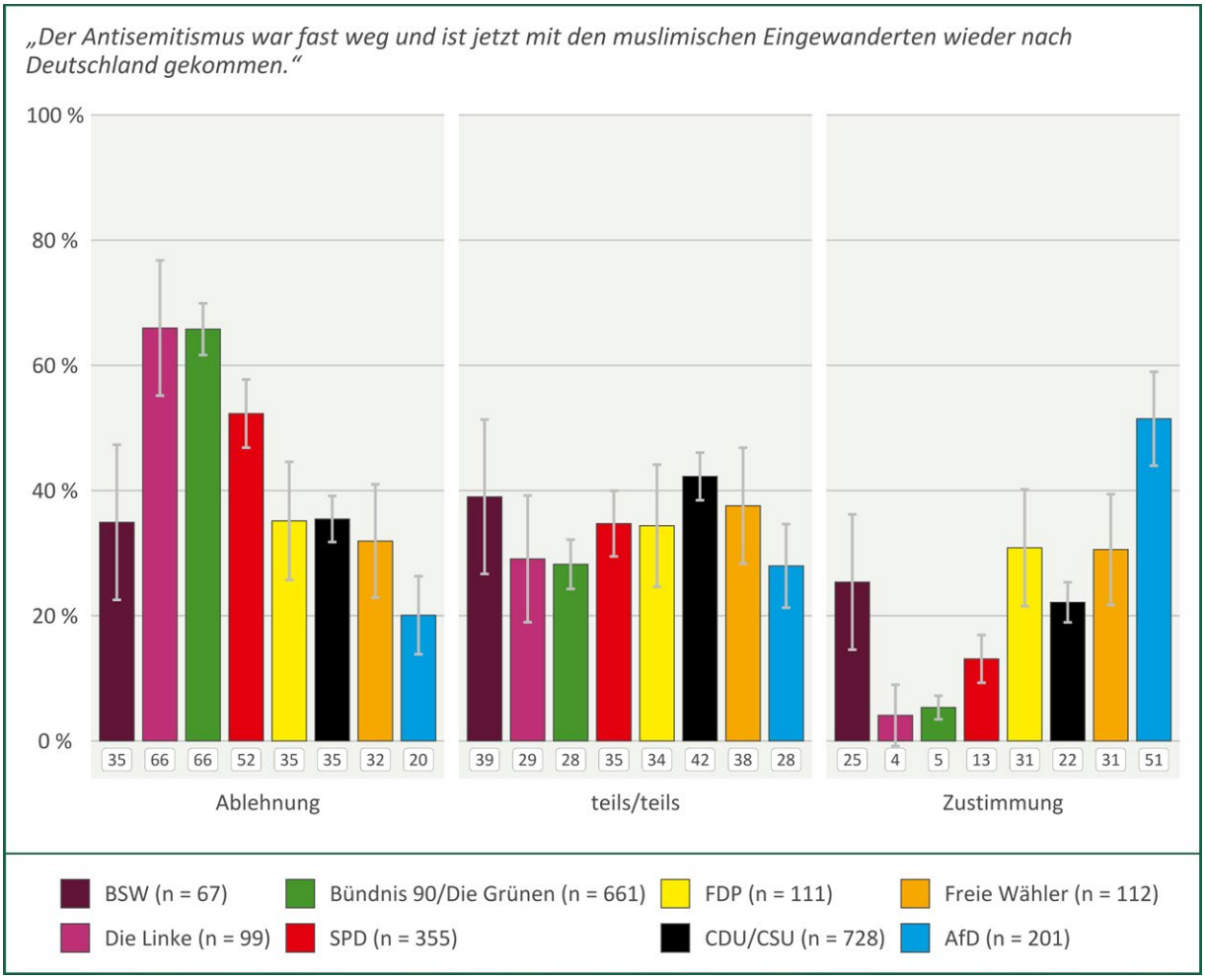
In Zentrum steht dabei die Frage, inwiefern politische Orientierungen mit derartigen Einstellungsmustern verknüpft sind. Politische Zugehörigkeiten und Parteipräferenzen spiegeln nicht nur individuelle Überzeugungen wider, sondern verweisen zugleich auf kollektive Deutungsmuster, in denen bestimmte Narrative – etwa zur Externalisierung gesellschaftlicher Probleme oder zur Abwertung marginalisierter Gruppen – besondere Anschlussfähigkeit finden.

Parteipräferenz und die Zustimmung zur Importthese

Abbildung 9 zeigt, wie sich die Zustimmung zur sogenannten Importthese – wonach der Antisemitismus fast weg gewesen und mit den muslimischen Eingewanderten wieder nach Deutschland gekommen sei – nach Parteipräferenz innerhalb der deutschen Mehrheitsbevölkerung verteilt. Die Analysen verdeutlichen, dass die Zustimmung zu dieser Aussage je nach politischer Orientierung erheblich variiert.

Eine besonders hohe Neigung, dieser Aussage zuzustimmen, findet sich unter Wähler:innen der AfD: Mit 51 % stimmt hier etwa jede:r Zweite zu. Dagegen liegt die explizite Ablehnung in dieser Gruppe mit rund 20 % auf einem sehr niedrigen Niveau. Auch unter Wähler:innen des BSW sowie der Freien Wähler ist eine vergleichsweise hohe Anschlussfähigkeit

Abbildung 9. Importthese (nach Parteipräferenz, Personen ohne Migrationshintergrund)



Lesebeispiel: Mit 51 % findet die Aussage, Antisemitismus sei fast weg gewesen und mit muslimischen Eingewanderten wieder nach Deutschland gekommen, unter AfD-Wähler:innen (ohne Migrationshintergrund) die höchste Zustimmung. **Quelle:** NaDiRa.panel, Zusatzbefragung, gewichtet, eigene Berechnungen. Bei den Ergebnissen handelt es sich um vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten (*predictive margins*), kontrolliert nach Alter, Geschlecht und Bildung. N=2.334.

an diese Erzählung zu beobachten. Rund ein Viertel dieser Gruppen stimmt der Aussage zu, etwa ein weiteres Drittel verharrt in der ambivalenten Mitte.

Deutlich geringere Zustimmungsraten zeigen sich hingegen bei Personen (ohne Migrationshintergrund) mit Parteipräferenz für Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und SPD. In diesen Gruppen liegt die Ablehnung zwischen 52 % (SPD) und 66 % (Grüne und Linke), während die Zustimmung vergleichsweise niedrig ausfällt – besonders deutlich bei den Linken (4 %) und den Grünen (5 %). Auch bei CDU/CSU und FDP überwiegt tendenziell die Ablehnung, auffällig ist jedoch, dass sich jeweils über ein Drittel der Befragten in diesen Milieus für die Mittelkategorie „teils/teils" entscheidet – ein Hinweis auf mögliche Unsicherheiten, ambivalente Haltungen oder ein Ausweichen aus Gründen sozialer Erwünschtheit.

Diese Muster deuten darauf hin, dass die Importthese innerhalb des rechten und rechtspopulistischen Spektrums auf große Resonanz stößt, während sie in linken und progressiven Wählermilieus überwiegend zurückgewiesen wird. Besonders markant ist in diesem Zusammenhang die starke Polarisierung zwischen Wähler:innen der AfD und der Grünen, die bei Zustimmung wie Ablehnung nahezu gegensätzliche Positionen einnehmen. Die Importthese fungiert damit nicht nur als Ausdruck migrationsbezogener Zuschreibungen, sondern spiegelt zugleich tiefgrei-

fende politische Lagerunterschiede in der Bewertung gesellschaftlicher Problemlagen wider.

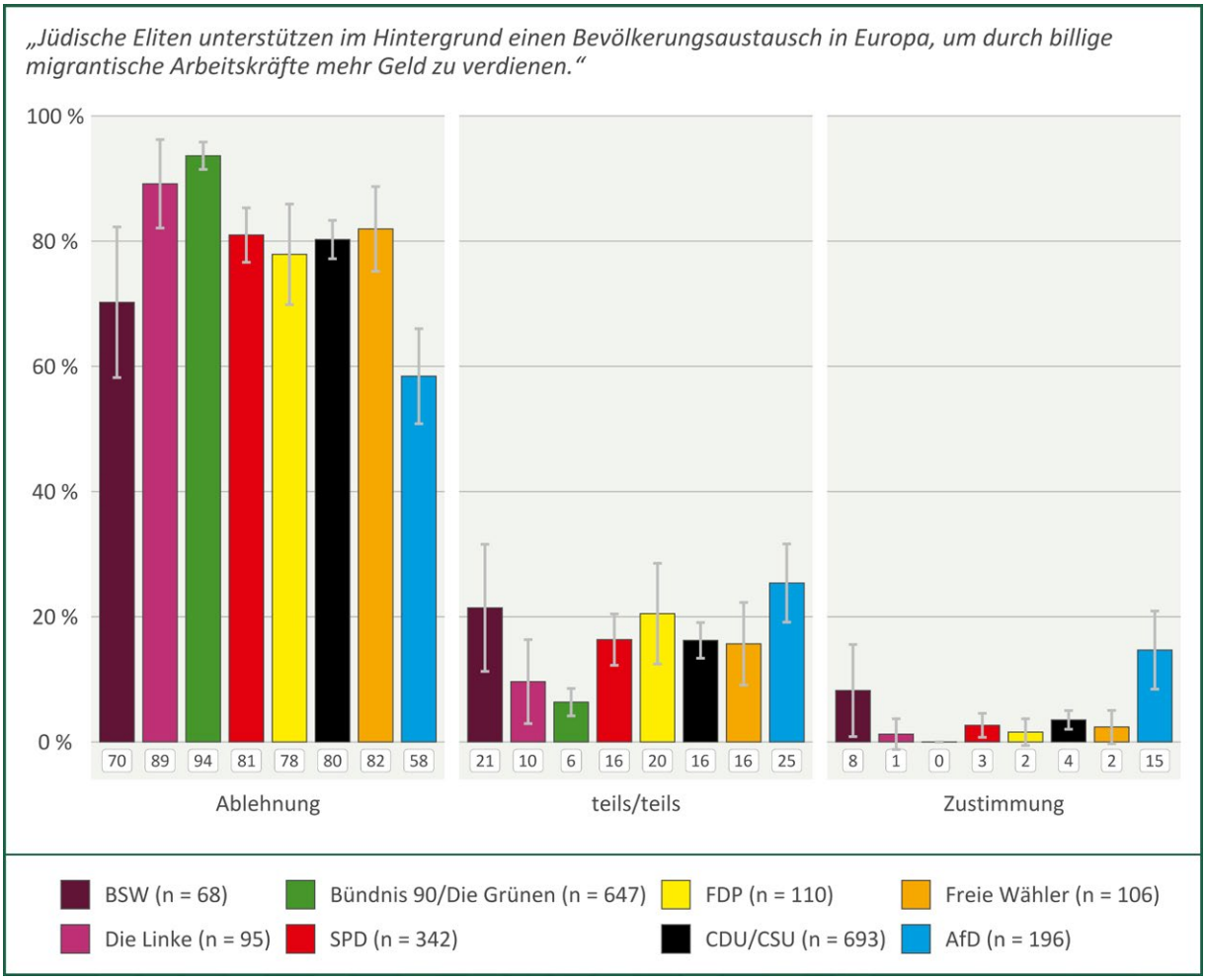
Parteipräferenz und antisemitische Einstellungen

Anknüpfend an die zuvor dargestellten Zusammenhänge zwischen Parteipräferenzen und Zustimmung zur Importthese richtet sich der Fokus nun darauf, wie sich antisemitische Einstellungen insgesamt entlang parteipolitischer Linien innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft verteilen.

Die Analysen zeigen deutlich, dass antisemitische Einstellungen in der deutschen Mehrheitsbevölkerung eng mit parteipolitischen Präferenzen verknüpft sind. Dies betrifft:

- klassische antisemitische Narrative, etwa die Zuschreibung jüdischer Fremdheit – *„Juden haben etwas Eigentümliches an sich und passen nicht so recht in die deutsche Gesellschaft“*,
- verschwörungsideologische Inhalte, die von einem angeblichen jüdischen Einfluss ausgehen – *„Jüdische Eliten unterstützen im Hintergrund einen Bevölkerungsaustausch in Europa, um durch billige migrantische Arbeitskräfte mehr Geld zu verdienen“* sowie

Abbildung 10. Erweiterter klassischer Antisemitismus: verschwörungstheoretisches Item (nach Parteipräferenz, Personen ohne Migrationshintergrund)



© DeZIM

Lesebeispiel: AfD-Wähler:innen (ohne Migrationshintergrund) stimmen der Aussage, jüdische Eliten würden im Hintergrund einen Bevölkerungsaustausch in Europa unterstützen, um durch migrantische Arbeitskräfte mehr Geld zu verdienen, mit 25 % teilweise und mit 15 % vollständig zu. **Quelle:** NaDiRa.panel, Zusatzbefragung, gewichtet, eigene Berechnungen. Bei den Ergebnissen handelt es sich um vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten (*predictive margins*). Kontrolliert nach Alter, Geschlecht und Bildung. N=2.257.

- sekundärantisemitische Positionen, die sich kritisch gegenüber dem Holocaust-Gedenken äußern – *„Viele Juden versuchen, aus dem Leid im Holocaust heute ihren Vorteil zu ziehen“* – oder der deutschen Erinnerungskultur negativ gegenüberstehen – *„Mich nervt es, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören“.*

Im linken und progressiven Spektrum, insbesondere unter den potenziellen Wähler:innen von Grünen und Linken, zeigt sich eine ausgeprägte Zurückweisung antisemitischer Aussagen. Rund 96 % der Grünen- und Linken-Wähler:innen lehnen die klassisch-antisemitische Aussage ab, Juden hätten *„etwas Eigentümliches an sich“* und passten nicht in die deutsche Gesellschaft.

Auch sekundärantisemitische Behauptungen – etwa, dass viele Jüdinnen:Juden *„aus dem Holocaust einen Vorteil ziehen“* würden – stoßen in diesen Gruppen mit Werten von 85 % (Grüne) bzw. 78 % (Linke) auf deutliche Ablehnung. Die Anschlussfähigkeit antisemitischer Narrative fällt hier insgesamt am geringsten aus. Auch wird in diesen Gruppen vergleichsweise selten auf die mittlere Antwortkategorie „teils/teils“ ausgewichen. In der politischen Mitte – etwa bei Wähler:innen von SPD, CDU/CSU und FDP – überwiegt ebenfalls die Ablehnung antisemitischer Aussagen, wenn auch weniger stark ausgeprägt als bei den Wähler:innen von Grünen und Linken. So liegt die ablehnende Haltung zur sekundärantisemitischen Holocaust-Aussage unter SPD-Wähler:innen bei rund 75 %, während circa 81 % die verschwörungsideologische Erzählung eines angeblichen Bevölkerungsaustauschs zurückweisen (siehe Abbildung 10). Gleichzeitig greifen in diesen Gruppen deutlich mehr Befragte auf ambivalente Positionierungen zurück: Rund 16 % der SPD-Wähler:innen entscheiden sich hier für „teils/teils“. Dies kann auf Unsicherheit, Unentschlossenheit oder zurückhaltend geäußerte Zustimmung hindeuten.

Im rechtskonservativen bis populistischen Spektrum ergibt sich ein deutlich kontrastierendes Bild. In der AfD-Wähler:innenschaft ist mit der geringsten Ablehnung antisemitischer Aussagen zu rechnen. Nur etwa 35 % würden der holocaustbezogenen Aussage widersprechen, während 27 % zustimmen und weitere 35 % ambivalent reagieren dürften – Letztere stellen die höchsten berechneten Anteile im Parteienvergleich dar. Auch bei der Zustimmung bzw. beim Einnehmen einer uneindeutigen Position bezüglich der Zuschreibung jüdischer Fremdheit (teils/teils: 25 %; Zustimmung: 10 %) oder zu verschwörungsideologischen Inhalten (teils/teils: 25 %; Zustimmung: 15 %) liegt die AfD an der Spitze.

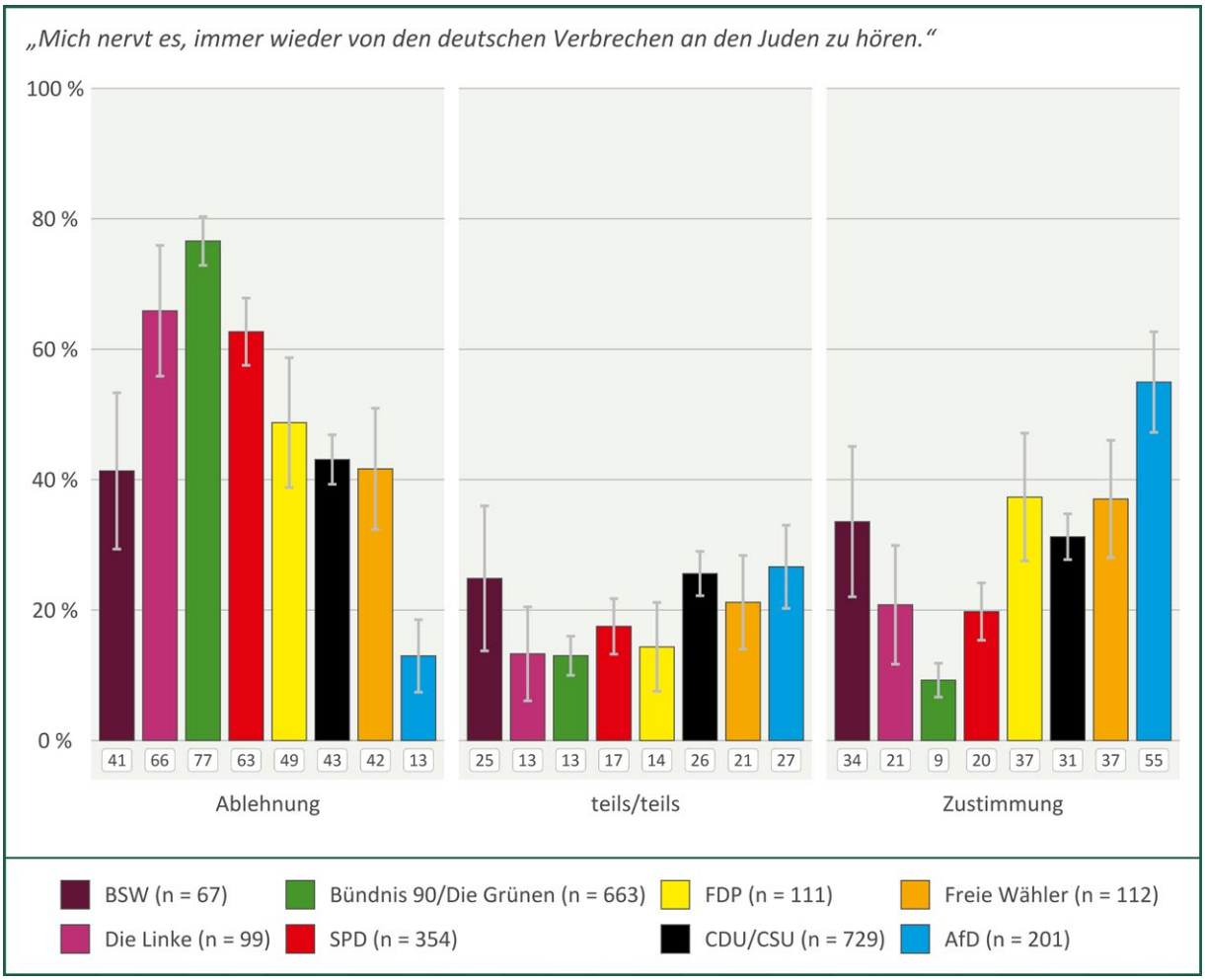
Besonders deutlich werden die Unterschiede bei sekundärantisemitischen Aussagen, etwa zum Item *„Mich nervt es, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören“* (siehe Abbildung 11). In der AfD-Wähler:innenschaft stimmen hier 55 % zu, während nur 13 % ablehnen – der niedrigste Wert aller untersuchten Gruppen. Doch auch im liberal-konservativen Lager zeigen sich deutliche Resonanzen: Zwischen 31 % (CDU/CSU) und 37 % (FDP und Freie Wähler) der jeweiligen Wähler:innenschaft würden der Aussage zustimmen.

Die Ergebnisse machen deutlich: Antisemitische Einstellungen sind in der deutschen Mehrheitsbevölkerung nicht gleichmäßig verteilt, sondern variieren systematisch entlang politischer Orientierungen. Politische Zugehörigkeit und Parteipräferenz bilden dabei mehr als nur den Ausdruck individueller Meinungen – sie verweisen auf übergeordnete kollektive Deutungsmuster, in denen bestimmte Narrative, etwa zur Externalisierung gesellschaftlicher Probleme oder zur Abwertung marginalisierter Gruppen, besondere Anschlussfähigkeit entfalten.

Während im grün-linken Spektrum die weitgehende Zurückweisung antisemitischer Aussagen dominiert, zeigt sich im rechtskonservativen bis rechtsextremen Milieu ein deutlich erhöhtes Maß an Offenheit oder latenter Zustimmung: Unter AfD-Wähler:innen liegt sie bei mehreren Items zwischen 15 % und 55 %, begleitet von der stärksten ambivalenten Haltung durch die Wahl der Antwortoption „teils/teils“, die bei sekundärantisemitischen Aussagen bis zu 35 % beträgt.

Diese Kontraste zeigen sich nicht nur bei subtilen antisemitischen Stereotypen, sondern auch bei offen verschwörungsideologischen oder erinnerungskritischen Aussagen. Gerade in der AfD-Wähler:innenschaft ist antisemitisches Denken offenbar am stärksten normalisiert – sei es offen artikuliert oder latent

Abbildung 11. Sekundärer Antisemitismus: Abwehr öffentlicher Erinnerungskultur (nach Parteipräferenz, ohne Migrationshintergrund)



Lesebeispiel: Der Aussage *„Mich nervt es, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören"* stimmen AfD-Wähler:innen (ohne Migrationshintergrund) mit 55 % am häufigsten zu, gefolgt von Wähler:innen der FDP sowie der Freien Wähler mit jeweils 37 %. **Quelle:** NaDiRa.panel, Zusatzbefragung, gewichtet, eigene Berechnungen. Bei den Ergebnissen handelt es sich um vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten (*predictive margins*), kontrolliert nach Alter, Geschlecht und Bildung. N=2.336.

durch ausweichende Antwortmuster vorhanden.

Die empirischen Befunde widersprechen pauschalen Zuschreibungen. Zwar ist Antisemitismus ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, das prinzipiell in allen politischen Lagern auftreten kann und überall kritisch reflektiert werden muss – doch die Daten zeigen eindeutig, dass seine Verbreitung nicht symmetrisch ist. Vielmehr manifestiert sich antisemitisches Denken am stärksten dort, wo auch andere gruppenbezogene Ressentiments verbreitet sind. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, Antisemitismus nicht isoliert, sondern als Teil eines breiteren, ideologisch gerahmten Vorurteilsclusters zu betrachten.

Parteipräferenz und antimuslimische Einstellungen

Die folgenden drei Aussagen greifen zentrale Motive antimuslimischer Ressentiments auf:

- **Zuschreibung von Fremdheit:** *„Muslime haben etwas Eigentümliches an sich und passen nicht so recht in die deutsche Gesellschaft."*
- **gesellschaftliche Exklusion:** *„Muslime und ihre Religion sind so anders als wir, dass es unklug wäre, ihnen Zugang zu allen gesellschaftlichen Positionen zu geben."*

- **Delegitimierung von Muslimfeindlichkeit als gesellschaftliches Problem:** *„Dass immer so getan wird, als gäbe es in Deutschland Muslimfeindlichkeit, nervt mich."*

Die Ergebnisse unserer Untersuchung machen deutlich: Politische Orientierungen stehen in engem Zusammenhang mit der Anschlussfähigkeit an solche Einstellungen – ähnlich wie bei antisemitischen Positionen zu beobachten ist.

Im grün-linken Spektrum fällt die Ablehnung dieser Aussagen durchgängig am stärksten aus. So würden rund 83 % der Grünen-Wähler:innen sowie 78 % der Linken-Wähler:innen die Aussage zurückweisen, es sei *„unklug, [Muslim:innen] Zugang zu allen gesellschaftlichen Positionen zu geben".* Auch der Vorstellung, Muslim:innen passten *„nicht so recht in die deutsche Gesellschaft"*, widersprechen 80 % (Grüne) bzw. 76 % (Linke). Die explizite Zustimmung liegt hier mit 2 bis 4 % auf einem sehr niedrigen Niveau. Selbst die relativierende Aussage, es nerve, *„dass immer so getan [werde], als gäbe es in Deutschland Muslimfeindlichkeit"*, findet mit 8 % (Grüne) und 20 % (Linke) nur geringe Resonanz. Insgesamt ist in diesen politischen Milieus von der geringsten Anschlussfähigkeit antimuslimischer Narrative auszugehen.

In der politischen Mitte – also unter Wähler:innen von SPD, CDU/CSU und FDP – zeigt sich ein gemischtes Bild. Zwar überwiegt auch hier die Ablehnung (etwa 66 % bei der SPD und 54 % bei CDU/CSU hinsichtlich Fremdheitszuschreibung), jedoch treten deutlich häufiger ambivalente Antwortmuster auf. Zwischen ein Fünftel und ein Drittel der Befragten entscheidet sich hier für „teils/teils", was auf Unsicherheit, Unentschlossenheit oder verdeckte Zustimmung hindeuten kann. Auch die explizite Zustimmung ist teils deutlich höher, etwa bei der CDU/CSU mit 21 % zur Aussage über gesellschaftliche Teilhabe oder mit 28 % bei der Relativierung von Muslimfeindlichkeit.

Im rechten und rechtspopulistischen Spektrum – insbesondere in der AfD-Wählerinnenschaft – zeigt sich hingegen eine deutlich erhöhte Anschlussfähigkeit. Fast die Hälfte der Befragten stimmt hier einzelnen Aussagen zu: Rund 49 % äußern Zustimmung zur Fremdheitszuschreibung, 52 % lehnen gesellschaftliche Teilhabe für Muslim:innen ab. Die Ablehnung fällt mit 19 bis 23 % ausgesprochen gering aus. Auch die relativierende Aussage zur Muslimfeindlichkeit findet hier mit 48 % besonders häufig Resonanz – fast doppelt so oft wie in jeder anderen politischen Gruppe. Ähnliche, wenn auch abgeschwächte Muster zeigen sich in der Wähler:innenschaft des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) und der Freien Wähler, wo die Zustimmungswerte zwischen 20 und 23 % liegen.

Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse, dass antimuslimische Einstellungen – ähnlich wie antisemitische Haltungen – stark mit politischen Präferenzen verknüpft sind. Es zeigt sich ein klares Muster: Während grün-linke Wähler:innenmilieus durch hohe Ablehnung und geringe Zustimmung gekennzeichnet sind, ist im rechtskonservativen bis (rechts-)populistischen Spektrum eine deutlich größere Offenheit oder sogar explizite Zustimmung zu beobachten.

Zwischenfazit

Diese Muster verweisen auf tiefere ideologische Strukturierungen, die in zahlreichen Studien seit Jahrzehnten relativ konstant nachgewiesen wurden (Bergmann 1990; Bergmann & Erb 1991; Decker et al. 2010; Zick & Klein 2014). Ähnlich wie bei den zuvor untersuchten antisemitischen Aussagen zeigen sich auch hier kollektive Deutungsmuster, in denen die Abwertung muslimischer Gruppen als Teil eines breiteren, vorurteilsbasierten Weltbildes fungiert.

Dies bestätigt die Annahme, dass antisemitische und antimuslimische Einstellungen in vielen Fällen nicht unabhängig voneinander auftreten, sondern ideologisch eng miteinander verwoben sind. Beide Ressentiments beruhen auf der normativen Vorstellung kultureller Homogenität, in der Minderheiten als „anders" oder „nicht zugehörig" markiert werden. Parteipräferenzen und politische Zugehörigkeiten erweisen sich dabei als zentrale Indikatoren für die Anschlussfähigkeit an solche Deutungsmuster.

5. Israelbezogener Antisemitismus in der postmigrantischen Gesellschaft

Die bisherigen Analysen verdeutlichen, dass sich antisemitische Einstellungen in postmigrantischen Kontexten nicht auf einfache Erklärungsmuster reduzieren lassen. Sie werden von verschiedenen Faktoren geprägt – etwa von Herkunftsbezügen, politischen Orientierungen und religiösen Haltungen. Diese Vielschichtigkeit betrifft auch Äußerungen, die dem sekundären Antisemitismus zugeordnet werden. Während solche Aussagen in der Mehrheitsgesellschaft häufig mit Schuldabwehr gegenüber der NS-Vergangenheit verbunden sind, greifen in migrantisch geprägten Gruppen nicht automatisch dieselben historischen und emotionalen Bezugspunkte.

Äußerungen, die in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft stets als Ausdruck von Erinnerungs- oder Schuldabwehr interpretiert wurden, können in (post-)migrantischen Kontexten – in denen keine familiäre Schuld oder Verantwortung für die Schoa tradiert ist – andere Bezüge haben. Sie können etwa auf die Wahrnehmung internationaler Ungleichheiten oder auf eine verzerrte Kritik an der deutschen Außenpolitik verweisen, die dennoch antisemitisch aufgeladen sein kann.

Diese Überlegungen sind auch für den israelbezogenen Antisemitismus relevant. Dieser äußert sich nicht notwendigerweise in expliziten Feindbildern gegenüber Jüdinnen:Juden, sondern etwa in der Gleichsetzung Israels mit „den Juden“, in der Anwendung doppelter Standards auf den jüdischen Staat oder in dessen Dämonisierung oder Delegitimierung. In einer Gesellschaft, in der transnationale Konflikte wie der Nahostkonflikt auch innergesellschaftlich präsent sind, können solche Einstellungsmuster Resonanz finden – unabhängig von individueller Herkunft oder Religionszugehörigkeit.

Die folgenden Analysen beziehen sich auf unsere explorativen empirischen Hinweise zum israelbezogenen Antisemitismus in der postmigrantischen Gesellschaft. Ziel ist es, erste mögliche Deutungsmuster, Verbreitungen und Spannungsverhältnisse aufzuzeigen – ohne vorschnelle Gleichsetzungen mit bekannten Formen des Antisemitismus, etwa Schuldabwehrmechanismen, vorzunehmen. Diese Zurückhaltung ist auch methodisch geboten: Die Befunde beruhen auf einem einzelnen Item aus einer Zusatzbefragung. Damit ist weder eine valide Skalenmessung noch eine tiefgehende Erklärung des Phänomens möglich. Es handelt sich also um explorative Zusatzbefunde, nicht um Ergebnisse aus dem empirischen Hauptteil.

Gerade im postmigrantischen Kontext ist das Spannungsfeld zwischen politischer Kritik, erinnerungskulturellen Unterschieden und antisemitischen Zuschreibungen besonders komplex. Ziel dieses Abschnitts ist daher, eine Grundlage für eine differenzierte Auseinandersetzung mit einer Form des Antisemitismus zu schaffen, die in Forschung und öffentlichen Debatten bislang häufig zu pauschal oder verkürzt behandelt wird.

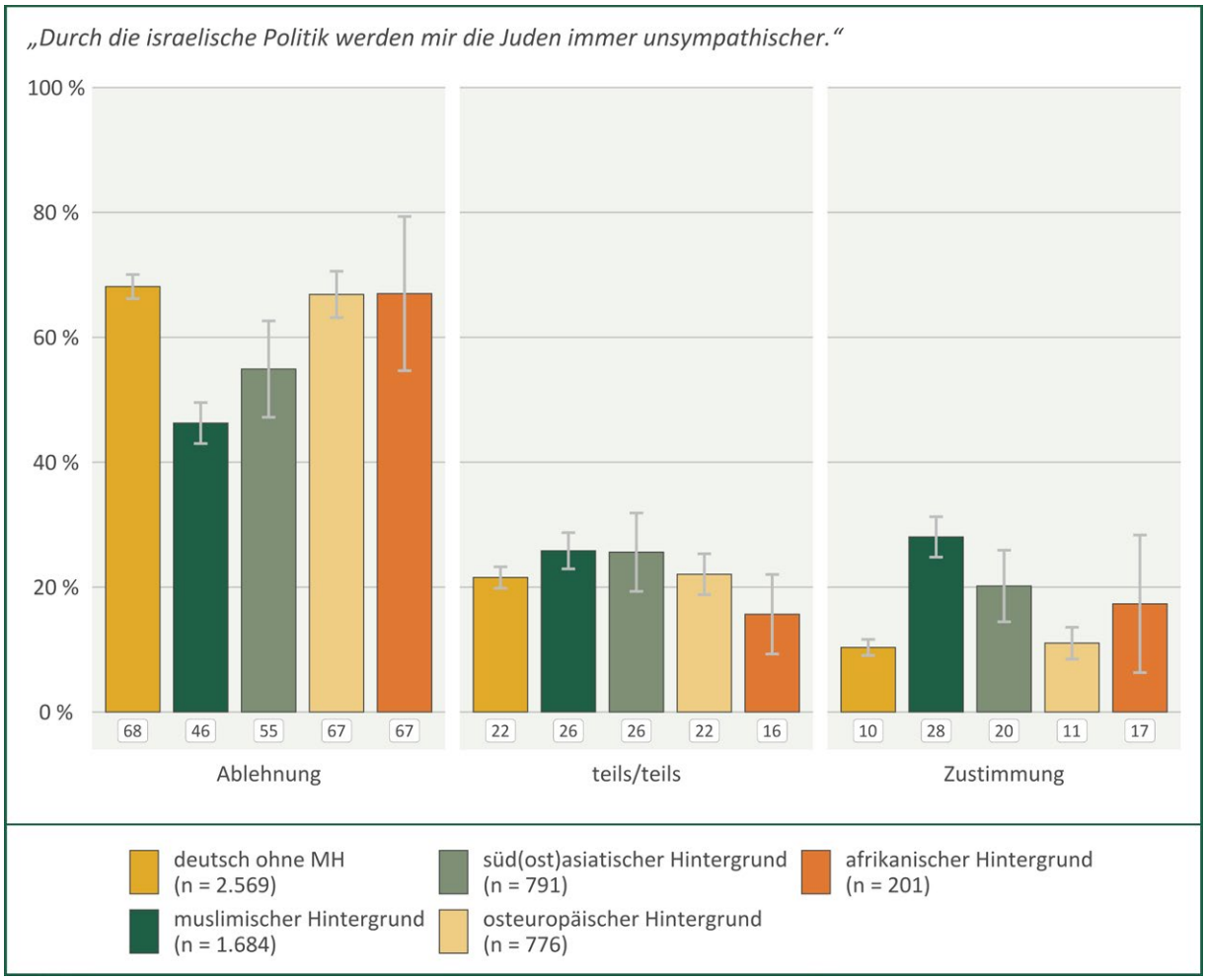
5.1 Israelbezogene Einstellungen im Migrationskontext: Eine gruppenspezifische Betrachtung

Abbildung 12 zeigt die Antwortverteilung zur Aussage *„Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer“* – differenziert nach Herkunftsgruppen. Wie bereits bei einigen zuvor dargestellten Aussagen zu anderen Aspekten antisemitischer Einstellungen zeigen sich auch hier relevante Gruppenunterschiede.

Bei Personen ohne Migrationshintergrund findet sich die höchste Ablehnung (68 %). Vergleichbare Werte zeigen sich bei Personen mit afrikanischem und osteuropäischem Hintergrund (jeweils 67 %). Deutlich geringer fällt die Ablehnung in Gruppen mit muslimisch geprägtem Hintergrund (46 %) und unter Befragten mit süd(ost)asiatischem Hintergrund (55 %) aus.

Entsprechend unterscheiden sich auch die Zustimmungswerte: Personen mit muslimisch geprägtem Hintergrund weisen mit 28 % die höchste Zustimmung auf, gefolgt von der süd(ost)asiatischen Gruppe mit 20 %. Beide Werte liegen deutlich über jenem der Referenzgruppe ohne Migrationshintergrund

Abbildung 12. Israelbezogener Antisemitismus (nach Herkunft)



© DeZIM

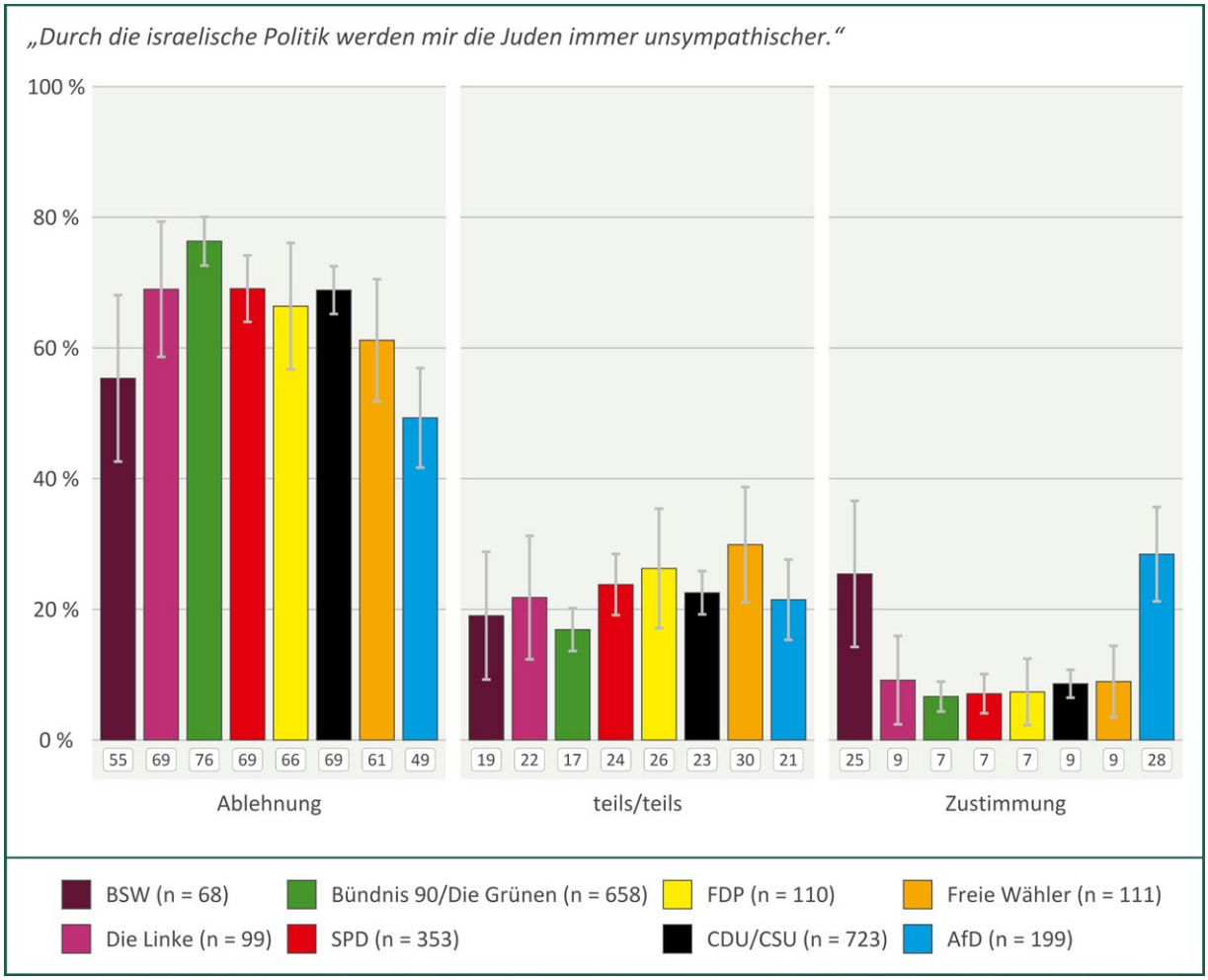
Lesebeispiel: Jeweils 26 % der Befragten mit muslimischem sowie mit süd(ost)asiatischem Hintergrund stimmen der Aussage, dass ihnen „durch die israelische Politik [die Juden] immer unsympathischer" werden, teilweise zu. **Quelle:** NaDiRa.panel, Zusatzbefragung, gewichtet, eigene Berechnungen. Bei den Ergebnissen handelt es sich um vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten (*predictive margins*), kontrolliert nach Alter, Geschlecht und Bildung. N=6.021.

(10 %) und deuten auf größere Vorbehalte gegenüber Jüdinnen:Juden im Kontext israelischer Politik in bestimmten Herkunftsgruppen hin.

Aus der Ablehnung der Aussage lässt sich allerdings nicht unmittelbar auf die dahinterliegenden Beweggründe schließen – insbesondere nicht bei Personen ohne Migrationshintergrund. Das Antwortverhalten auf die Aussage *„Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer"* kann auf unterschiedliche Weise interpretiert werden. Eine Ablehnung kann etwa eine bewusste Zurückweisung der antisemitischen Logik ausdrücken, also die Einsicht, dass die Verbindung zwischen israelischer Politik und der Bewertung von Jüdinnen:Juden problematisch ist. Ebenso denkbar ist jedoch, dass die Ablehnung darauf beruht, dass die israelische Politik selbst nicht negativ bewertet wird – und dass diese „positive" Haltung in philosemitischer Manier auf „die Juden" als vermeintlich homogene Gruppe übertragen wird.

Letzteres könnte mit einem in der Forschung mehrfach beschriebenen Einstellungswandel im rechten Milieu gegenüber Israel zusammenhängen (Grimm & Kahmann 2017; Kahmann 2017; Shoufri 2024). Welche dieser Deutungen jeweils zutrifft und wie sie verteilt sind, lässt sich nur durch vertiefende Analysen klären – etwa durch qualitative Anschlussbefragungen an quantitative Befunde.

Abbildung 13. Israelbezogener Antisemitismus (nach Parteipräferenz, ohne Migrationshintergrund)



Lesebeispiel: Die Aussage *„Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer"* lehnen 76 % der Grünen-Wähler:innenschaft ab; der niedrigste Ablehnungswert findet sich mit 49 % bei den Wähler:innen der AfD. **Quelle:** NaDiRa.panel, Zusatzbefragung, gewichtet, eigene Berechnungen. Bei den Ergebnissen handelt es sich um vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten (*predictive margins*), kontrolliert nach Alter, Geschlecht und Bildung. N=2.321.

Subgruppenanalysen

Bei diesem Item zu israelbezogenem Antisemitismus zeigen Personen mit muslimisch geprägtem Hintergrund ein Antwortmuster, das sich deutlich von dem anderer Herkunftsgruppen unterscheidet. Die Analysen weisen unter anderem auf signifikante Unterschiede nach Herkunftsregion hin. So liegt die Zustimmung bei Personen aus dem Balkanraum bei 19 %, während Personen mit türkischem Hintergrund eine deutlich höhere Zustimmung von 32 % zeigen (p = 0,010).

Auch die Staatsangehörigkeit spielt eine Rolle: Personen mit muslimischem Hintergrund und deutscher Staatsangehörigkeit lehnen die Aussage um neun Prozentpunkte häufiger ab als jene ohne deutsche Staatsangehörigkeit (51 % vs. 42 %; p = 0,023).

Darüber hinaus zeigt sich ein Zusammenhang mit der religiösen Praxis: Befragte, die angeben, ihre Religion nie oder selten auszuüben, stimmen der Aussage rund 16 Prozentpunkte seltener zu als jene, die ihre Religion mehrmals im Jahr oder mindestens einmal im Monat praktizieren (26 % vs. 42 %; p = 0,002).

Auch für die Gruppe ohne Migrationshintergrund lassen sich Unterschiede feststellen, wenn man die Ergebnisse nach Parteipräferenz differenziert (siehe Abbildung 13). Besonders im linken Spektrum – also unter den Wähler:innen der Grünen (76 %), der Lin-

ken (69 %) und der SPD (69 %) – überwiegt eine klare Ablehnung der Aussage. Ähnlich hoch fällt die Ablehnung bei Wähler:innen der CDU/CSU (69 %) und der FDP (66 %) aus. Dies deutet darauf hin, dass die antisemitische Logik der Aussage von den meisten politischen Gruppen kritisch gesehen wird.

Bei fast allen Wähler:innengruppen liegen die Zustimmungswerte im einstelligen Bereich. Eine Ausnahme bilden lediglich die Wähler:innen der AfD und des BSW: Bei ihnen liegt die Zustimmung mit 28 % (AfD) bzw. 25 % (BSW) deutlich über denen anderer Wähler:innengruppen. Die Auswahl der Kategorie „teils/teils“ ist über die Parteien hinweg relativ gleichmäßig verteilt, den größten Anteil verzeichnen hier die Freien Wähler mit 30 %.

Insgesamt spiegelt die Grafik eine klare Ablehnung dieser antisemitischen Aussage in den meisten politischen Gruppen wider – mit Ausnahme der Wähler:innenschaften von AfD und BSW. Auffällig ist jedoch, dass unter AfD-Wähler:innen die Zustimmung zu dieser israelbezogenen Form des Antisemitismus geringer ausfällt als zu den sekundärantisemitischen Aussagen. Möglicherweise wirkt sich hier die von der Parteiführung häufig vertretene, taktisch eingesetzte pro-israelische und -zionistische Position auf Teile der Wähler:innenschaft aus. Diese reicht jedoch offenbar nicht aus, um mehr als 49 % der AfD-Wähler:innen zu einer Ablehnung der Aussage zu bewegen.

Insgesamt scheinen israelbezogene Formen des Antisemitismus das Parteienspektrum weniger stark zu polarisieren als sekundäre Formen. Die Zustimmung fällt insgesamt niedriger aus. Da die Befragung nach den Hamas-Terroranschlägen vom 7. Oktober 2023 durchgeführt wurde, könnten zudem Solidarisierungseffekte mit Israel innerhalb verschiedener politischer Lager eine Rolle gespielt haben.

In der Antisemitismusforschung ist bereits länger die Annahme verbreitet, dass Befragte antisemitische Einstellungen eher äußern, wenn die Frage sich auf Israel statt auf Juden:Jüdinnen bezieht (Beyer & Liebe 2013). Diese Form einer „Umwegkommunikation“ über Israel dürfte auch in den vorliegenden Daten eine Rolle spielen – wenn auch vermutlich weniger stark ausgeprägt als im Falle sekundärantisemitischer Aussagen.

Politische Kritik an der israelischen Regierung

Im öffentlichen wie im wissenschaftlichen Diskurs wird – wie bereits erwähnt – immer wieder darüber diskutiert, wo legitime Kritik an israelischer Politik endet und wo israelbezogener Antisemitismus beginnt. Um diese Grenzlinie empirisch zu beleuchten, wurde in die Befragung gezielt eine Aussage aufgenommen, die eine kritische Bewertung der israelischen Politik gegenüber den Palästinenser:innen zum Ausdruck bringt: *„Es ist ungerecht, dass Israel den Palästinensern Land wegnimmt.“*

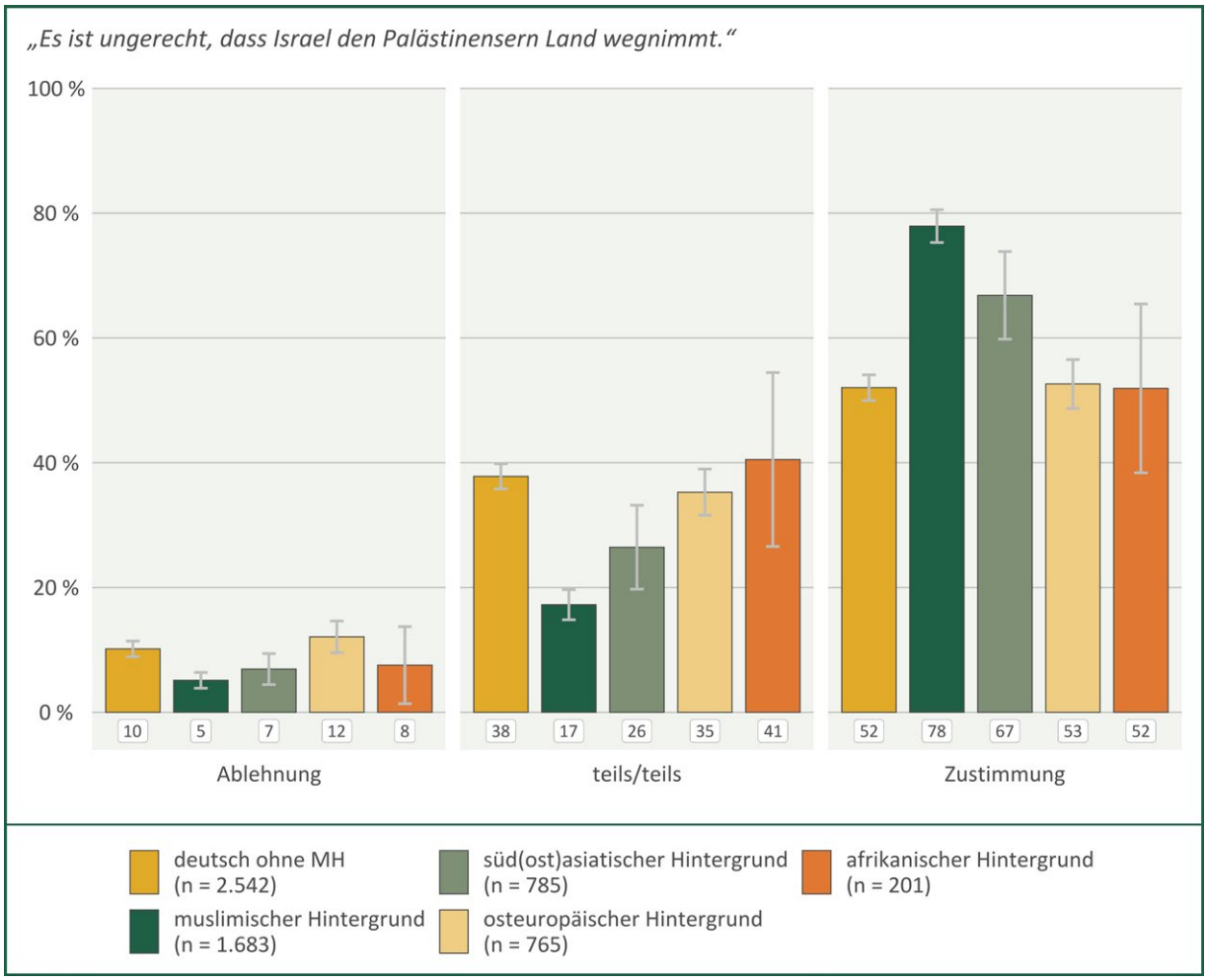
An welchen Zeitraum (1948, 1967, 2024 ...) oder an welche konkreten Landstriche die Befragten dabei denken, lässt sich mit dieser bewusst offenen Formulierung nicht erfassen. Unabhängig davon handelt es sich hier um die Artikulation politischer Kritik, die ohne die Dämonisierung Israels oder Übertragungen auf Juden:Jüdinnen auskommt.

Die folgenden Auswertungen differenzieren zunächst nach Herkunftsgruppen, anschließend nach Parteipräferenz. Dadurch wird sichtbar, in welchen Gruppen eine klar kritische Haltung überwiegt, wo Ambivalenz dominiert und welche politischen Milieus besonders deutlich oder zurückhaltend auf diese Form der Kritik reagieren.

Abbildung 14 zeigt deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen Herkunftsgruppen. Die höchste Zustimmung findet sich mit 78 % bei Personen mit muslimischem Hintergrund. Auch in der süd(ost)asiatischen Gruppe liegt der Zustimmungswert mit 67 % vergleichsweise hoch. Die Ergebnisse zeigen, dass insbesondere Personen mit muslimisch geprägtem oder mit süd(ost)asiatischem Hintergrund die israelische Politik gegenüber den Palästinenser:innen als ungerecht empfinden. Die vergleichsweise niedrigen Ambivalenzwerte in diesen Gruppen sprechen für eine klarere Positionierung.

In den anderen Gruppen fällt die Zustimmung deutlich niedriger aus: Dort liegt der Anteil der Zustimmenden bei etwa der Hälfte der Befragten. Auffällig ist in diesen Gruppen der vergleichsweise hohe Anteil uneindeutiger Positionen („teils/teils“): 38 % bei Personen ohne Migrationshintergrund, 35 % in der osteuropäischen Gruppe und 41 % bei Personen mit

Abbildung 14. Politische Kritik an Israel (nach Herkunftsgruppe)



© DeZIM

Lesebeispiel: Der Aussage *„Es ist ungerecht, dass Israel den Palästinensern Land wegnimmt"* stimmen 78 % der Befragten mit muslimischem Hintergrund zu. **Quelle:** NaDiRa.panel, Zusatzbefragung, gewichtet, eigene Berechnungen. Bei den Ergebnissen handelt es sich um vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten (*predictive margins*), kontrolliert nach Alter, Geschlecht und Bildung. N=5.976.

afrikanischem Hintergrund. Dies kann als Hinweis auf Unsicherheit im Umgang mit dem Thema oder aber auch auf eine stärkere Polarisierung innerhalb dieser Gruppen gewertet werden.

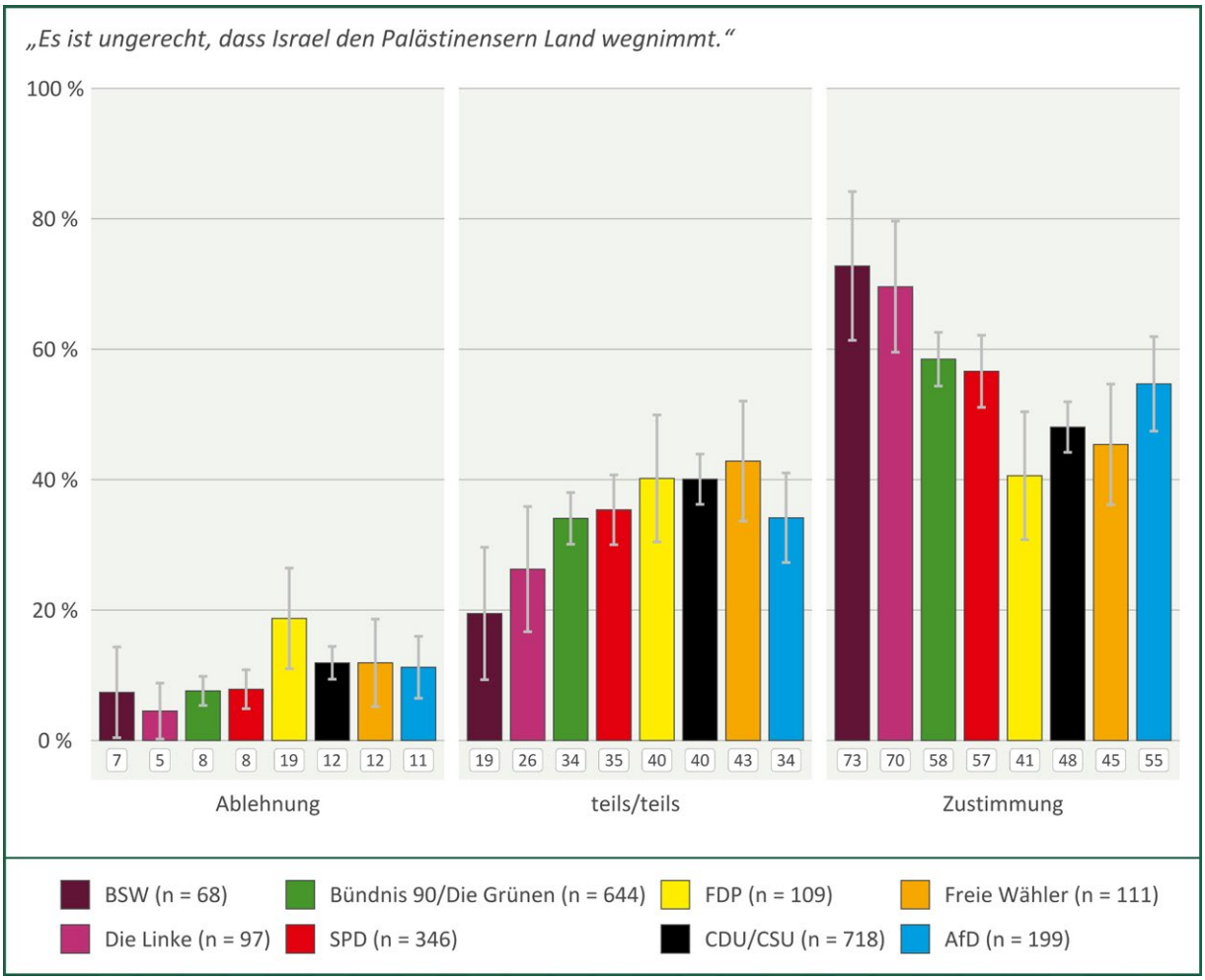
Die insgesamt geringe Ablehnung legt nahe, dass kritische Einschätzungen der israelischen Politik mehrheitlich verbreitet sind, auch wenn sie in unterschiedlicher Deutlichkeit geäußert werden.

Auch im Hinblick auf die parteipolitische Orientierung (siehe Abbildung 15) zeigen sich deutliche Unterschiede in der Bewertung der Aussage. Die Analysen machen sichtbar, in welchen politischen Lagern die Kritik an der israelischen Politik besonders stark ausgeprägt ist – und wo eher ambivalente Haltungen überwiegen.

Die höchste Zustimmung findet sich im linken politischen Spektrum sowie bei Wähler:innen des BSW: Mit 73 % (BSW) und 70 % (Die Linke) erreichen diese Gruppen die höchsten Zustimmungswerte. Auch bei den Grünen fällt die Zustimmung mit 58 % vergleichsweise hoch aus. Gleichzeitig ist hier der Anteil der Befragten, die die Mittelkategorie „teils/teils" wählen, auffallend niedrig. Dies könnte ein Hinweis auf eine klare und gefestigte Haltung sein.

Anders stellt sich das Bild bei FDP und CDU/CSU dar. In beiden Wähler:innenschaften ist die Zustimmung deutlich geringer, während ambivalente Antwortmuster häufiger vorkommen. Dies spricht für zurückhaltendere oder differenziertere Positionen in diesen politischen Lagern. Besonders bei der FDP zeigt sich

Abbildung 15. Politische Kritik an Israel (nach Parteipräferenz, ohne Migrationshintergrund)



Lesebeispiel: 19 % der FDP-Wähler:innen lehnen die Aussage *„Es ist ungerecht, dass Israel den Palästinensern Land wegnimmt"* ab. **Quelle:** NaDiRa.panel, Zusatzbefragung, gewichtet, eigene Berechnungen. Bei den Ergebnissen handelt es sich um vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten (*predictive margins*), kontrolliert nach Alter, Geschlecht und Bildung. N=6.051.

der höchste Ablehnungswert, was auf eine grundsätzliche Distanz zu pauschalisierender Kritik an der israelischen Politik hindeuten könnte.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass die Bewertung der israelischen Politik gegenüber den Palästinenser:innen eng mit der parteipolitischen Orientierung verknüpft ist. Während in linken politischen Milieus eine ausgeprägt kritische Haltung überwiegt, zeigen sich in bürgerlich-konservativen Parteigruppen eher zurückhaltende oder uneinheitliche Meinungsbilder.

Zwischenfazit

Die bisherigen Befunde zur Aussage *„Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer"* deuten auf gruppenspezifisch variierende Ausprägungen von israelbezogenem Antisemitismus hin. Besonders häufig findet sich Zustimmung unter Personen mit muslimisch geprägtem Hintergrund sowie – innerhalb der Gruppe ohne Migrationshintergrund – bei Wähler:innen von AfD und BSW. In der Referenzgruppe ohne Migrationshintergrund sowie unter den dort vertretenen Wähler:innen etablierter Parteien (z. B. Grüne, SPD, CDU/CSU, FDP) überwiegt hingegen eine deutliche Ablehnung.

Subgruppenanalysen innerhalb der muslimisch geprägten Gruppe zeigen, dass Herkunftsregion, Staatsangehörigkeit und religiöse Praxis das Antwortverhalten deutlich beeinflussen: Personen mit türkischem Hintergrund oder mit höherer Religiosität stimmen der Aussage häufiger zu. Befragte aus dem Balkanraum oder mit deutscher Staatsangehörigkeit zeigen dagegen überwiegend Ablehnung. Diese Unterschiede verdeutlichen die komplexen Binnenstrukturen und sprechen gegen pauschalisierende Urteile über migrantische oder religiöse Gruppen.

Demgegenüber wird die Aussage *„Es ist ungerecht, dass Israel den Palästinensern Land wegnimmt"* – die als Ausdruck politischer Kritik gelesen werden sollte – mehrheitlich bejaht, und zwar über Herkunftsgruppen und politische Lager hinweg. Besonders hohe Zustimmungswerte finden sich unter Personen mit muslimisch geprägtem oder süd(ost)asiatischem Hintergrund sowie bei Wähler:innen linker Parteien.

In der Mehrheitsgesellschaft und in bürgerlich-konservativen Milieus fällt die Zustimmung zwar etwas zurückhaltender aus, allerdings bleibt auch hier eine ablehnende Haltung selten. Stattdessen überwiegen ambivalente oder abwägende Positionierungen, erkennbar an der häufigen Auswahl der Kategorie „teils/teils".

Vergleicht man beide Aussagen, wird deutlich: Politische Kritik an der israelischen Politik ist in weiten Teilen der Bevölkerung anschlussfähig, selbst dort, wo israelbezogener Antisemitismus klar abgelehnt wird. Gleichzeitig ist nicht jede Kritik an israelischer Politik antisemitisch aufgeladen, jedoch treten beide Haltungen – sowohl die Zustimmung zur antisemitischen Aussage als auch zur politischen Kritik – in bestimmten Gruppen überdurchschnittlich häufig gemeinsam auf: etwa in Teilen der AfD- und BSW-Wähler:innenschaft sowie bei Personen mit muslimisch geprägtem oder süd(ost)asiatischem Hintergrund.

Dies weist auf unscharfe Grenzziehungen zwischen legitimer Kritik und antisemitischer Projektion in einigen Kontexten hin. Zugleich zeigen die insgesamt niedrigeren Zustimmungswerte beim israelbezogenen Antisemitismus im Vergleich zur politischen Kritik, dass viele Befragte bewusst zwischen Kritik und pauschaler Feindbildlogik unterscheiden. Dies gilt insbesondere für Wähler:innen etablierter Parteien und Teile der Mehrheitsgesellschaft.

In anderen Gruppen scheint diese Grenze weniger klar oder normativ gerahmt, was eine verstärkte Rezeption antisemitischer Narrative im Kontext des Nahostkonflikts begünstigen könnte.

Damit unterstreichen die Befunde die Notwendigkeit, israelbezogenen Antisemitismus und politische Kritik nicht vorschnell gleichzusetzen, zugleich aber deren potenzielle Überlappung in bestimmten Kontexten analytisch ernst zu nehmen.

5.2 Wer denkt was – und warum? Zusammenhangsanalysen israelbezogener Einstellungen nach Herkunftsgruppen

Israelbezogenen Antisemitismus einzuordnen, ist ein komplexes Unterfangen. Deshalb erscheint es sinnvoll, die entsprechende Aussage mit anderen Items aus unserer Studie in Beziehung zu setzen. Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob sich klassische, sekundäre und israelbezogene antisemitische Einstellungen empirisch voneinander unterscheiden lassen (Staetsky 2017; Kempf 2017).

Tatsächlich zeigen aktuelle Untersuchungen in verschiedenen Ländern, dass sich sowohl Gruppen identifizieren lassen, die klassisch-antisemitischen wie israelbezogen-antisemitischen Aussagen zustimmen, als auch solche, die ausschließlich israelbezogene, nicht aber klassisch-antisemitische Aussagen bejahen (Bergmann 2021). Dies ist kaum überraschend: Extrem negative oder feindselige Haltungen gegenüber Israel können aus dem israelisch-palästinensischen Konflikt und der Politik des Staates selbst entstehen. Kriegerische Auseinandersetzungen führen nahezu zwangsläufig zu Feindbildern. Im Fall israelbezogener Feindschaft lässt sich annehmen, dass sich solche Feindseligkeiten häufig antisemitischer Stereotype bedienen, ohne jedoch zwingend mit generellen, klassisch-antisemitischen Einstellungen gegenüber Jüdinnen:Juden bzw. dem Judentum einherzugehen.

Dabei ist nicht zwangsläufig davon auszugehen, dass der israelische Staat als Objekt einer indirekten, pro-

jektiven Kommunikation dient – etwa im Sinne von Schuldabwehrmechanismen. In postmigrantischen Gesellschaften können vielmehr eigene Betroffenheiten bestehen – etwa durch familiäre Bezüge zum Konflikt –, die Feindseligkeit gegenüber Israel erklären, sich aber auch mit israelbezogen-antisemitischen Elementen vermischen. Sozialwissenschaftliche Forschung zeigt entsprechend, dass israelbezogene Feindseligkeit, israelbezogener Antisemitismus und andere antisemitische Einstellungen miteinander verflochten, aber dennoch analytisch unterscheidbare Phänomene sind.

Ein solch differenzierender Ansatz ist nicht zuletzt für die Analyse von antisemitischen Haltungen bzw. Einstellungen zum Antisemitismus in einer postmigrantischen Gesellschaft zentral. Hier lassen sich verschiedene Hypothesen formulieren: In rechtsextremen oder islamistischen Milieus ist eine Überlappung klassischer, sekundärer und israelbezogener antisemitischer Einstellungen wahrscheinlich. Im rechtskonservativen oder religiös-evangelikalen Umfeld hingegen finden sich eher Konstellationen ohne Überlappung, etwa wenn klassischer und/oder sekundärer Antisemitismus mit einem betont positiven Israelbild einhergeht. Im linken politischen Spektrum wiederum sind Fälle denkbar, in denen scharfe Kritik an israelischer Politik bis hin zu ausgeprägter Israelfeindlichkeit geäußert wird, während antisemitische Aussagen – gleich welcher Art – konsequent abgelehnt werden.

Ebenso möglich ist jedoch, dass Personen ausschließlich israelbezogenen, nicht aber klassischen oder sekundären antisemitischen Aussagen zustimmen. In solchen Fällen liegt möglicherweise eine Israelfeindlichkeit vor, die mit antisemitischen Elementen aufgeladen ist, sich aber vornehmlich auf den Staat Israel und den Nahostkonflikt bezieht – was sie nicht minder problematisch und besorgniserregend macht.

Gerade mit Blick auf die postmigrantische Gesellschaft Deutschlands ist daher die Frage zentral, wie sich Einstellungen zu Israel – von politischer Kritik über Feindseligkeit bis hin zu israelbezogenem Antisemitismus – in unterschiedlichen Milieus verteilen. Auch wenn im Rahmen dieser Studie nur einige der Hypothesen empirisch geprüft werden können, bleibt es eine wichtige Aufgabe künftiger Forschung, die Beziehungen zwischen den verschiedenen Formen von Antisemitismus und der Kritik an israelischer Politik weiter zu untersuchen.

Für die vorliegende Studie wurde der Zusammenhang zwischen zwei Aussagen betrachtet:

1. ***„Es ist ungerecht, dass Israel den Palästinensern Land wegnimmt“*** – verstanden als Ausdruck politischer Kritik, und

2. ***„Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer“*** – als Indikator für israelbezogenen Antisemitismus.

Abbildung 16 zeigt den Zusammenhang zwischen der politischen Kritik an Israel und israelbezogenem Antisemitismus – sowohl innerhalb der Befragtengruppe mit muslimisch geprägtem Hintergrund als auch in der Gruppe ohne Migrationshintergrund. Unter den Befragten ohne Migrationshintergrund lehnen 61,44 % derjenigen, die der politischen Kritik zustimmen, die antisemitische Aussage ab; 15,10 % stimmen ihr zu. Politische Kritik an Israel ist in dieser Gruppe also nur selten mit antisemitischen Einstellungen verbunden. Betrachtet man die Gegenrichtung, zeigt sich: 78,33 % derjenigen, die der antisemitischen Aussage zustimmen, bejahen auch die politische Kritik. Es besteht somit ein erkennbarer Zusammenhang, der jedoch merklich schwächer ausfällt als in der muslimisch geprägten Gruppe.

In der Gruppe mit muslimisch geprägtem Hintergrund lehnen 42,46 % derjenigen, die der politischen Kritik zustimmen, die antisemitische Aussage ab, während ihr 34,50 % zustimmen. Politische Kritik an Israel ist hier also häufiger mit antisemitischen Einstellungen verbunden als bei Menschen ohne Migrationshintergrund, jedoch keineswegs durchgängig. Betrachtet man die Gegenrichtung, wird ein besonders enger Zusammenhang sichtbar: 93,81 % derjenigen, die der antisemitischen Aussage zustimmen, teilen zugleich die politische Kritik. Dies deutet darauf hin, dass antisemitisch eingestellte Personen in dieser Gruppe politische Kritik an Israel nahezu immer mittragen.

Im nächsten Schritt wurde der Zusammenhang zwischen der Aussage zum klassischen Antisemitismus und jener zum israelbezogenen Antisemitismus

Abbildung 16. Kreuztabelle: politische Kritik und israelbezogener Antisemitismus

„Es ist ungerecht, dass Israel den Palästinensern Land wegnimmt."
„Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer."

		Deutsche ohne Migrationshintergrund				Menschen mit muslimisch geprägtem Hintergrund			
		israelbezogener Antisemitismus				israelbezogener Antisemitismus			
		(1) Ablehnung	(2) teils/teils	(3) Zustimmung	Total	(1) Ablehnung	(2) teils/teils	(3) Zustimmung	Total
politische Kritik	(1) Ablehnung	223	36	7	266	79	22	2	103
		→ 83,83 %	→ 13,53 %	→ 2,63 %	100 %	→ 76,70 %	→ 21,36 %	→ 1,94 %	100 %
		↓ 12,60 %	↓ 6,69 %	↓ 2,66 %	10,35 %	↓ 9,43 %	↓ 5,13 %	↓ 0,41 %	5,88 %
	(2) teils/teils	709	182	50	941	199	103	28	330
		→ 75,35 %	→ 19,34 %	→ 5,31 %	100 %	→ 60,30 %	→ 31,21 %	→ 8,48 %	100 %
		↓ 40,06 %	↓ 33,83 %	↓ 19,01 %	36,60 %	↓ 23,75 %	↓ 24,01 %	↓ 5,77 %	18,84 %
	(3) Zustimmung	838	320	206	1364	560	304	455	1319
		→ 61,44 %	→ 23,46 %	→ 15,10 %	100 %	→ 42,46 %	→ 23,05 %	→ 34,50 %	100 %
		↓ 47,34 %	↓ 59,48 %	↓ 78,33 %	53,05 %	↓ 66,83 %	↓ 70,86 %	↓ 93,81 %	75,29 %
	Total	1770	538	263	2571	838	429	485	1752
		68,84 %	20,93 %	10,23 %	100 %	47,83 %	24,49 %	27,68 %	100 %
		100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
					Kendall's tau-b = 0,18				Kendall's tau-b = 0,23

© DeZIM

Lesebeispiel: 42,46 % der Befragten mit muslimischem Hintergrund, die dem Item zur politischen Kritik zustimmen, lehnen die Aussage zu israelbezogenem Antisemitismus ab. Dargestellt sind die Anzahl der Befragten, die eine bestimmte Kombination aus den Ausprägungen (Ablehnung, teils/teils, Zustimmung) der entsprechenden Aussagen aufweisen, sowie die dazugehörigen Zeilen- (→) und Spaltenprozente (↓).
Quelle: NaDiRa.panel, Zusatzbefragung, ungewichtet, eigene Berechnungen. N=1.752–2.571.

untersucht (Abbildung 17).)Hier zeigt sich ein moderater, statistisch signifikanter Zusammenhang.[4] Das bedeutet: Die beiden Variablen verlaufen tendenziell in die gleiche Richtung, jedoch mit erkennbarer Streuung und Ausnahmen.

Mehr als die Hälfte (55,13 %) der Personen ohne Migrationshintergrund, die der israelbezogen-antisemitischen Aussage zustimmen, lehnt klassisch antisemitische Aussagen ab. Interessanterweise liegt dieser Anteil bei Personen mit muslimischem Hintergrund sogar noch etwas höher (58,04 %). Diese Befunde stellen die Annahme eines durchgängig geschlossenen antisemitischen Weltbildes innerhalb dieser Gruppen in Frage. Vielmehr legen sie nahe, dass israelbezogene antisemitische Einstellungen – insbesondere in migrantischen Kontexten – stärker konfliktpolitisch motiviert sein könnten und sich nicht notwendigerweise aus klassischen antisemitischen Denkmustern speisen.

Gleichzeitig ist auf eine relevante Teilgruppe hinzuweisen, die sowohl israelbezogenen als auch klassisch-antisemitischen Aussagen zustimmt. Hier scheint es sich um Personen mit gefestigten antisemitischen Einstellungen zu handeln. Dieser Anteil liegt bei Personen ohne Migrationshintergrund bei knapp 16 % (15,59 %) und bei Personen mit muslimischem Hintergrund bei etwa 19 % (18,58 %). Diese Konstellation verweist darauf, dass klassische antisemitische Ressentiments über Herkunftsgruppen hinweg an israelbezogene Deutungsmuster anschlussfähig bleiben.

4 Die Einordnung der Effektstärken orientiert sich an Cohen (1988), der für Korrelationen *r* von 0,10 (klein), 0,30 (mittel) und 0,50 (groß) vorschlägt. Diese Schwellenwerte werden in der sozialwissenschaftlichen Forschung häufig auch auf Rangkorrelationen wie Kendall's Tau-b übertragen.

Abbildung 17. Kreuztabelle: israelbezogener und klassischer Antisemitismus

„Juden haben etwas Eigentümliches an sich und passen nicht so recht in die deutsche Gesellschaft."
„Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer."

		Deutsche ohne Migrationshintergrund				Menschen mit muslimisch geprägtem Hintergrund			
		israelbezogener Antisemitismus				israelbezogener Antisemitismus			
		(1) Ablehnung	(2) teils/teils	(3) Zustimmung	Total	(1) Ablehnung	(2) teils/teils	(3) Zustimmung	Total
klassischer Antisemitismus	(1) Ablehnung	1697	403	145	2245	764	305	278	1347
		→ 75,59 %	→ 17,95 %	→ 6,46 %	100 %	→ 56,72 %	→ 22,64 %	→ 20,64 %	100 %
		↓ 94,33 %	↓ 73,94 %	↓ 55,13 %	86,11 %	↓ 90,52 %	↓ 71,43 %	↓ 58,04 %	76,97 %
	(2) teils/teils	86	123	77	286	68	106	112	286
		→ 30,07 %	→ 43,01 %	→ 26,92 %	100 %	→ 23,78 %	→ 37,06 %	→ 39,16 %	100 %
		↓ 4,78 %	↓ 22,57 %	↓ 29,28 %	10,97 %	↓ 8,06 %	↓ 24,82 %	↓ 23,38 %	16,34 %
	(3) Zustimmung	16	19	41	76	12	16	89	117
		→ 21,05 %	→ 25,00 %	→ 53,95 %	100 %	→ 10,26 %	→ 13,68 %	→ 76,07 %	100 %
		↓ 0,89 %	↓ 3,49 %	↓ 15,59 %	2,92 %	↓ 1,42 %	↓ 3,75 %	↓ 18,58 %	6,69 %
	Total	1799	545	263	2607	844	427	479	1750
		69,01 %	20,91 %	10,09 %	100 %	48,23 %	24,40 %	27,37 %	100 %
		100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
					Kendall's tau-b = 0,36				Kendall's tau-b = 0,32

© DeZIM

Lesebeispiel: 18,58 % der Befragten mit muslimischem Hintergrund, die dem Item zu israelbezogenem Antisemitismus zustimmen, stimmen ebenfalls der klassisch-antisemitischen Aussage zu. Dargestellt sind die Anzahl der Befragten, die eine bestimmte Kombination aus den Ausprägungen (Ablehnung, teils/teils, Zustimmung) der entsprechenden Aussagen aufweisen, sowie die dazugehörigen Zeilen- (→) und Spaltenprozente (↓). **Quelle:** NaDiRa.panel, Zusatzbefragung, ungewichtet, eigene Berechnungen. N=1.750–2.607.

Abschließend wurde der Zusammenhang zwischen politisch-kritischen und klassisch-antisemitischen Einstellungen untersucht. Die Kreuztabellenanalyse in Abbildung 18 zeigt, dass sich beide Muster in der Mehrheit der Fälle klar voneinander trennen lassen. Unter den Befragten ohne Migrationshintergrund, die der Aussage *„Es ist ungerecht, dass Israel den Palästinensern Land wegnimmt"* zustimmen, liegt die gleichzeitige Zustimmung zu klassisch-antisemitischen Aussagen bei lediglich 3 % (2,92 %). In der Gruppe mit muslimisch geprägtem Hintergrund beträgt sie knapp 8 % (7,98 %). Diese Verteilungen verdeutlichen, dass politische Kritik an Israel in beiden Gruppen überwiegend ohne gleichzeitige Zustimmung zu klassischen antisemitischen Positionen geäußert wird.

Insgesamt lässt sich also festhalten: Zwischen politisch-kritischen und israelbezogen-antisemitischen Aussagen besteht ein klar messbarer, aber insgesamt begrenzter Zusammenhang. Zwischen klassisch- und israelbezogen-antisemitischen Einstellungen zeigt sich dagegen ein moderater Zusammenhang – sowohl bei Personen ohne Migrationshintergrund als auch bei jenen mit muslimischem Hintergrund. Zwischen politischer Kritik an Israel und klassischem Antisemitismus besteht hingegen nur ein sehr schwacher Zusammenhang: Nur eine kleine Minderheit – etwa 3 bis 8 % je nach Gruppe – stimmt beiden Aussagearten gleichzeitig zu.

Darüber hinaus lassen sich klassisch-antisemitische Einstellungen in allen Gruppen gut von israelbezogenen und politisch-kritischen Haltungen unterscheiden. Nur ein kleiner Teil der Befragten zeigt eine Überlappung zwischen israelbezogen-antisemitischen und klassischen antisemitischen Aussagen (15,59 % ohne Migrationshintergrund, 18,58 % mit muslimischem Hintergrund). Bemerkenswert ist, dass mehr als die Hälfte der Befragten, die israelbezogen-

Abbildung 18. Kreuztabelle: politische Kritik und klassischer Antisemitismus

„Es ist ungerecht, dass Israel den Palästinensern Land wegnimmt."
„Juden haben etwas Eigentümliches an sich und passen nicht so recht in die deutsche Gesellschaft."

		Deutsche ohne Migrationshintergrund				Menschen mit muslimisch geprägtem Hintergrund			
		klassischer Antisemitismus				klassischer Antisemitismus			
		(1) Ablehnung	(2) teils/teils	(3) Zustimmung	Total	(1) Ablehnung	(2) teils/teils	(3) Zustimmung	Total
politische Kritik	(1) Ablehnung	238	18	9	265	87	11	3	101
		→ 89,81 %	→ 6,79 %	→ 3,40 %	100 %	→ 86,14 %	→ 10,89 %	→ 2,97 %	100 %
		↓ 10,74 %	↓ 6,32 %	↓ 12,00 %	10,28 %	↓ 6,49 %	↓ 3,83 %	↓ 2,56 %	5,79 %
	(2) teils/teils	797	121	26	944	256	63	9	328
		→ 84,43 %	→ 12,82 %	→ 2,75 %	100 %	→ 78,05 %	→ 19,21 %	→ 2,74 %	100 %
		↓ 35,95 %	↓ 42,46 %	↓ 34,67 %	36,63 %	↓ 19,10 %	↓ 21,95 %	↓ 7,69 %	18,81 %
	(3) Zustimmung	1182	146	40	1368	997	213	105	1315
		→ 86,40 %	→ 10,67 %	→ 2,92 %	100 %	→ 75,82 %	→ 16,20 %	→ 7,98 %	100 %
		↓ 53,32 %	↓ 51,23 %	↓ 53,33 %	53,08 %	↓ 74,40 %	↓ 74,22 %	↓ 89,74 %	75,40 %
	Total	2217	285	75	2577	1340	287	117	1744
		86,03 %	11,06 %	2,91 %	100 %	76,83 %	16,46 %	6,71 %	100 %
		100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
					Kendall's tau-b = 0,00				Kendall's tau-b = 0,05

© DeZIM

Lesebeispiel: 75,82 % der Befragten mit muslimischem Hintergrund, die der politischen Kritik an Israel zustimmen, lehnen die klassisch-antisemitische Aussage ab. Dargestellt sind die Anzahl der Befragten, die eine bestimmte Kombination aus den Ausprägungen (Ablehnung, teils/teils, Zustimmung) der entsprechenden Aussagen aufweisen, sowie die dazugehörigen Zeilen- (→) und Spaltenprozente (↓).
Quelle: NaDiRa.panel, Zusatzbefragung, ungewichtet, eigene Berechnungen. N=1.744–2.577.

antisemitischen Aussagen zustimmen, klassische antisemitische Positionen explizit ablehnen – und dass dieser Anteil in der Gruppe mit muslimischem Hintergrund mit 57 % am höchsten ist.

Anders formuliert: Personen, die politische Kritik an Israel äußern bzw. entsprechenden Aussagen zustimmen, vertreten nur selten zugleich israelbezogene oder klassische antisemitische Einstellungen. Der Zusammenhang ist in Gruppen mit muslimischem oder arabischem Hintergrund zwar etwas stärker ausgeprägt, doch auch hier bildet er keine Mehrheit. Eine kritische oder gar feindselige Haltung gegenüber Israel geht in diesen Gruppen also etwas häufiger, aber keineswegs zwangsläufig, mit antisemitischen Denkmustern einher.

Zwischenfazit

Die Zusammenhangsanalysen zeigen, dass politische Kritik an Israel („Es ist ungerecht, dass Israel den Palästinensern Land wegnimmt") und israelbezogener Antisemitismus („Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer") zwar empirisch unterscheidbare, aber nicht völlig unabhängige Einstellungsmuster darstellen.

Innerhalb der Gruppe mit muslimisch geprägtem Hintergrund ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass beide Aussagen gemeinsam bejaht werden:
Rund 35 % derjenigen, die der politischen Kritik zustimmen, teilen zugleich die antisemitische Aussage – in der Mehrheitsgesellschaft liegt dieser Anteil bei 15 %. Gleichzeitig lehnt jedoch ein erheblicher Teil der Zustimmenden (42 % mit muslimischem Hintergrund bzw. 61 % ohne Migrationshintergrund) die antisemitische Aussage explizit ab. Dies weist auf ein

vorhandenes Differenzierungspotenzial hin: Viele Befragte können zwischen legitimer politischer Kritik und pauschalisierenden Feindbildern unterscheiden – auch Gruppen, die in öffentlichen Debatten oft als besonders anfällig gelten.

Umgekehrt ist der Zusammenhang enger: Nahezu alle Personen mit muslimisch geprägtem Hintergrund, die der israelbezogenen antisemitischen Aussage zustimmen, äußern auch politische Kritik an Israel (94 %); bei Personen ohne Migrationshintergrund liegt dieser Anteil bei 78 %. Dies legt nahe, dass antisemitische Einstellungen häufig im Gewand politischer Kritik artikuliert werden – ein Muster, das in beiden Gruppen vorkommt, wenn auch unterschiedlich stark ausgeprägt.

Entgegen verbreiteten Annahmen zeigen die Ergebnisse außerdem, dass ein erheblicher Teil der Befragten, die israelbezogenen Antisemitismus äußern, klassische antisemitische Aussagen ablehnt. Besonders ausgeprägt ist dies in der muslimisch geprägten Gruppe (57 %). Dies spricht gegen ein ideologisch geschlossenes antisemitisches Weltbild, macht aber zugleich deutlich, dass israelbezogene Formen von Antisemitismus derzeit besonders stark verbreitet sind.

Eine relevante Teilgruppe – etwa 15 % der Befragten ohne Migrationshintergrund und 19 % derjenigen mit muslimisch geprägtem Hintergrund – stimmt sowohl israelbezogenen als auch klassischen antisemitischen Aussagen zu. Diese Überschneidung verweist auf ideologische Anschlussfähigkeit und legt nahe, dass antisemitische Deutungsmuster in bestimmten Milieus kumulativ auftreten können.

Die Kreuztabellen zwischen klassischem Antisemitismus und politischer Kritik an Israel zeigen hingegen nur schwache Überschneidungen: Lediglich 3 bis 8 % der Befragten stimmen beiden Aussagearten gleichzeitig zu. Politische Kritik an Israel wird demnach überwiegend unabhängig von klassisch-antisemitischen Stereotypen geäußert – sowohl von Personen ohne Migrationshintergrund als auch von Personen mit muslimisch geprägtem Hintergrund.

Insgesamt unterstreichen die Ergebnisse die Notwendigkeit einer differenzierenden Betrachtung: Politische Kritik an Israel ist kein verlässlicher Indikator für antisemitische Einstellungen, auch wenn sie in bestimmten Kontexten antisemitisch aufgeladen sein kann. Eine pauschale Gleichsetzung beider Phänomene ist empirisch ebenso wenig haltbar wie die Vorstellung klarer geschlossener antisemitischer Weltbilder entlang ethnischer oder religiöser Linien. Gleichwohl bestehen Verbindungen zwischen politischer Kritik und israelbezogenem Antisemitismus, die stärker ausfallen als jene zum klassischen Antisemitismus. Über alle Gruppen hinweg zeigen sich sowohl Abgrenzungsprozesse als auch ideologische Schnittmengen, die kontextabhängig variieren und analytisch ernst genommen werden müssen.

6. Fazit und Ausblick: Was bleibt von der These des sogenannten importierten Antisemitismus?

Dieses Working Paper hatte das Ziel, antisemitische Einstellungen in der postmigrantischen Gesellschaft Deutschlands empirisch differenziert zu analysieren. Im Zentrum stand die kritische Überprüfung der sogenannten Importthese – der Annahme, Antisemitismus sei in Deutschland weitgehend überwunden gewesen und werde heute vor allem durch Migration, insbesondere aus muslimisch geprägten Ländern, reproduziert oder verstärkt. Unsere Analysen stützen diese pauschale Lesart nur begrenzt. Stattdessen zeigen sie ein deutlich komplexeres Bild, das die vielschichtigen Dynamiken in einer sich wandelnden Gesellschaft sichtbar macht.

Differenzierungen und Dynamiken in der postmigrantischen Gesellschaft

Im Einklang mit der eingangs formulierten Zielsetzung wird deutlich: Antisemitismus muss in der postmigrantischen Gesellschaft deutlich differenzierter betrachtet werden, als der Begriff des „importierten Antisemitismus“ suggeriert. Diese Studie leistet hierzu einen Beitrag. Unsere empirische Analyse zeigt, dass antisemitische Einstellungen in Deutschland weder ausschließlich „importiert“ noch auf bestimmte Herkunftsgruppen oder Religionsgemeinschaften reduzierbar sind. Zwar zeigen sich in einzelnen Gruppen – insbesondere bei Befragten mit mehrheitlich muslimisch geprägtem Migrationshintergrund – erhöhte Zustimmungswerte zu sekundären und israelbezogenen antisemitischen Aussagen. Doch dieser Befund relativiert sich deutlich, wenn man ihn in den Kontext der Mehrheitsgesellschaft stellt: Auch dort zeigen sich substanzielle Zustimmungsraten, insbesondere in bestimmten politischen Milieus. So äußern etwa fast ein Drittel der potenziellen AfD-Wähler:innen Zustimmung zu Aussagen wie „Viele Juden versuchen, aus dem Leid im Holocaust heute ihren Vorteil zu ziehen“ – Werte, die mit jenen unter Befragten mit muslimischem Hintergrund vergleichbar sind.

Diese Muster verdeutlichen, dass antisemitische Einstellungen kein exklusiv „importiertes“ Phänomen darstellen, sondern in unterschiedlichen gesellschaftlichen Segmenten verankert sind. Die Importthese erscheint daher nur bedingt tragfähig: Sie greift zu kurz, wenn sie antisemitische Haltungen vorwiegend auf Migration zurückführt, während zugleich strukturell verankerte Formen antisemitischer Deutungsmuster in der Mehrheitsgesellschaft ausgeblendet werden. Auffällig ist zudem, dass auch Befragte aus nicht-muslimischen Regionen – etwa aus süd- oder südostasiatischen Kontexten – erhöhte Zustimmungswerte zeigen. Diese Gruppen finden in der öffentlichen Debatte über „importierten Antisemitismus“ bislang kaum Beachtung, da diese häufig auf Zuwanderung aus der MENA-Region verengt wird.

Diese Befunde widersprechen gängigen Narrativen eines vermeintlich primär „muslimischen Imports“ und werfen grundlegende Fragen auf: Welche antisemitischen Deutungsmuster bestehen in anderen kulturellen oder nationalen Kontexten? In welchem Maße verschränken sich diese mit bereits vorhandenen antisemitischen Einstellungen in der Aufnahmegesellschaft? Und wie wirken sich religiöse, politische oder gesellschaftliche Prägungen aus den Herkunftsländern auf Einstellungsbildungsprozesse in Deutschland aus? Schließlich stellt sich auch die Frage, welchen Wandel diese Haltungen nach der Ankunft durch Sozialisation, Bildung und Teilhabeprozesse erfahren. Diese offenen Fragen markieren Forschungsdesiderate, um antisemitische Dynamiken in einer zunehmend diversen Gesellschaft besser zu verstehen – auch jenseits der etablierten Zuschreibungslogiken.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Verbreitung sekundärantisemitischer Aussagen unter Personen mit Migrationshintergrund – mit Zustimmungswerten, die in früheren Untersuchungen deutlich niedriger ausfielen. Auffällig ist hierbei der Zusammenhang mit der Aufenthaltsdauer: Neu zugewanderte Personen äußern häufiger Zustimmung, während diese Tendenz mit längerer Aufenthaltszeit abnimmt. Auf den ersten Blick könnte dies als Hinweis auf einen „Import“ dieser Antisemitismusform gewertet werden. Doch sekundärer Antisemitismus gilt traditionell als eine (historisch-)spezifisch deutsche Erscheinungsform, die auf Schuldabwehr und erin-

nerungskulturellen Spannungen der postnazistischen Gesellschaft (West-)Deutschlands beruht. Bisherige Erklärungsmuster greifen hier also nur bedingt: Weder lässt er sich also eindeutig als mitgebracht identifizieren, noch ausschließlich innerhalb der Aufnahmegesellschaft verorten. Die Befunde verdeutlichen zugleich, dass Lern- und Aushandlungsprozesse stattfinden: Mit zunehmender Aufenthaltsdauer verändern sich offenbar sowohl Einstellungsprofile als auch der Umgang mit erinnerungskulturellen Narrativen. Dies unterstreicht das prägende Potenzial der Aufnahmegesellschaft – insbesondere durch langfristig angelegte, kontextsensibel gestaltete Bildungs- und Aufklärungsarbeit.

Auch innerhalb der Gruppe aus mehrheitlich muslimisch geprägten Herkunftsländern zeigt sich kein homogenes Bild. Zustimmungswerte variieren deutlich nach Herkunftsregion, religiöser Praxis und Migrationsgeneration. Befragte aus arabischen und muslimisch geprägten süd(ost)asiatischen Kontexten zeigen tendenziell höhere Zustimmungswerte zu bestimmten antisemitischen Aussagen, während Personen aus der Balkanregion signifikant geringere Werte aufweisen. Diese Unterschiede machen deutlich, dass weder religiöse noch kulturelle Zugehörigkeit als monolithische Erklärung ausreichen. Es braucht stattdessen konkretere Kenntnisse darüber, nicht nur welche Quantität der „religiösen Praxis" einen Einfluss auf Einstellungen hat, sondern auch welche Qualität – also welche Inhalte religiöser Lehre unter Umständen Positionen positiv oder negativ beeinflussen. Entsprechend müssen kulturelle, soziale und generationelle Dimensionen zusammengedacht werden – sowohl in Deutschland als auch in den jeweiligen Herkunftsländern.

Bemerkenswert ist zudem, dass Befragte mit afrikanischem Hintergrund überdurchschnittlich häufig Aussagen zur „Erinnerungsmüdigkeit" zurückweisen – stärker als die nicht-migrantische Mehrheitsbevölkerung. Dies deutet darauf hin, dass die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in unterschiedlichen Migrationsgruppen auf jeweils eigene Weise verhandelt wird und keineswegs pauschal als „Erinnerungsabwehr" beschrieben werden kann.

Darüber hinaus zeigen die Befunde, dass Antisemitismus nicht nur in Form expliziter Zustimmung zu entsprechenden Aussagen, sondern auch auf der Ebene alltäglicher Sprachpraxis fortwirkt. Rund ein Drittel der Befragten aller Herkunftsgruppen gibt an, den Begriff „Jude" in der Kindheit als Schimpfwort gehört zu haben. Dies ist kein Ausdruck bewusster antisemitischer Überzeugungen der Befragten, sondern verweist auf die Persistenz milieuspezifischer Sprachmuster, die sich generationsübergreifend erhalten. Die Frage wurde in mehreren Sprachen gestellt und bezog sich auf die generelle Wahrnehmung des Begriffs als Schimpfwort – nicht ausschließlich auf die deutsche Sprachverwendung. Die Ergebnisse legen nahe, dass die Bekanntheit dieser Formulierung weniger über Herkunftskontexte vermittelt wird, sondern vielmehr im deutschen Alltag erlernt ist. Damit findet die Importthese in diesem Zusammenhang keine Bestätigung. Vielmehr deuten die Daten auf Sozialisationsprozesse hin, die tief in die sprach- und erinnerungskulturellen Dynamiken der deutschen Aufnahmegesellschaft eingebettete antisemitische Sprachmuster fortschreiben. Alltagsantisemitismus zeigt sich hier als sprachlich sedimentierte Praxis, die jenseits bewusster Überzeugungen wirkt und eine herkunftsgruppenübergreifende Dimension antisemitischer Sozialisation verdeutlicht.

Die dritte Forschungsfrage – nach der Rolle der Parteipräferenz – lässt sich klar beantworten: Politische Orientierung erweist sich als zentraler Erklärungsfaktor für antisemitische Einstellungen innerhalb der Gruppe ohne Migrationshintergrund. Besonders unter den Wähler:innen der AfD zeigen sich überdurchschnittlich hohe Zustimmungswerte zu klassischem, sekundärem und israelbezogenem Antisemitismus – teils sogar höher als unter Befragten mit muslimischem Hintergrund oder anderen migrantischen Gruppen. Auffällig ist zugleich der hohe Anteil an ambivalenten Antwortmustern („teils/teils"), was auf verdeckte Zustimmung oder Effekte sozialer Erwünschtheit hindeuten könnte.

Demgegenüber finden sich bei Wähler:innen der Parteien Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke besonders niedrige Zustimmungsraten. Gleichwohl existiert Zustimmung zu antisemitischen Aussagen in allen politischen Lagern. Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass Antisemitismus kein Randphänomen ist, das sich auf migrantische Bevölkerungsgruppen beschränkt, sondern tief in den politischen Milieus der Mehrheitsgesellschaft verankert bleibt.

Auch die vierte Forschungsfrage – nach dem Zusammenhang zwischen Zustimmung zur Importthese, antisemitischen Einstellungen und antimuslimischem Rassismus – liefert ein deutliches Ergebnis: Personen, die der Importthese zustimmen, vertreten überdurchschnittlich häufig selbst antisemitische und antimuslimische Ansichten, häufig verbunden mit ambivalenten Antwortmustern. Damit erweist sich die Importthese weniger als analytisches Instrument zur Erklärung antisemitischer Phänomene, sondern vor allem als gesellschaftspolitisches Deutungsmuster. Sie externalisiert Verantwortung, verschiebt antisemitische Problemzuschreibungen auf die „Anderen" und trägt damit zur Reproduktion rassistischer Diskurse bei.

Für die fünfte Forschungsfrage – wie israelbezogener Antisemitismus artikuliert wird und in welchem Verhältnis er zu legitimer Kritik an israelischer Politik steht – ergibt sich ein ambivalentes Bild. Personen mit muslimisch geprägtem Hintergrund äußern hier am häufigsten Zustimmung zu der Aussage, durch die israelische Politik würden ihnen Jüdinnen:Juden unsympathischer. Zugleich ist in dieser Gruppe die Zustimmung zu der Aussage am höchsten, dass es ungerecht sei, wenn „Israel den Palästinensern Land [wegnehme]". Diese Muster sind differenziert zu interpretieren: Während die erste Aussage als Ausdruck von israelbezogenem Antisemitismus zu werten ist, kann die zweite auch eine legitime politische Kritik formulieren. Damit zeigt sich die in der Einleitung benannte Schwierigkeit der Abgrenzung empirisch besonders deutlich. Transnationale Narrative – etwa die Erfahrung der Nakba oder struktureller Benachteiligung in Herkunftsgesellschaften – können hier als Deutungsrahmen fungieren, innerhalb derer antisemitische Positionen Anschluss finden.

Methodische Grenzen und Forschungsdesiderate

Vor dem Hintergrund dieser Befunde sind auch die methodischen Grenzen der Studie zu berücksichtigen. Die Untersuchung basiert auf einer Kombination etablierter und teils neu entwickelter Erhebungsinstrumente, darunter Items, die erstmals gemeinsam oder überhaupt erhoben wurden. Für die einzelnen Dimensionen antisemitischer Einstellungen standen keine umfassenden Skalenkonstrukte zur Verfügung, sondern lediglich Einzelitems. Dies bedeutet, dass Reliabilität und inhaltliche Validität – also Messgenauigkeit und konzeptuelle Reichweite – begrenzt sein können, da interne Konsistenz über mehrere Indikatoren hinweg nicht überprüft werden konnte.

Optimalerweise wären mehrdimensionale Skalen mit mehreren Items pro Aspekt eingesetzt worden, um eine stabilere Messung zu gewährleisten und unterschiedliche Facetten eines Konstrukts abzubilden. Gleichwohl erlaubt der Einsatz von Einzelitems in diesem Fall, spezifische Dimensionen antisemitischer Einstellungen sichtbar zu machen, die in aggregierten Skalen unter Umständen nivelliert worden wären.

Mit Blick auf den israelbezogenen Antisemitismus ist jedoch besondere Vorsicht geboten: Hier liegt lediglich ein einzelnes Item vor, das anfälliger für situative Antworttendenzen und Kontexteinflüsse sein kann und die Bandbreite des Konstrukts nur eingeschränkt abbildet. Zudem dürfte die konkrete Formulierung der Aussage den Fokus stärker auf aktuelle politische Diskurse lenken, wodurch Einstellungen eher momentbezogen als stabil erfasst werden.

Die hier gewonnenen Ergebnisse sind als explorative Befunde zu verstehen und entsprechend mit Vorsicht zu interpretieren. Zugleich zeigen die Analysen zu Aussagen im Zusammenhang mit sekundärem Antisemitismus, dass etablierte Messinstrumente, die stark auf Schuldabwehrmechanismen der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft rekurrieren, in einer postmigrantischen Gesellschaft an konzeptionelle Grenzen stoßen. Die Annahme, dass Konzepte wie Schuldabwehr für alle Gruppen gleichermaßen greifen, ist angesichts vielfältiger Migrationsgeschichten und erinnerungskultureller Prägungen problematisch. Ferner lässt sich anhand der erhobenen Daten zum israelbezogenen Antisemitismus und der Kreuzanalysen mit klassischem und sekundärem Antisemitismus kaum ein eingeschlossenes antisemitisches Weltbild rekonstruieren, das diese Dimensionen konsistent miteinander verbindet. Die Zustimmung zu entsprechenden Aussagen lässt sich somit nicht immer als Bestandteil eines umfassenden antisemitischen Einstellungsmusters interpretieren.

Zu berücksichtigen – vor allem bei den Ergebnissen dieser Studie – ist zudem der Zeitraum der Daten-

erhebung von Dezember 2023 bis April 2024, die unmittelbar auf die Ereignisse nach dem 7. Oktober 2023 erfolgte. Die Antworten sind somit im Kontext einer akuten Konfliktsituation zu bewerten, was ihre Generalisierbarkeit auf andere Zeiträume einschränken kann. Hinzu kommt die Kommunikationslatenz: Antisemitische Überzeugungen werden häufig nicht offen artikuliert, sondern treten indirekt – etwa in codierter Sprache oder über stereotype Zuschreibungen – zutage und unterliegen Mechanismen sozialer Erwünschtheit. Dies könnte bedeuten, dass die tatsächliche Zustimmung zu bestimmten Aussagen potenziell höher liegt als gemessen. Auch bei sehr kleinen Subgruppen, etwa Personen mit afrikanischem Hintergrund, sind größere statistische Unsicherheiten zu berücksichtigen. Schließlich erlauben die berechneten Korrelationen keine Rückschlüsse auf kausale Wirkzusammenhänge.

Die Befunde dieser Studie unterstreichen die Notwendigkeit, differenzierende Erhebungsinstrumente zu entwickeln, die israelbezogene Aussagen systematischer mit anderen antisemitischen Dimensionen verschränken und zugleich semantische Grauzonen zwischen legitimer Kritik und antisemitischer Deutung sensibel erfassen. Eine Weiterentwicklung der empirischen Antisemitismusforschung muss kontextspezifischer, transnationaler und erinnerungssensibler erfolgen, um der Komplexität der postmigrantischen Gesellschaft gerecht zu werden.

Daraus ergeben sich zentrale Forschungsdesiderate und Herausforderungen: Welche antisemitischen Deutungsmuster bestehen in unterschiedlichen kulturellen und nationalen Kontexten? Inwiefern entstehen neue Verschränkungen mit bestehenden antisemitischen Einstellungen in der Aufnahmegesellschaft? Und wie wirken spezifische religiöse, politische, historische oder gesellschaftliche Prägungen aus den Herkunftsländern auf die Einstellungsbildung in Deutschland? Erforderlich ist die kontinuierliche Entwicklung von Survey-Items, die auch subtilere, codierte oder indirekte Ausdrucksformen antisemitischer Haltungen erfassen sowie migrationsbiografische, religiöse und politische Kontextbedingungen berücksichtigen.

Auch das Verhältnis von Antisemitismus und nationalem Selbstbild bleibt ein zentrales Thema: Rund 15 % der Deutschen ohne Migrationshintergrund äußerten Unsicherheit darüber, ob Jüdinnen:Juden „wirklich zu uns gehören“. Solche Aussagen verweisen auf fortbestehende Exklusionsmechanismen innerhalb der Mehrheitsgesellschaft.

Umso deutlicher machen die vorliegenden Analysen, dass Antisemitismus im postmigrantischen Deutschland kein exogenes Phänomen darstellt. Die Vorstellung, antisemitische Einstellungen ließen sich eindeutig „den Anderen“ zuschreiben, verkennt das Problem und verstärkt gesellschaftliche Spaltung, statt sie zu überwinden. Eine zukunftsgerichtete Auseinandersetzung erfordert daher differenzierte empirische Analysen, theoriegeleitete Konzepte und ein Bewusstsein für die komplexen Wechselwirkungen zwischen Antisemitismus, Rassismus, Erinnerung und Zugehörigkeit.

LITERATURVERZEICHNIS

- **Adorno, Theodor W. (1971):** Erziehung nach Auschwitz. In: Kadelbach, Gert (Hg.): Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmuth Becker 1959–1969. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 92–109.
- **Ahbe, Thomas (2007):** Der DDR-Antifaschismus: Diskurse und Konzepte. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): Texte zur politischen Bildung (39). Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- **Amadeu Antonio Stiftung (2005):** Geteilte Erinnerung? Erinnerungspolitik in Ostdeutschland zwischen Staatsdoktrin und Geschichtsbewusstsein (Arbeitspapier). Heidelberg: Amadeu Antonio Stiftung.
- **American Jewish Committee Berlin (2022):** Antisemitismus in Deutschland. Eine Repräsentativbefragung. Berlin: American Jewish Committee Berlin. Online verfügbar unter: https://ajcgermany.org/system/files/document/AJC%20Berlin_Antisemitismus%20in%20Deutschland_Eine%20Repr%C3%A4sentativbefragung.pdf, zuletzt geprüft am 03.09.2025.
- **Arnold, Sina (2019):** Der neue Antisemitismus der Anderen? Islam, Migration und Flucht. In: Heilbronn, Christian; Rabinovici, Doron und Sznaider, Natan (Hg.): Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S.128–158.
- **Arnold, Sina und König, Jana (2016):** Flucht Und Antisemitismus: Erste Hinweise zu Erscheinungsformen von Antisemitismus bei Geflüchteten und mögliche Umgangsstrategien. Qualitative Befragung von Expert_innen und Geflüchteten. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung. Online verfügbar unter: https://archive.jpr.org.uk/object-2973, zuletzt geprüft am 03.09.2025.
- **Assmann, Aleida (2010):** Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur: Eine Intervention. München: C.H. Beck.
- **Balibar, Ètienne (1991):** Es gibt keinen Staat in Europa: Racism and Politics in Europe Today. In: New Left Review 186(1), S. 5–19.
- **Benz, Wolfgang (Hg.) (2018):** Antisemitismus in der DDR. Manifestationen und Folgen des Feindbildes Israel. Berlin: Metropol Verlag.
- **Bergmann, Werner (1990):** Sind die Deutschen antisemitisch? Meinungsumfragen von 1946–1987 in der Bundesrepublik Deutschland. In: Bergmann, Werner und Erb, Rainer (Hg.): Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 108–130.
- **Bergmann, Werner und Erb, Rainer (1986):** Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 38, S. 209–222.
- **Bergmann, Werner und Erb, Rainer (1991):** Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946–1989. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- **Bergmann, Werner und Erb, Rainer (1997):** Anti-Semitism in Germany: The post-Nazi epoch since 1945. New Jersey: Transaction Publishers.
- **Beyer, Heiko und Krumpal, Ivar (2010):** „Aber es gibt keine Antisemiten mehr“: Eine experimentelle Studie zur Kommunikationslatenz antisemitischer Einstellungen. In: Köln Z Soziol (62), S. 681–705. DOI: https://doi.org/10.1007/s11577-010-0115-0
- **Beyer, Heiko und Liebe, Ulf (2013):** Antisemitismus heute. Zur Messung aktueller Erscheinungsformen von Judenfeindlichkeit mithilfe des faktoriellen Surveys. In: Zeitschrift für Soziologie, 42(3), S. 186–200. Online verfügbar unter: https://archive.jpr.org.uk/object-818, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Beyer, Heiko; Goldkuhle, Bjarne; Herrberg, Niklas und Reddig, Melanie (2024):** „Importierter Antisemitismus"? Differenzierende Wahrnehmungen in Deutschland lebender Jüdinnen und Juden zum politisch-islamischen Antisemitismus als Problem und Debatte. Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik (8), S. 325–356. Online verfügbar unter: DOI: https://doi.org/10.1007/s41682-024-00176-5, zuletzt geprüft am 08.09.2025.

- **Bourdieu, Pierre (1991):** Language and Symbolic Power. Hg.: Thompson, John B., Übers.: Raymond, Gino und Adamson, Matthew. Cambridge: Polity Press. (Original erschienen 1982).
- **Czymara, Christian S.; Eisentraut, Marcus; Kolkwitz-Anstötz, Pascal; Davidov, Eldad und Schmidt, Peter (2025):** Antisemitism among Muslims in Germany. In: European Sociological Review, 41(4), S. 607–625. DOI: https://doi.org/10.1093/esr/jcaf017
- **Dawid, Evelyn und Zeglovits, Eva (2020):** Sekundäranalyse der Antisemitismusstudie 2018. Dimensionalität und Erklärungsfaktoren. Wien: Institut für empirische Sozialforschung. https://www.parlament.gv.at/dokument/fachinfos/publikationen/Bericht-Antisemitismus-Sonderauswertung.pdf, zuletzt geprüft am 18.10.2025.
- **Decker, Oliver; Kiess, Johannes und Brähler, Elmar (2012):** Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Dietz Verlag. Online verfügbar unter: https://www.theol.uni-leipzig.de/fileadmin/Fakult%C3%A4t_Theologie/Fotos/KreDo/Mitte_Studie_2012.pdf, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Decker, Oliver; Kiess, Johannes und Brähler, Elmar (Hg.) (2013):** Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose. Gießen: Psychosozial-Verlag GmbH & Co. KG. DOI: doi.org/10.30820/9783837966367.
- **Decker, Oliver und Brähler, Elmar (Hg.) (2018):** Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Heinrich-Böll-Stiftung. Gießen: Psychosozial-Verlag GmbH & Co. KG. Online verfügbar unter: https://www.boell.de/de/2018/11/07/flucht-ins-autoritaere-rechtsextreme-dynamiken-der-mitte-der-gesellschaft, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Decker, Oliver und Brähler, Elmar (Hg.) (2020):** Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Heinrich-Böll-Stiftung. Gießen: Psychosozial-Verlag GmbH & Co. KG. Online verfügbar unter: https://www.boell.de/de/2020/11/09/autoritaere-dynamiken-alte-ressentiments-neue-radikalitaet, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Decker, Oliver; Kiess, Johannes und Brähler, Elmar (2022):** Anti-Semitic Attitudes in Germany. In: Decker, Oliver; Kiess, Johannes and Brähler, Elmar (Hg.): The dynamics of right-wing extremism within German society, (5), S. 127–153. DOI:10.4324/9781003218616-5
- **Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Heller, Ayline und Brähler, Elmar (Hg.) (2022):** Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Heinrich-Böll-Stiftung. Gießen: Psychosozial-Verlag GmbH & Co. KG. Online verfügbar unter: https://www.boell.de/sites/default/files/2022-11/decker-kiess-heller-braehler-2022-leipziger-autoritarismus-studie-autoritaere-dynamiken-in-unsicheren-zeiten_0.pdf, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Heller, Ayline und Brähler, Elmar (Hg.) (2024):** Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Gießen: Psychosozial-Verlag GmbH & Co. KG. Online verfügbar unter: https://www.boell.de/de/2024/11/13/vereint-im-ressentiment-autoritaere-dynamiken-und-rechtsextreme-einstellungen, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Der Tagesspiegel (2025):** Interview mit Fox News: Merz sieht in Deutschland „eine Art importierten Antisemitismus“ – Ramelow widerspricht. In: Der Tagesspiegel, [online] 06.2025. Online verfügbar unter: https://www.tagesspiegel.de/politik/interview-mit-fox-news-in-den-usa-merz-sieht-in-deutschland-eine-art-importierten-antisemitismus--ramelow-widerspricht-13812247.html, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Deutscher Bundestag (2017):** Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus (Drucksache 18/11970), 07.04.2017, Berlin. Online verfügbar unter: https://dserver.bundestag.de/btd/18/119/1811970.pdf, zuletzt geprüft am 08.09.2025.

- **Feldman, David (2018):** Antisemitismus und Immigration im heutigen Westeuropa. Gibt es einen Zusammenhang? Ergebnisse und Empfehlungen einer Studie aus fünf Ländern. Berlin: Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft. Online verfügbar unter: https://www.stiftung-evz.de/assets/4_Service/Infothek/Publikationen/EVZ-Studie-Antisemitismus-Immigration-Westeuropa-dt-5-L%C3%A4nder.pdf, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Fend, Helmut; Berger, Fred und Grob, Urs (Hg.) (2009):** Lebensverläufe, Lebensbewältigung, Lebensglück. Ergebnisse der LifE-Studie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- **Fischer, Jannik und Wetzels, Peter (2023):** Antisemitismus in Deutschland: Notwendige Differenzierungen in der Migrationsgesellschaft. In: Rechtspsychologie, 9(3), S. 346–383. DOI: 10.5771/2365-1083-2023-3-346.
- **Fischer, Jannik und Wetzels, Peter (2024):** Die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in Deutschland: Befunde aktueller repräsentativer Befragungen zu Trends seit 2021 und den Einflüssen von Migrationshintergrund, Religionszugehörigkeit und Religiosität. In: Z Religion Ges Polit, (2024). DOI: https://doi.org/10.1007/s41682-024-00167-6
- **Foroutan, Naika (2019):** Die postmigrantische Gesellschaft: Ein Versprechen der pluralen Demokratie. Bielefeld: transcript Verlag. DOI: 10.14361/9783839459447.
- **Foucault, Michel (1974):** Die Ordnung des Diskurses: Inauguralvorlesung am Collège de France, 2. Dezember 1970. München: Hanser Verlag.
- **FRA – European Union Agency for Fundamental Rights (2013):** Diskriminierung und Hasskriminalität gegenüber Juden in den EU-Mitgliedstaaten: Erfahrungen und Wahrnehmungen im Zusammenhang mit Antisemitismus. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. Online verfügbar unter: https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-2013-discrimination-hate-crime-against-jews-eu-member-states_de.pdf, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **FRA – European Union Agency for Fundamental Rights (2018):** Anhaltender Antisemitismus in der EU. Online verfügbar unter: https://fra.europa.eu/de/news/2018/anhaltender-antisemitismus-der-eu, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Friedrichs, Nils und Storz, Nora (2022):** Antimuslimische und antisemitische Einstellungen im Einwanderungsland – (k)ein Einzelfall? SVR-Studie 2022-2. Berlin: Sachverständigenrat für Integration und Migration. Online verfügbar unter: https://www.stiftung-mercator.de/de/publikationen/antimuslimische-und-antisemitische-einstellungen-im-einwanderungsland-kein-einzelfall/, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Friedrichs, Nils und Storz, Nora (2023):** Antisemitische Einstellungen von Muslim:innen im Zusammenhang von Religiosität und Herkunftskontext. In: Villa, Paula-Irene (Hg.): Polarisierte Welten. Verhandlungen des 41. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, 41(2023). Online verfügbar unter: https://publikationen.soziologie.de/index.php/kongressband_2022/de/article/view/1720/1963, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Grimm, Marc und Kahmann, Bodo (2017):** AfD und Judenbild. Eine Partei im Spannungsfeld von Antisemitismus, Schuldabwehr und instrumenteller Israelsolidarität. In: Grigat, S. (Hg.): AfD & FPÖ: Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder. Baden-Baden: Nomos, S. 41–59. DOI: https://doi.org/10.5771/9783845281032-41
- **Hall, Stuart (1997):** The spectacle of the 'other'. In: Hall, Stuart (Hg.): Representation: Cultural Representations and Signifying Practices. London: SAGE Publications Ltd., S. 223–290.
- **Haury, T. (2024):** Israelbezogener Antisemitismus. In: Ullrich, Peter; Arnold, Sina; Danilina, Anna; Holz, Klaus; Jensen, Uffa; Seidel, Ingolf und Weyand, Jan (Hg.): Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft (Studien zu Ressentiments in Geschichte und Gegenwart, Bd.8). Göttingen: Wallstein, S. 42–50.
- **Heilbronn, Christian; Rabinovici, Doron und Sznaider, Natan (Hg.) (2019):** Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte. 2. erweiterte und überarbeitete Auflage. Berlin: Suhrkamp Verlag.

- **Holz, Klaus (2005):** Neuer Antisemitismus? Wandel und Kontinuität der Judenfeindschaft. In: Mittelweg 36(2). Räumen: Hamburger Edition, S. 3–23.
- **Holz, Klaus und Haury, Thomas (2021):** Antisemitismus gegen Israel. Räumen: Hamburger Edition.
- **International Holocaust Remembrance Alliance (2016):** Arbeitsdefinition Antisemitismus. Online verfügbar unter: https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus, zuletzt geprüft am 18.10.24.
- **Jerusalem Declaration on Antisemitism (2021):** Jerusalem Declaration on Antisemitism. Online verfügbar unter: https://www.jerusalemdeclaration.org/wp-content/uploads/JDA-English.pdf, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Jikeli, Günther (2019):** Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland und Europa. In: Glöckner, Olaf und Jikeli (Hg.): Das neue Unbehagen: Antisemitismus in Deutschland heute. Hildesheim: Georg Olms Verlag, S. 49–72.
- **Kahmann, Bodo (2017):** 'The most ardent pro-Israel party': pro-Israel attitudes and anti-antisemitism among populist radical-right parties in Europe. In: Patterns of Prejudice, 51(5), S. 396–411. DOI: https://doi.org/10.1080/0031322X.2017.1394663
- **Kart, Mehmet und Zimmer, Veronika (2023):** Antisemitische Einstellungen junger Menschen – Stärkung demokratischer Grundhaltungen durch Angebote Sozialer Arbeit. In: ZepRa – Zeitschrift für praxisorientierte (De-)Radikalisierungsforschung, 1(2), S. 92–130. Online verfügbar unter: https://zepra-journal.de/index.php/zepra/article/view/27/22, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Kempf, Wilhelm (2017):** Towards a theory and (better) practice of peace journalism. In: Conflict & Communication Online, 16(2). Online verfügbar unter: https://cco.regener-online.de/2017_2/pdf/kempf2017-2.pdf, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Kiess, Johannes; Decker, Oliver; Heller, Ayline und Brähler, Elmar (2020):** Antisemitismus als antimodernes Ressentiment: Struktur und Verbreitung eines Weltbildes. In: Decker, Oliver und Brähler, Elmar (Hg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Heinrich-Böll-Stiftung. Gießen: Psychosozial-Verlag GmbH & Co. KG, S. 211–248. Online verfügbar unter:https://www.boell.de/de/2020/11/09/autoritaere-dynamiken-alte-ressentiments-neue-radikalitaet, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Klingenberg, Darja (2015):** Komische Leute. Selbstverständnisse und Erfahrungen von Rassismus und Antisemitismus russisch-jüdischer Migrant_innen im scherzhaften Gespräch. In: Körber, Karen (Hg.): Russisch-jüdische Gegenwart in Deutschland: Interdisziplinäre Perspektiven auf eine Diaspora im Wandel (Schriften des Jüdischen Museums Bd.3). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 107–133. DOI: https://doi.org/10.13109/9783666300752
- **Klug, Brian (2003):** The collective Jew: Israel and the new antisemitism. In: Patterns of Prejudice, 37(2), S. 117–138. DOI: https://doi.org/10.1080/0031322032000087973
- **Kovács, András und Fischer, Gyorgy (2021):** Antisemitic prejudices in Europe: Survey in 16 European countries. In: Szalai, Kálmán (Hg.): Action and Protection League of Europe. Online verfügbar unter: https://archive.jpr.org.uk/object-2408, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Langer, Armin (2021):** The eternal George Soros: The rise of an antisemitic and islamophobic conspiracy theory. In: Önnerfors, Andreas und Krouwel, André (Hg.): Europe: Continent of Conspiracies. Conspiracy Theories in and about Europe. London: Routledge, S. 163–184.
- **Marin, Bernd (1979):** Ein historisch neuartiger „Antisemitismus ohne Antisemiten"? Beobachtungen und Thesen zur österreichischen Entwicklung nach 1945. In: Geschichte und Gesellschaft, 5(4), S. 545–569.
- **Mendel, Meron; Arnold, Sina und Cheema, Saba-Nur (Hg.) (2022):** Frenemies: Antisemitismus, Rassismus und ihre Kritiker*innen. Berlin: Verbrecher Verlag.
- **Moses, A. Dirk (2021):** Der Katechismus der Deutschen. Geschichte der Gegenwart, [online] 05.2021. Online verfügbar unter: https://geschichtedergegenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen/, zuletzt geprüft am 08.09.2025.

- **Neiman, Susan und Wildt, Michael (Hg.) (2022):** Historiker streiten. Gewalt und Holocaust – Die Debatte. Berlin: Propyläen Verlag.
- **Önnerfors, Andreas (2021):** Der Große Austausch: Conspiratorial frames of terrorist violence in Germany. In: Önnerfors, Andreas und Krouwel, André (Hg.): Europe: Continent of Conspiracies. Conspiracy Theories in and about Europe. London: Routledge, S. 76–96.
- **Öztürk, Cemal und Pickel, Gert (2019):** Islamophobic right wing populism? Empirical insights about citizens' susceptibility to Islamophobia and its impact on right-wing populists' electoral success: Eastern Europe in a comparative perspective. In: Religion and Society in Central and Eastern Europe, 12(1), S. 39–62. Online verfügbar unter: https://rascee.net/index.php/rascee/article/view/153, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Öztürk, Cemal und Pickel, Gert (2022):** Der Antisemitismus der Anderen: Für eine differenzierte Betrachtung antisemitischer Einstellungen unter Muslim:innen in Deutschland. In: Z Religion Ges Polit 6(2022), S. 189–231. DOI: https://doi.org/10.1007/s41682-021-00078-w
- **Öztürk, Cemal (2024):** Antisemitismus unter Muslim:innen: Warum eine kritisch-differenzierte Debatte notwendig ist. BpB – Bundeszentrale für politische Bildung, [online] 11.2024. Online verfügbar unter: https://www.bpb.de/themen/infodienst/557000/antisemitismus-unter-muslim-innen-warum-eine-kritisch-differenzierte-debatte-notwendig-ist/, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Öztürk, Cemal und Pickel, Susanne (2024):** Die Gefahr der Co-Radikalisierung: Wie sich Muslimfeindlichkeit und Islamismus in Deutschland wechselseitig verstärken. In: Z Religion Ges Polit 8(2024), S. 197–239. DOI: https://doi.org/10.1007/s41682-024-00183-6
- **Öztürk, Cemal; Pickel, Gert und Pickel, Susanne (2024):** Der islamisierte Antisemitismus: Aufgebauschtes Schreckgespenst oder bagatellisiertes Ressentiment? PRIF BLOG [online] 02.2024. Online verfügbar unter: https://www.prif.org/publikationen/publikationssuche/publikation/der-islamisierte-antisemitismus-aufgebauschtes-schreckgespenst-oder-bagatellisiertes-ressentiment, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Özyürek, Esra (2023):** Subcontractors of guilt: Holocaust memory and Muslim belonging in postwar Germany. New Perspectives on Turkey. Stanford, CA: Stanford University Press, S. 211–214. DOI: https://doi.org/10.1017/npt.2024.22
- **Petersen, Thomas (2018):** Wie antisemitisch ist Deutschland? Eine Dokumentation des Beitrags von Dr. Thomas Petersen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 140 vom 20. Juni 2018. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 140, S. 8. Online verfügbar unter: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_Juni2018_Antisemitismus.pdf, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Pfahl-Traughber, Armin (2019):** Rechtsextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme. Wiesbaden: Springer VS.
- **Pickel, Gert; Reimer Gordinskaya, Katrin und Decker, Oliver (2019):** Der Berlin-Monitor 2019: Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie. Springe: zu Klampen! Verlag. Online verfügbar unter: https://berlin-monitor.de/wp-content/uploads/2023/06/Berlin-Monitor-2019-2.pdf, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Pickel, Gert und Yendell, Alexander (2019):** Religion als konfliktärer Faktor im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Muslimfeindschaft und AfD-Wahl. In: Decker, Oliver und Brähler, Elmar (Hg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Heinrich-Böll-Stiftung. Gießen: Psychosozial-Verlag GmbH & Co. KG, S. 217–242. Online verfügbar unter: https://www.boell.de/de/2018/11/07/flucht-ins-autoritaere-rechtsextreme-dynamiken-der-mitte-der-gesellschaft, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Quindeau, Ilka (2007):** Schuldabwehr und nationale Identität – Psychologische Funktionen des Antisemitismus. In: Brosch, Matthias; Elm, Michael; Geißler, Norman; Simbürger, Brigitta Elisa und von Wrochem, Oliver (Hg.): Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung. Berlin: Metropol Verlag, S. 157–164.

- **Rabinovici, Doron; Speck, Ulrich und Sznaider, Natan (Hg.) (2004):** Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- **Rensmann, Lars (2014):** The reluctant cosmopolitanization of European party politics: The case of Germany. In: German Politics and Society, 32(3), S. 59–85. DOI: https://doi.org/10.3167/gps.2014.320305
- **Rensmann, Lars (2024):** Globalized Antisemitism. In: Hartleb, Florian (Hg.): Antisemitism on the Rise: New Ideological Dynamics. Wien: European Institute for Counter Terrorism and Conflict Prevention, S. 19–38. Online verfügbar unter: https://eictp.eu/wp-content/uploads/2024/05/EICTP_Research_Papers_Antisemitism_FINAL.pdf, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Salzborn, Samuel (2019):** Antisemitismus in der „Alternative für Deutschland". In: Salzborn, Samuel (Hg.): Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen. Baden-Baden: Nomos, S. 197–216.
- **Salzborn, Samuel (Hg.) (2020):** Schule und Antisemitismus. Politische Bestandsaufnahme und pädagogische Handlungsmöglichkeiten. 2. Auflage. Weinheim: Beltz Juventa.
- **Sander, Wolfgang und Asbrand, Barbara (Hg.) (2014):** Handbuch politische Bildung (Politik und Bildung 69). 4., völlig überarbeitete Auflage. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- **Schönbach, Peter (1961):** Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/1960 (Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Sonderheft 3). Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- **Sharansky, Natan (2004):** 3D test of Anti-Semitism: demonization, double standards, delegitimization. In: Jewish Political Studies Review, 16, S. 3–4.
- **Shroufi, Omran (2024):** What the far right is(n't). In: Vaughan, Antonia; Braune, Joan; Tinsley, Meghan und Mondon, Aurelien (Hg.): The Ethics of Researching the Far Right: Critical Approaches and Reflections (Racism, Resistance and Social Change). Manchester: Manchester University Press, S. 12–22. DOI: https://doi.org/10.7765/9781526173898.00007
- **Statistisches Bundesamt (2022):** Ausländer: Deutschland, Stichtag, Geschlecht/Altersjahre/Familienstand, Ländergruppierungen/Staatsangehörigkeit. (EVAS-Nr. 12521-0002), D-STATIS – Statistisches Bundesamt [online]. Online verfügbar unter: https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/statistic/12521/table/12521-0002, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Staetsky, L. Daniel (2017):** Antisemitism in contemporary Great Britain: A study of attitudes towards Jews and Israel. Institute for Jewish Policy Research. Online verfügbar unter: https://www.jpr.org.uk/reports/antisemitism-contemporary-great-britain, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Stender, Wolfram; Follert, Guido und Özdogan, Mihri (Hg.) (2010):** Konstellationen des Antisemitismus – Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis. Wiesbaden: Springer VS.
- **Taguieff, Pierre-André (2002):** La nouvelle judéophobie [Die neue Judäophobie]. Paris: Mille et une Nuits.
- **The Nexus Task Force (2021):** The Nexus document. The Nexus Project, [online] 06.2024. Online verfügbar unter: https://nexusproject.us/nexus-resources/the-nexus-document/, zuletzt geprüft am 18.10.2025.
- **Ulrich, Peter; Decker, Oliver; Kiess, Johannes und Brähler, Elmar (2012):** Judenfeindschaften – Alte Vorurteile und moderner Antisemitismus. In: Decker, Oliver; Kiess, Johannes und Brähler, Elmar (Hg): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Dietz Verlag, S.68–86. Online verfügbar unter: https://www.theol.uni-leipzig.de/fileadmin/Fakult%C3%A4t_Theologie/_Fotos/KreDo/Mitte_Studie_2012.pdf, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Zick, Andreas und Küpper, Beate (2005):** Antisemitismus in Deutschland. Kurzbericht aus dem GMF-Survey, 2005/1. Online verfügbar unter: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/antisemitismus_in_deutschland.pdf, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Zick, Andreas und Klein, Anna (Hg.) (2014):** Fragile Mitte – feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf. Online verfügbar unter: https://www.uni-bremen.de/fileadmin/user_upload/sites/ade/Fragile_Mitte_Feindselige_Zustaende.pdf, zuletzt geprüft am 08.09.2025.

- **Zick, Andreas; Jensen, Silke; Marth, Julia; Krause, Daniela und Döring, Geraldine (2017):** Verbreitung von Antisemitismus in der deutschen Bevölkerung. Ergebnisse ausgewählter repräsentativer Umfragen. IKG – Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung. Online verfügbar unter: https://pub.uni-bielefeld.de/download/2919878/2920030/IKG_ASBericht_Expertenrat_Marz2017.pdf, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Zick, Andreas und Küpper, Beate (2021):** Die geforderte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf. Online verfügbar unter: https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=78925&token=eb588a6bb6d9b528b8f13b53c5f3642cf896db55, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Zick, Andreas; Küpper, Beate und Mokros, Nico (Hg.) (2023):** Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf. Online verfügbar unter: https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabdae3e0fd, zuletzt geprüft am 08.09.2025.
- **Zimmermann, Moshe (2016):** Criticism of Israel: A new antisemitism? In: Ben-Rafael, Eliezer; Schoeps, Julius H.; Sternberg, Yitzhak und Glöckner, Olaf (Hg.): Handbook of Israel: Major Debates. Walter de Gruyter, S. 982–989.

ANHANG

Länderzuordnung verschiedener Herkunftsgruppen

südostasiatischer Hintergrund (n=830)	**muslimisch geprägter Hintergrund** (n=1.024)	**osteuropäischer Hintergrund** (n=803)	**afrikanischer Hintergrund** (n=220)
China	Afghanistan	Bulgarien	Angola
Hongkong	Ägypten	Moldawien	Äthiopien
Indien	Albanien	Polen	Benin
Japan	Algerien	Rumänien	Burkina Faso
Kambodscha	Aserbaidschan	Russland	Burundi
Laos	Bangladesch	Slowakei	Elfenbeinküste
Macau	Bosnien-Herzegowina	Tschechische Republik	Eritrea
Mongolei	Indonesien	Ukraine	Gabun
Nordkorea	Irak	Ungarn	Gambia
Philippinen	Iran	Weißrussland	Ghana
Singapur	Jemen		Guinea
Sri Lanka	Jordanien		Kamerun
Südkorea	Kirgisistan		Kenia
Taiwan	Kosovo		Kongo
Thailand	Kurdistan		Madagaskar
Vietnam	Libanon		Mali
	Libyen		Mauretanien
	Malaysia		Mauritius
	Marokko		Nigeria
	Pakistan		Ruanda
	Palästina		Senegal
	Syrien		Somalia
	Tadschikistan		Südafrika
	Tunesien		Sudan
	Türkei		Togo
	Turkmenistan		Uganda
	Usbekistan		

Quelle: NaDiRa.panel, Zusatzbefragung.

Länderzuordnung verschiedener Herkunftsgruppen

türkisch (n=756)	**arabisch** (n=531)	**süd(ost)asiatisch** (n=156)	**Balkan** (n=177)
Türkei	Ägypten	Afghanistan	Albanien
	Algerien	Bangladesch	Bosnien-Herzegowina
	Irak	Indonesien	Kosovo
	Jemen	Malaysia	
	Jordanien	Pakistan	
	Libanon		
	Libyen		
	Marokko		
	Mauretanien		
	Palästina		
	Syrien		
	Tunesien		
	Westjordanland		

Quelle: NaDiRa.panel, Zusatzbefragung.

ÜBER DAS PROJEKT

Die vorliegende Untersuchung antisemitischer Einstellungen in Deutschland wurde im Rahmen des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors (NaDiRa) am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM e.V.) durchgeführt. Die Studie basiert auf einer Forschungskooperation mit dem Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA) der Technischen Universität Berlin, das diese wissenschaftlich begleitet hat. Ziel war es, empirisch belastbare Ergebnisse, unter anderem für die politische Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit, zu gewinnen.

Datengrundlage bildet das NaDiRa.panel, das im Rahmen einer regelmäßigen repräsentativen Befragung von rund 13.000 Personen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen Rückschlüsse auf die Einstellungen und Erfahrungen aller in Deutschland lebenden Menschen erlaubt, die zwischen 1951 und 2004 geboren sind. Eine Besonderheit der Daten liegt in der gezielten Überrepräsentation von Menschen aus Afrika (außer Nordafrika), Ost- und Südostasien, der Türkei sowie aus mehrheitlich muslimischen Ländern.

Für das vorliegende Working Paper wurden Daten einer Zusatzbefragung (Erhebungszeitraum: Dezember 2023 bis April 2024) herangezogen. Insgesamt nahmen 6.295 Personen an der Studie teil.

ÜBER DEN NaDiRa

Der Nationale Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa) erfasst systematisch Diskriminierung und Rassismus in Deutschland. Ziel ist es, Ursachen, Ausmaß und Folgen empirisch zu untersuchen und evidenzbasierte Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Der langfristig angelegte Monitor macht Entwicklungen über die Zeit sichtbar. Mit einem begleitenden zivilgesellschaftlichen Prozess werden insbesondere von Rassismus betroffene Communitys eingebunden. Der Deutsche Bundestag beauftragte das DeZIM im Juli 2020 mit dem Aufbau des Monitors.

Der NaDiRa unterstützt die Erfüllung internationaler Verpflichtungen zur Datenerhebung und -analyse im Bereich rassistischer Diskriminierung, etwa gegenüber der European Commission against Racism and Intolerance (ECRI) und der International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination (ICERD).

Gefördert wird das Projekt vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

ÜBER DAS ZfA

Das interdisziplinäre Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA) an der Technischen Universität Berlin widmet sich den Prozessen von Ausgrenzung, Feindschaft und Gewalt in Geschichte und Gegenwart. Im Mittelpunkt stehen dabei die vielfältigen Formen der antisemitischen Stigmatisierung und Verfolgung von Jüdinnen und Juden bzw. von Menschen, die als solche wahrgenommen werden. Auch andere Ideologien und Ressentiments wie Antiziganismus oder Muslimfeindschaft werden am Zentrum erforscht und in der Lehre berücksichtigt. Dabei wird den jeweiligen Besonderheiten dieser unterschiedlichen Ausgrenzungs- und Gewaltformen große Aufmerksamkeit gewidmet, ohne jedoch etwaige Gemeinsamkeiten aus dem Blick zu verlieren.

IMPRESSUM
© Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V., 2025. Alle Rechte vorbehalten.

Wagner, Neta-Paulina; Tran, Kien; Arnold, Sina und Langer, Armin (2025): Importierter Antisemitismus? Empirische Befunde zu antisemitischen Einstellungen in Deutschland. **DeZIM Working Papers 10,** Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).

DeZIM Working Papers geben die Auffassung der Autor*innen wieder.

Herausgeber

DeZIM Institut

Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V.
Mauerstraße 76
10117 Berlin
(0)30 200 754 130
presse@dezim-institut.de
www.dezim-institut.de

Autor:innen
Neta-Paulina Wagner, Kien Tran, Dr. Sina Arnold und Dr. Armin Langer

Fachliche Begleitung
Prof. Dr. Uffa Jensen (Zentrum für Antisemitismusforschung/ZfA), Dr. Irit Dekel (Indiana University Bloomington)

Projektleitung
Dr. Cihan Sinanoğlu

Redaktion
Maren Seidler

Layout
neonfisch.de

Covergestaltung & Satz
Sven Knauth

ISBN
978-3-911716-23-9

Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) forscht zu Integration und Migration, zu Konsens und Konflikten, zu gesellschaftlicher Teilhabe und zu Rassismus. Es besteht aus dem DeZIM-Institut und der DeZIM-Forschungsgemeinschaft. Das DeZIM-Institut hat seinen Sitz in Berlin-Mitte. In der DeZIM-Forschungsgemeinschaft verbindet sich das DeZIM-Institut mit sieben anderen Einrichtungen, die in Deutschland zu Migration und Integration forschen. Das DeZIM wird durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) gefördert.

Diese Studie wurde im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vom BMBFSFJ gefördert.

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Autor*innen dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

Gefördert vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben!